



Friedrich Riebel:

„Ungerecht und verfassungswidrig“

Der Bauunternehmer wehrt sich gegen die aktuelle Besteuerung mittelständischer Unternehmen. Kommunale Standorte seien in Gefahr. **Seite 3**



Christa Stewens:

Dschungel aus Vorschriften lichten!

Eine Verschlingung der Verwaltung darf auch vor dem sozialen Bereich nicht Halt machen, fordert Bayerns Sozialministerin. **Seite 8**



Georg Rosenbauer:

Vom Schlachten „heiliger Kühe“

Die Politiker im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen bemühen sich um ein Konzept, das den Fortbestand des Verkehrsamts sichern soll. **Seite 9**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 18. März 2004

55. Jahrgang / Nummer 6

Beckstein stellt polizeiliche Kriminalstatistik vor:

Bayern erneut mit Sicherheit ganz vorn

1,9 Prozent Kriminalitätsanstieg
Verbesserte Aufklärungsquote von 64,7 Prozent

Mit einem feststellbaren Anstieg der registrierten Kriminalität auf rund 707.000 Delikte (+ 1,9%) und der gleichzeitig auf 64,7 % gestiegenen Aufklärungsquote hat Bayern im Jahr 2003 seine bundesweite Spitzenposition bei der Inneren Sicherheit erneut behauptet. „Der Anstieg der Fallzahlen beruht darauf, dass die Bevölkerung kriminelles Verhalten immer seltener einfach hinnimmt, sondern Vertrauen in die Polizei setzt und die Taten anzeigt“ erklärte Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Vorstellung der Kriminalstatistik Bayern 2003.

Dies sichere zugleich eine hohe Aufklärungsquote von fast zwei Dritteln aller registrierten Straftaten. Die Zahlen wertet der Minister als Beleg für Bayerns Spitzenstellung bei der Inneren Sicherheit und zugleich als Beitrag zur Abschreckung potenzieller Täter.“ Die leicht angestiegenen Gesamtdelikte führten zu einer Kriminalitätsbelastung von 5.709 Straftaten pro 100.000 Einwohner (2002: 5.630; + 1,4%). Die Statistik mit umfangreichen weiteren Zahlen ist im Internet unter <http://www.stmi.bayern.de/infothek/kriminalstatistik2003/index.htm> abrufbar.

eller Täter“. Die leicht angestiegenen Gesamtdelikte führten zu einer Kriminalitätsbelastung von 5.709 Straftaten pro 100.000 Einwohner (2002: 5.630; + 1,4%). Die Statistik mit umfangreichen weiteren Zahlen ist im Internet unter <http://www.stmi.bayern.de/infothek/kriminalstatistik2003/index.htm> abrufbar.

Trend gestoppt

Während es 2002 noch einen Anstieg von über 9 % bei der Gewaltkriminalität gab, gelang es diesen Trend letztes Jahr bei 20.542 Delikten (+0,3 %) praktisch zu stoppen. Etwas zurückgingen die Raubdelikte auf 3.412 Taten, nachdem sie 2002 deutlich angestiegen waren. Trotz 1.188 Vergewaltigungen (+ 37 Fälle; + 3,2 %) blieben diese wieder unter denen des Jahres 2001. Vor allem gesunken sind die überfallartigen Vergewaltigungen, die der Öffentlichkeit (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Günther Beckstein.

Kampf gegen Korruption:

Telefonüberwachung und Korruptionsregister

Beckstein fordert Kronzeugenregelung

Um an Manipulationen im Vergabewesen beteiligte Insider zur Aussage zu bewegen, muss laut Innenminister Dr. Günther Beckstein jetzt endlich die von Bayern seit 1995 immer wieder geforderte Kronzeugenregelung im Strafrecht kommen. Zuletzt

hat die rot-grüne Koalition im März 2002 diese abgelehnt, obwohl die damalige Bundesjustizministerin und Bundesinnenministerin Schily sie angekündigt hatten. Beckstein: „Dass die Kronzeugenregelung immer noch fehlt, ist ein schwerer Webfehler im gesetzlichen Instrumentarium. Dabei könnte eine solche Regelung manchem Beteiligten die Zunge lockern und das enorme Dunkelfeld aufhellen.“ Außerdem kommen die Ermittler gerade in Fällen der schweren Korruption ohne die Telefonüberwachung nicht aus.

Täter auf beiden Seiten

„Korruption gedeiht im Verborgenen. Dabei stehen auf beiden Seiten Täter, an die anders kaum heranzukommen ist“, so Beckstein. Entsprechende bayerische Vorschläge, die bis ins Jahr 1995 zurückreichen, hatte die Berliner Regierungskoalition ebenfalls bisher stets abgelehnt. Bayern fordert auch seit langem ein Bundeskorruptionsregister. Ziel ist, dass der Korruption (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Die schwierige wirtschaftliche Situation sowohl in den Kommunen als auch bei den Unternehmen drückte sichtlich die Stimmung beim Gespräch zwischen Dr. Randolph Rodenstock, Dr. Uwe Brandl und Dr. Jürgen Busse. Foto: Schober

Gemeinden und Wirtschaft vereinbaren Dialog

VBW-Präsident Randolph Rodenstock beim Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags

„Wir werden den bereits begonnenen Dialog intensivieren. Dabei werden wir auch das Thema Gewerbesteuer offensiv angehen“ sagte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, bei der Begrüßung von Randolph Rodenstock, dem Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, im Domizil des kommunalen Spitzenverbandes. Die Präsidenten vereinbarten weitere Gespräche.

Bayerns Gemeinden erwarten Verständnis bei den Vertretern der bayerischen Wirtschaft für ihre Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge, ihre finanzielle Notlage und die damit verbundene Forderung nach angemessener Finanzausstattung.

Keine Gewinnorientierung

In einer lebhaften Diskussion schilderten die Gemeindevertreter im Bayerischen Gemeindetag

dem Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft die dramatischen Auswirkungen der gescheiterten Gemeindefinanzreform auf Bundesebene. Aufgrund der massiven Einbrüche bei den Gewerbesteuererträgen können viele Gemeinden ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Der Vermutung Rodenstocks, dass das Sparpotential der Kommunen noch längst nicht ausgeschöpft sei, widersprachen die Bürgermeister vehement. An Hand zahlreicher Beispiele wurde ihm erklärt, dass eine Gemeinde, anders als ein Wirtschaftsunternehmen, nicht einfach eine Produktlinie einstellen und Personal entlassen könne, sondern gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen habe. Brandl: „Die Gemeinden nähern sich in vielen Bereichen, wie beispielsweise der Buchhaltung, ohnehin der privaten Wirtschaft an. Aber sie sind und bleiben dem Gemeinwohl verpflichtet, eine reine Gewinnorientierung ist uns fremd.“

Grieser siegt

Die CSU-Politikerin Gudrun Grieser bleibt für eine dritte Amtsperiode Oberbürgermeisterin von Schweinfurt. Die 57-Jährige erhielt 68,89 Prozent der Stimmen. Ihre Kontrahentin von der SPD, Kathi Petersen, erreichte 31,11 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag nur bei 46,5 Prozent. Weitere Ergebnisse der jüngsten Bürgermeisterwahlen auf Seite 14. **DK**



Wie wirkt sich der EU-Beitritt auf kommunale Körperschaften aus und welche Vorteile und Probleme sind damit verbunden? Hierüber sprach Landrat Luitpold Braun im Landratsamt in Weilheim mit dem Bürgermeister der polnischen Partnerstadt Schongaus, Gogolin, Joachim Wojtala (l.), und dem dortigen früheren Landrat Joachim Czernek (Mitte). Als eines von zehn Beitrittsländern wird Polen am 1. Mai dieses Jahres vollwertiges Mitglied der Europäischen Union.

Gastkommentar:

Kommunen leiden an German disease

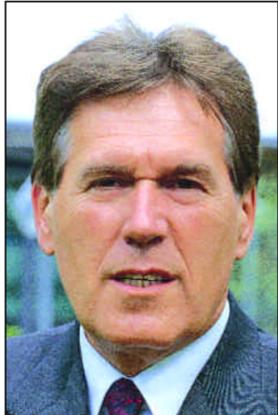
Von Michael Glos MdB, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Der demokratische Staat wuzelt in starken Kommunen. Jeder Bürger erlebt unseren Staat in der Gemeinde, in der er wohnt. Die Zusammenhänge kann er hier aus eigener Erfahrung überschauen. Die Kommunen waren immer für zwei Drittel der öffentlichen Investitionen verantwortlich. Von ihren Aufträgen lebt der Mittelstand. Heute kön-

erste Schritte. Ein Aufschwung braucht mehr. Nicht einmal die Regierung selbst hofft auf eine Wende am Arbeitsmarkt - denn Deutschlands zentrales Problem ist ungelöst: die Schwelle ist zu hoch, bevor aus Wachstum auch neue Arbeitsplätze entstehen.

Kommunen doppelt betroffen

Schröders falsche Politik trifft die Kommunen doppelt. Sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben setzen die Haushalte unter Druck. Der abnehmende Spielraum für Investitionen schwächt die Betriebe vor Ort - eine Spirale abwärts ist entstanden. 1998 verbuchten alle Kommunen noch einen Überschuss von 2,1 Mrd €. Im vergangenen Jahr mussten sie ein Minus von 9,7 Mrd € verkräften. In den Vermittlungsverfahren Ende 2003 haben CSU und CDU Erfolge für die Kommunen erzielt. Subventionsabbau und Korrekturen der Körperschaftsteuer stabilisieren die Gewerbesteuer. Die 2000 erfolgte Erhöhung der Gewerbesteuerumlage ist korrigiert - für die Kommunen bedeutet das Mehr- (Fortsetzung auf Seite 4)



Michael Glos, MdB.

nen die Kommunen ihrer wichtigen Rolle kaum noch gerecht werden. Sie sind Opfer der „German disease“, der Krise, in die Rot-Grün Deutschland immer tiefer führt.

Stabilitätspakt verletzt

Die öffentliche Finanzkrise gleicht einer Zeitbombe. 2003 haben die öffentlichen Haushalte 86 Mrd € neue Schulden gemacht - 4% des Bruttoinlandsprodukts. Die Neuverschuldung liegt heute höher als nach der deutschen Einheit. 2004 verletzt Deutschland zum dritten Mal in Folge den Stabilitätspakt. Alle Daten zeigen: Deutschland lebt über seine Verhältnisse. Schmerzhaft Kurskorrekturen sind in allen öffentlichen Haushalten überfällig. Sonst zahlt die nächste Generation die Zeche.

Aufschwung braucht mehr

Die Reformen der großspurig verkündeten „Agenda 2010“ werden keine Wende zum Besseren bringen. Sie sind bestenfalls



Was die Kunst des politischen Ränkespiels angeht, müssen die meisten Frauen noch einiges lernen, um die gesicherten Bastionen der Männer zu schleifen. Auch im Städtchen steht es mit der politischen Mitgestaltung nicht zum Besten. Dabei wußte doch schon Goethe: „Wenn die Frauenzimmer immer wußten, was sie könnten, wenn sie wollten.“ **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Nachtragsetat 2004 bleibt gekürzt	2
Einheitsfortamt wird geschlossen	2
GZ-Kolumne Hanns Dorfner: ÖPNV - Quo vadis?	3
Streit um Ganztagsbetreuung	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5 - 9
Wasserversorgung	10/11
Kommunaler Bau	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Die CSU zieht den „Korrekturhaushalt“ durch:

Nachtragsetat 2004 bleibt um 2,4 Milliarden Euro gekürzt

Oppositionsanträge abgelehnt - Faltlhauser kündigte weiteren Konsolidierungsbedarf an

In einem Sitzungsmarathon hat der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags den Nachtragsetat 2004 verabschiedungsreif gemacht. Die Zweite, abschließende Lesung im Plenum stand vergangene Woche auf der Tagesordnung. Am Entwurf, den Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser am 12. Februar im Parlament eingebracht hatte, wurden lediglich noch einige Umschichtungen und geringe Korrekturen von der CSU-Fraktion akzeptiert. Die 130 Oppositionsanträge - 64 der SPD und 66 der Grünen - in denen die Rücknahme der Kürzungen gefordert waren, von Familie und Bildung bis zu Sozialem und Kommunalem, wurden von der Mehrheitsfraktion ausnahmslos, wenn auch mit punktuell eingestandenem Unbehagen, abgelehnt.

Die CSU setzt u. a. auf die laufenden Verhandlungen zwischen Kommunalen Spitzenverbänden und Staatsregierung über Modifikationen im vorgegebenen Etatrahmen und unter Bezug auf die Bundesverantwortung.

Rahmenbedingungen drastisch verändert

Der Finanzminister sprach nicht mehr vom Spar- sondern vom „Korrekturhaushalt“. Anders als früher hätten sich die Rahmenbedingungen für das staatliche Haushaltsbuch seit 2001 „in drastischer Weise“ verändert, was heuer zu entsprechenden Sparmaßnahmen führe.

Schuld sei die „dramatische Wachstumsschwäche“ der Wirtschaft, der die Bundesregierung nicht gegenzusteuern in der Lage sei. Eine langfristige Vorausberechnung des Steueraufkommens sei nicht mehr möglich. Auch wenn man die Hoffnung auf einen konjunkturellen Frühling nicht aufgeben, „werden wir die Konsolidierung künftiger Haushalte ohne weitere Sparmaßnahmen nicht hinkriegen“, so der Minister.

Auf der Basis der Steuerschätzungen vom November 2003 bestehe für den Doppelhaushalt 2005/06 ein weiterer Konsolidierungsbedarf von 1,13 Milliarden Euro, damit 2006 ein ohne neue

Schulden ausgeglichener Etat erreicht werden könne.

Dazu verfolge die Staatsregierung eine zweigleisige Strategie des Sparens und Reformierens. Aus dem Projekt „Verwaltung 21“ - für das Staatsminister Erwin Huber im Landtag und im ganzen Land den Kopf hinzuhalten hat - erwartet der Finanzminister „Effizienzgewinne“, die den Haushalt entlasten. Der für 2004 berechnete Konsolidierungsbedarf von 2,5 Milliarden Euro werde im Nachtrag mit 2,4 Milliarden Euro praktisch gedeckt. Man werde versuchen, die Investitionsquote von nur mehr 12,4% aller Staatsausgaben „in harten Verhandlungen“ wieder zu erhöhen.

Opposition fordert weitere Schulden

Dieser Politik setzte der neue SPD-Finanzexperte und stellvertretende Vorsitzende im Haushaltsausschuss, Dr. Heinz Kaiser, erneut die Forderungen der Opposition entgegen, gerade im Sinne der Konjunktur jetzt weitere Schulden - von einer Milliarde Euro hatte Fraktionsvorsitzender Franz Maget gesprochen - aufzunehmen. Werner Schieder, im Haushaltsausschuss Mitberichterstatter, sprach von einem „Arbeitsplatzvernichtungsprogramm“ der Staatsregierung,

wenn sie am Ziel der Nullverschuldung ab 2006 festhalte. Eike Hallitzky und Thomas Mütze, die seit der Wahl im Haushaltsausschuss zu zweit mitreden (nachdem die ausgeschiedene Emma Kellner Einzelkämpferin war) kritisierten auch die „Stop-and-go Politik“.

Verantwortung für kommende Generationen

Für die CSU verteidigten Ausschussvorsitzender Manfred Ach sowie mehrere Abgeordnete, darunter der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Otmar Bernhard und Robert Kiesel als Berichterstatter, das Zahlenwerk. Dies im Tenor Faltlhausers der Verantwortung für die kommenden Generationen. Der kommunale Finanzausgleich in Bayern sei immer noch einer der besten und es liege am Bund, wenn durch Aufgabenübertragungen neue Belastungen ohne materiellen Ausgleich die kommunalen Kassen leer blieben.

Vorschläge für Bezirke

Die CSU stützt sich auf die in Erster Lesung vom Finanzminister getroffenen Feststellungen. Demnach ist es gelungen, die Schlüsselzuweisungen mit 2,056 Milliarden Euro auf dem Niveau von 2003 zu halten. Die Bedarfszuweisungen werden demnach heuer um 43 auf annähernd 58 Millionen Euro aufgestockt. Durch Anhebung der pauschalen Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung um 6 Millionen Euro werde die Erstattungsquote von rund 60% gehalten. Für die Probleme der Bezirke hatte der Minister bis Ende Juni Vorschläge einer Arbeitsgruppe angekündigt.

Kaiser machte eine Gegenrechnung auf: Die Verschuldung der bayerischen Kommunen sei seit Ministerpräsident Stoibers Amtsantritt 1993 dreimal so stark gestiegen wie die des Freistaats, der zudem die Kommunen lediglich mit 11,54 % am allgemeinen Steuerverbund beteilige. Zu den im Haushaltsausschuss abgelehnten SPD-Anträ-

gen gehörte die Forderung einer „fairen und angemessenen Finanzausstattung der Kommunen“. Die Kürzung beim Finanzausgleich entspreche einem Volumen von minus 5,4%, doppelt so hoch wie das Minus von 2,6% im Gesamthaushalt. Auch solle das Vermittlungsergebnis zwischen Bund und Ländern, für Bayern 350 Millionen Euro, an die Kommunen „durchleiten“, statt den Finanzausgleich um 300 Millionen Euro zu kürzen.

Investitionspauschale

In einem weiteren Antrag ging es um die Erhöhung der Investitionspauschale an Gemeinden und Landkreise um 10 auf 125 Millionen Euro angesichts des „enormen Sanierungsbedarfs des kommunalen Immobilienbestandes“. Die Fördersumme für das Wohnungsmodernisierungsprogramm sollte bei 17,8 Millionen Euro belassen und nicht praktisch halbiert werden. Hier wurde auf den Mietwohnungsbestand der Kommunen verwiesen.

Den Grünen ging es u. a. um den Erhalt der 57,1 Millionen Euro für „Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände“, die um 37,3 Millionen Euro gekürzt werden. Hier geht es um Flüchtlinge und Asylbewerber, denen mit Taschengeld, Wertgutscheinen, Krankengeld und Mietzuschüssen von den Kommunen geholfen wird. Die Kürzung wird mit sinkenden Zugangszahlen begründet. Auch die allgemeinen sozialen Hilfen für diesen Personenkreis dürften nicht gekürzt werden, verlangten die Grünen. Andererseits wollten sie die Zuschüsse des Staates an

Verband der bayerischen Bezirke begrüßt CSU-Vorstoß

Die Bereitschaft von CSU-Landtagsfraktion und Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, sich neuerlich intensiv mit der Finanzlage der Bezirke im Freistaat zu befassen, hat der Präsident des Verbandes der bayerischen Bezirke, Manfred Hölzlein, begrüßt. CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann signalisierte, man werde auf eine Änderung der „besorgniserregenden Etatlage“ hinarbeiten. Nach seiner Auffassung wirkten sich hier steigende Ausgabenlasten sowie sinkende Umlagekraft als Ergebnis einer „verfehlten rot-grünen Bundespolitik“ aus. Schon in der kommenden Woche solle die von der Staatsregierung eingesetzte Kommission sich zu einer weiteren Arbeitssitzung treffen. „In erster Linie müssen wir auf der Ausgaben- und Kostenseite nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen, da die sieben Bezirke nicht immer noch höheren Zahlungen auf der Einnahmenseite kalkulieren könnten“, so Herrmann. Im aktuellen Nachtragshaushalt sieht Herrmann allerdings keinen Spielraum für einen höheren Staatszuschuss an die Bezirke.

den Landesjagdverband um 490.000 Euro kürzen; dies zu Gunsten der Forstlichen Forschung. Die Umwandlung der Staatsforstverwaltung in eine öffentlich-rechtliche Körperschaft mit drastischer Veränderung der Forstamtsstruktur und der Privat(Kommunal)waldberatung hat parallel zu den Haushaltsberatungen im Landwirtschaftsausschuss schon zu heißen Auseinandersetzungen geführt. Auch in der CSU-Fraktion dauern die Diskussionen noch an. Völlig zu streichen, forderten die Grünen die Mittel für die Vorbereitung des „Transrapid“ vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen im Erdinger Moos. Um das Konnexitätsprinzip drehte es sich bei dem Änderungsantrag, den Sachaufwandsträgern - also im wesentlichen den Kommunen - zusätzliche Mittel bei Ein-

führung des verkürzten Gymnasiums mit Mittagsbetreuung (G8) zur Verfügung zu stellen.

Verwaltungsvereinfachung

Andere Oppositionsanträge zielten auf die Verwaltungsvereinfachung durch Abbau von Behörden und Planstellen. Beide Oppositionsfraktionen verlangten in Anträgen, hier in den Ministerien stärker anzufangen. Dass dies auch die CSU will, hat Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann bestätigt. Im Gespräch mit der Landtagspresse meinte er, in den meisten Ministerien sei bisher hauptsächlich beim „Fußvolk“ gespart worden. Künftig müsse das auch bei den „Hauptlingen stärker der Fall sein, wobei es verständlich sei, wenn bei ihnen kein so entschiedener Wille dafür herrsche. **rm**

Einheitsforstamt wird geschlossen

CSU-Fraktion stimmt Umwandlung der Staatsforstverwaltung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu - Opposition fordert neue Kosten-Nutzen-Analyse

Die CSU-Landtagsfraktion gab Grünes Licht für die radikalste Reform der Staatswaldbewirtschaftung und -verwaltung seit 1885. Trotz heftiger Proteste wurde das Konzept der Staatsregierung im Rahmen der Reform „Verwaltung 21“ bei nur zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung in der Fraktion gebilligt. Demnach werden die 128 noch bestehenden staatlichen Forstämter aufgelöst. 48 bis 50 soll es - integriert in die 47 Landwirtschaftsämter - weiter geben. Die Verwaltung des Staatsforsts übernimmt eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Privatwaldberatung wird auf neue Grundlage gestellt.

Der für das Reformpaket „Verwaltung 21“ verantwortliche Minister Erwin Huber und Landwirtschaftsminister Josef Miller hatten sich nach langem Tauziehen Anfang März auf einen Kompromiss verständigt. Huber

hatte zunächst eine gewinnorientierte Staatsforst GmbH ins Gespräch gebracht, nahm aber davon Abstand. „Grundsatz und Leitlinie unserer Reform ist, Bewährtes zu erhalten und fortzuentwickeln, bei Verzichtbarem aber Einschnitte vorzunehmen.“ fasste Miller nach der entscheidenden Fraktionssitzung vor der Presse im Landtag zusammen. Es werde keinen Kahlschlag geben. Die Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) werde in „klar betriebswirtschaftlich ausgerichteter Struktur“ mit „entsprechenden unternehmerischen Freiheiten“ arbeiten. Grund und Boden bleiben in öffentlicher Hand, eine Privatisierung werde es nicht geben.

Finanzieller Nutzen

Zur Kosten-Nutzen-Analyse sagte der Minister: Mit der Forstreform könne ein erheblicher finanzieller Nutzen zwischen 118 und 133 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren erzielt werden; davon 80 bis 90% durch Einsparung von Personalkosten. Nach einer Anlaufphase sei ab dem 10. Jahr ein finanzieller Nutzen von rund 34 Millionen Euro jährlich zu erwirtschaften. Das jetzt gewählte Reformmodell sei das mit dem höchsten Ertrag. Ohne Reform drohe angesichts sinkender Holzpreise, „dass der bisher schwarze Zahlen schreibende Forstbetrieb in ein wachsendes Defizit gerät.“

Zustimmend äußerten sich Huber und der Vorsitzende des Agrarausschusses im Landtag, Helmut Brunner. Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann

kündigte an, über Details der Neuorganisation werde noch zu reden sein. Unter anderem wird es um die Frage gehen, wie in Forstfragen die Ansprechpartner vor Ort erhalten bleiben und wie Privat(Kommunal)waldbesitzer die Zusammenarbeit mit der AöR gestalten können. So wie bisher werde es allerdings nicht bleiben. Zunächst müssten sie ihre Waldbetreuung in eigener Zuständigkeit regeln.

Von rund 2,5 Millionen Hektar Wald in Bayern sind 780.000 ha (30 %) staatlich. Bayern gilt als einer der größten Waldbesitzer Europas. Rund 350.000 ha (13,3%) gehören Kommunen, Kirchen, Waldgenossenschaften und ähnlichen Körperschaften. 1,35 ha sind Privatwald, rund 450.000 ha hat der Bund (Truppenübungsplätze u. a.).

Wortbruch

Die SPD-Forstexpertin Heidi Lück befürchtet, „die Staatsforstverwaltung wird endgültig zerschlagen“. Die Reform sei ein Wortbruch des Ministerpräsidenten. Miller habe sich von Huber „das Heft aus der Hand nehmen lassen“. Die SPD tritt demnach für Erhalt der Einheitsforstämter ein und fordert, die Privatwaldbetreuung vom Staat unentgeltlich zu leisten. Die Bewirtschaftungsverträge mit den Kommunen sollten bestehen bleiben. Über eine höhere Kostenbeteiligung sei im Sinne des Konnexitätsprinzips zu verhandeln. Zwecks Einsparung sollten die Forstdirektionen reduziert und die Ministerialforstabteilung „erheblich verschlankt“ werden.

Für die Grünen lehnten der stellvertretende Landwirtschaftsausschussvorsitzende Adi Springkart und der forstpolitische Sprecher Dr. Christian Magerl das CSU-Reformkonzept ab. Auch sie wollen das Einheitsforstamt erhalten. Sie fordern eine neue Kosten-Nutzen-Analyse. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albert Hierl
93194 Walderbach
am 12.4.
Bürgermeister Josef Jakob
94060 Pocking
am 14.4.
Bürgermeister Friedrich Walter
91710 Gunzenhausen
am 20.4.
Bürgermeister Hans-Werner Landshuter
91564 Neudettelsau
am 22.4.
Bürgermeister Adolf Berger
94369 Rain
am 24.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Zeißner
97523 Schwanfeld
am 4.4.
Bürgermeister Werner Röttenbacher
91790 Bergen
am 12.4.
Bürgermeister Nikolaus Trischberger
83674 Gaißach
am 13.4.
Bürgermeister Johann Albert Walbrunn
92714 Pleystein
am 14.4.
Bürgermeister Josef Schmelcher
86847 Weil
am 16.4.
Bürgermeister Hans Drexler
92242 Hirschau
am 17.4.
Bürgermeister Klaus Etze
97280 Remlingen
am 19.4.

Landrat Roland Schwing
63897 Miltenberg
am 19.4.

Bürgermeister Günther Jakob
97535 Wasserlosen
am 21.4.

Bürgermeister Wolfgang Widmaier
97469 Gochsheim
am 22.4.

Bürgermeister Heinz Hilger
85551 Kirchheim
am 22.4.

Bürgermeister Albert Gruber
92699 Irchenrieth
am 25.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Birkle
87740 Buxheim
am 14.4.

Bürgermeisterin Anita Meinelt
85368 Moosburg
am 15.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rainer Schneider
85375 Neufahrn
am 6.4.

Bürgermeister Guido Belzl
90602 Pyrbaum
am 12.4.

Bürgermeister Jörg Nowy
93346 Essing
am 21.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat Christian Bernreiter
94469 Deggendorf
am 7.4.

Urlaubs- und Weihnachtsgeld drastisch gekürzt

Wie beim Nachtragsetat insgesamt zeigte sich die CSU im Landtag auch in anderen, zunächst in den eigenen Reihen umstrittenen Teilen des Sparkonzepts und der Verwaltungsreform nunmehr geschlossen. Im Ausschuss für den Öffentlichen Dienst wurde gegen den Widerstand der Opposition der Regierungsentwurf für ein Sonderzahlungsgesetz im Rahmen der Haushaltsgesetze gebilligt. Das heißt, vorerst bis 2006 gibt es für die Beamten so gut wie kein Urlaubsgeld mehr und das Weihnachtsgeld wird gekürzt.

Statt bisher 84% eines Monatsgehalts gibt es zu Weihnachten nur noch 56 % in den höheren und 70% in den unteren Besoldungsgruppen A 2 bis A 11. Letztere erhalten auch noch einen Sockelbetrag von bis zu 100 Euro für ihre Urlaubskassen. Bei den Pensionisten sinkt das Weihnachtsgeld auf 56% für die höheren Beamten sowie 60% für A 1 bis A 11. Bisher konnten die Staats- und Kommunalbeamten auf rund 255 Euro Urlaubsgeld oder 332 Euro in den niedrigen Besoldungsstufen zählen. Das Finanzministerium rechnet allein heuer mit rund 200 Millionen Euro Einsparung.

Ausschussvorsitzender Prof. Walter Eykman (CSU), der letztes Jahr gegen die Staatsregierung eine Rücknahme der Kürzung staatlicher Zuschüsse für privat krankenversicherte

Beamte und Angestellte durchgesetzt hatte, erklärte sich mit dem nun vorliegenden Sonderzahlungsgesetz (BaySZG) einverstanden.

Vertretbare Einschnitte

Es handle sich um vertretbare Einschnitte angesichts der schwierigen Finanzlage nicht zu letzt bei den Kommunen. Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Christa Naaß (SPD) sowie Adi Springkart (Grüne) lehnten den Gesetzentwurf ab und wiesen auf das entsprechende Bundesgesetz, für das keine derartige Novelle vorgesehen sei. Das BaySZG war auf Verlangen der Opposition auch im Fachausschuss beraten worden und nicht, wie das andere Haushaltsrecht, nur im Haushaltsausschuss. **rm**

Streit um Ganztagsbetreuung

Kommunen sehen sich von Regierung im Stich gelassen
Zweifel am Geldsegen des Bundes

Berlin. (kk) Die Kommunen fühlen sich bei dem von der Bundesregierung geforderten Ausbau der Kinderbetreuung finanziell im Stich gelassen. „Hier wird wieder nach dem Motto verfahren, der Bund tut Gutes und die Kommunen dürfen zahlen“, kritisierte der Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Gerd Landsberg, das Vorhaben.

Auch der Deutsche Städtetag sieht derzeit keine Chancen, die Betreuung für Kleinkinder auszubauen. „Wir können uns den dafür notwendigen Milliardenbetrag nicht aus den Rippen schneiden“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus. Weder die hohen Defizite der Städte noch der Rückstand bei der Sanierung städtischer Infrastruktur erlaubten einen Ausbau der Kinderbetreuung für unter

(Hartz IV) freigesetzt werden.

Zusatzbelastung durch Hartz IV

Das in Aussicht gestellte Geld reiche „nicht annähernd“, sagte Landsberg. Auch die Sozialexpertin des Deutschen Landkreistages, Irene Vorholz, nannte den angekündigten Förderbetrag „völlig unzureichend“. „Auf dieser Grundlage ist der Ausbau der Kinderbetreuung nicht mög-

lich“, betonte sie. Hinzu kommt, dass die Zahlung der in Aussicht gestellten Gelder bezweifelt wird. Schließlich erwarten die Kommunen anders als die Bundesregierung durch Hartz IV statt 2,5 Milliarden Euro Entlastung eine Zusatzbelastung von 2,4 Milliarden Euro.

ser versäumten Pflichtaufgabe unterstützen, obwohl dies nicht die originäre Aufgabe des Bundes ist“, sagte Schmidt.

Innovationsschub

Sie bezeichnete die Kinderbetreuung als wichtigen Bestandteil des angestrebten Innovationsschubes für Deutschland. Dass eine bessere Kinderbetreuung für unter Dreijährige notwendig sei, „wird daher von niemandem in Frage gestellt“. Längst nicht überall müssten neue Einrichtungen gebaut werden, sagte Schmidt, die eine Öffnung von Kindergärten für unter Dreijährige und den verstärkten Einsatz von Tagesmüttern anregte. „Die Regierungskoalition wird dafür Sorge tragen, dass die zugesagten Entlastungen bei den Kommunen ankommen“, unterstrich auch Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt.

Luftbuchungen

Unions-Fraktionsvize Gerda Hasselfeldt (CSU) sprach hingegen von „reinen Luftbuchungen“. Ihre Parteikollegin Maria Eichhorn teilt „die erheblichen Zweifel der Gemeinden“ und fürchtet, dass die Aufstockung der Kinderbetreuung auf der jetzigen Basis nicht vollzogen werden kann. FDP-Familienexpertin Ina Lenke warf der Regierung Wortbruch vor. „SPD und Grüne halten ihr Versprechen, die Kinderbetreuungsmisere in Deutschland zu bekämpfen, in keinsten Weise“, kritisierte sie. Dagegen warf die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Nicolette Kressl den Kommunen im Streit um die Finanzierung der Kleinkinderbetreuung unverantwortliches Handeln vor.

Angebot unzureichend

Derweil sprach sich auch der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kleinkinder aus. „Wir halten dies angesichts des schlechten Betreuungsangebotes für absolut notwendig“, sagte Verbands-Geschäftsführerin Peggi Liebisch. Das Betreuungsangebot sei völlig unzureichend.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

Dreijährige. „Selbst wenn dann die versprochene Entlastung wirklich käme, könnten wir diese Mittel nicht gleich wieder zweckgebunden in die Kinderbetreuung investieren“, sagte Articus.

Furcht vor Rechtsanspruch

Die Kommunen befürchten, dass ein Rechtsanspruch auf Betreuungsangebote für Kleinkinder eingeführt wird, ohne dass entsprechende Gelder aus der Arbeitsmarktreform zur Verfügung stehen könnten. Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) hatte den Kommunen zum Ausbau ihres Betreuungsangebotes ab 2005 jährlich rund 1,5 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Bis 2010 solle jedes fünfte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz haben, hatte sie vor wenigen Wochen versprochen. Das Geld soll durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Verlässliche Unterstützung

Ministerin Schmidt wies die Befürchtungen zurück. Der Bund werde die Kommunen „ab 2005 mit bis zu 1,5 Milliarden Euro verlässlich unterstützen“. Gleichzeitig verwies sie auf die Pflicht der Kommunen, ein ausreichendes Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen. „Die Kommunen stehen schon seit über zehn Jahren in der Pflicht, das Angebot am Bedarf auszurichten“, sagte sie. Freilich sehe die Bundesregierung die schwierige Lage der Kommunen und werde Städte und Gemeinden deshalb „bei der Umsetzung die-

Besteuerung mittelständischer Unternehmen:

„Ungerecht und verfassungswidrig“

Denkanstöße des Mindelheimer Bauunternehmers Friedrich Riebel
Kommunale Standorte und Arbeitsplätze in Gefahr

Die jetzige Besteuerung mittelständischer Unternehmen ist nach Ansicht des Mindelheimer Bauunternehmers Friedrich Riebel „ungerecht und verfassungswidrig“. Dies gelte auch für Steuern bei der Übertragung von Firmenvermögen unter Lebenden oder von Todes wegen, so der Firmenchef in einem Gespräch mit der GZ. Durch die gigantischen Belastungen, die Erbenden aufgebürdet würden, seien diese immer weniger in der Lage, die erbten Unternehmen weiterzuführen.

Die Folgen liegen Riebel zufolge auf der Hand: Verkäufe an Fremde, Anonyme, Global Player oder aber die Überführung in Stiftungen, die wiederum den Verlust von vielen wertvollen Arbeitsplätzen in den Kommunen nach sich ziehen. Weil sich der Mittelstand wehren müsse, habe er, Riebel, im Oktober vergangenen Jahres Eingaben beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gemacht.

Entscheidung 2005

Durch eine höchst fragwürdige Entscheidung des Bundesfinanzhofes sei das Thema Schenkungs- und Erbschaftsteuer erneut in die Diskussion geraten, betont der Unternehmer. Ein Senat habe das Bundesverfassungsgericht angerufen mit der

Behauptung, die bevorzugte Besteuerung mittelständischer Betriebsvermögens sei im Vergleich zur Besteuerung sonstigen oder privaten Vermögens zu niedrig, deshalb ungerecht und möglicherweise verfassungswidrig. Über diese Frage will das höchste deutsche Gericht voraussichtlich Anfang 2005 entscheiden.

Bereits mehrfach besteuert

Verstärkt werde der Ruf nach Substanzbesteuerung auch aus der politischen Welt, vornehmlich aus Kreisen der rot-grünen Berliner Regierungskoalition, erklärt Riebel. Die verschwommene Forderung laute: „Besteuert große Vermögen, damit wir unsere staatlichen Aufgaben erfüllen können!“ Dieser Forderung habe

der Bochumer SPD-Parteitag im November zugestimmt. Auch bei den Grünen überwiege der Hang zu höheren Schenkungs- und Erbschaftsteuern. Höchst erstaunlich sei es deshalb, so Riebel, „dass die mittelständischen Unternehmer und namhaften Vertreter ihres Standes sich gegen derartige Zustände und politische Forderungen öffentlich nicht unmissverständlich und gut begründet zur Wehr setzen“.

Sträflich werde bislang missachtet, dass Firmen- oder Betriebsvermögen aus bereits mehrfach besteuertem Vermögen bestehe. Es sei privat nicht frei verfügbar, sondern zweckgebunden und habe in Deutschland sowohl nach guter unternehmerischer Einstellung vieler Mittelständler, als auch nach Gesetzeslage eine starke Sozialbindung, die den steuerbaren Wert drastisch binde.

Existenzsicherung

Laut Riebel sichert die finanzielle Grundlage einer Firma jetzt und in Zukunft deren Exi-

stenz: „Sie ist fest in das Unternehmen eingebunden. Wenn nicht, könnte das Unternehmen beliebig auseinander fallen. Es soll aber gerade nicht Spielball des Unternehmers, der Beschenkten oder der Erben werden. Nur das entspricht echtem mittelständischen und sozialem Verhalten.“ Werde die Firma freiwillig oder zwangsweise aufgelöst, hätten die Inhaber strenge Verpflichtungen aus dem gesetzlich vorgeschriebenem Sozialplan. Diese Pflichten seien in Deutschland sogar so hoch, dass sie bei Insolvenz meist gar nicht erfüllt werden könnten.

Schutzpflichten

Wer eine blühende Wirtschaft mit vielen wertvollen Arbeitsplätzen wolle, müsse den Firmen die dazu erforderlichen und nützlichen finanziellen Grundlagen belassen, fordert Riebel. Dabei sei zu bedenken, dass je nach Branche ein Arbeitsplatz als Investition in die Zukunft zwischen 50.000 und 250.000 Euro Eigenkapital wert und zudem für jeden Arbeitsplatz noch ausreichend Umlaufkapital erforderlich ist. Nicht nur die Unternehmer oder Inhaber von Firmen hätten gesellschaftsrechtliche und sozialpolitische Verpflichtungen; auch die Gesetzesmacher und Richter müssten sol-

chen Schutzpflichten gegenüber der Allgemeinheit und den Unternehmern, ihren Firmen und Mitarbeitern, nachkommen. Mittelständische Firmen und Betriebe im Falle der Fortführung auch noch mit Steuern bei Schenkung und/oder Erbschaft zu belasten, komme zusammen mit allen anderen Eingriffen und Lasten einer verfassungswidrigen Enteignung gleich.

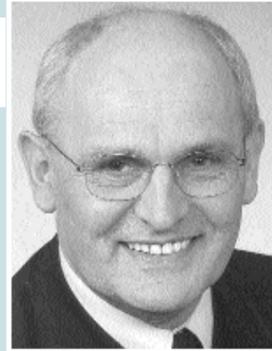
Bayerischer Vorschlag

Als „gerade noch tragbar und halbwegs vernünftig“ bezeichnet Riebel einen Lösungsvorschlag der Bayerischen Staatskanzlei: Danach sollen Firmen und Betriebe oder deren Begünstigte zunächst von der Schenkungs- und Erbschaftsteuer freigestellt werden. Pro volles Jahr der Fortführung nach dem Schenkungs- oder Erbschaft soll je ein Zehntel dieser Steuern erlassen werden. Dies bedeute, dass die Firma derartige Steuern dann nicht aus ihrer Substanz bezahlen muss, wenn sie mindestens zehn Jahre ordentlich fortgeführt wird. Die wirtschaftspolitisch vernünftigste Lösung wäre nach Riebels Dafürhalten allerdings, „die Besteuerung des durch vielfältige Besteuerung verbliebenen Firmenvermögens (ist gleich Nettovermögen) gänzlich abzuschaffen“. **DK**

GZ Kolumne Hanns Dorfner

Liebe Leser

In der öffentlichen Diskussion ist der ÖPNV allen ein Anliegen: Den Politikern, die sich massiv für eine Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs einsetzen, den Bürgerinnen und Bürgern, die in stattdieser Zahl auch die Fahrgäste stellen und den Umweltschützern ja bereits kraft Auftrages. Und nachdem dieses eindeutige Bekenntnis zum ÖPNV nicht erst seit heute abgegeben wird, haben die dafür zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte im Verlauf der letzten 10-15 Jahre (mit durchaus unterschiedlichem Engagement) ein ansehnliches ÖPNV-Netz geflochten. Die demonstrierte Einigkeit ist auch nur verständlich, wenn man sich die Ziele im Bayerischen ÖPNV-Gesetz anschaut (vgl. Art. 2): Fördert man mit dem ÖPNV doch so bedeutende Interessen wie den Umweltschutz, die Verkehrssicherheit, die Verkehrsinfrastruktur, ja ganz allgemein die Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen im gesamten Staatsgebiet. Es ist aber wie in so vielen anderen Dingen des täglichen und politischen Lebens auch: Solange das Geld in ausreichender Menge vorhanden



oft zitierte Quadratur des Kreises bedeutet. Einerseits kann und will man sich nicht vom ÖPNV verabschieden, andererseits wissen die Kämmerer bald nicht mehr, wie der Eigenanteil im Haushalt gegenfinanziert werden soll und auch der Dreh an der Schraube Kreisumlage ist kein adäquates Steuerungsinstrument mehr, weil die Schraube längst bis ins Holz eingedreht ist.

So beginnen die Landkreise nach und nach das wieder abzubauen, was seit den 80-iger Jahren des vorigen Jahrhunderts mühsam aufgebaut wurde: Discobusse entfallen, Anruf-Sammeltaxis werden gestrichen, Rufbus-Systeme fallen dem Rotstift zum Opfer, Linien, die im Jahresdurchschnitt keine ausreichende Auslastung aufweisen können, werden eingestellt, Kooperationen müssen gekündigt werden.

Vor dieser Kulisse schickt sich jetzt der Freistaat Bayern an, seine Zuschüsse von rund 70 Mio. € im Jahr 2003 auf rund 40 Mio. € im Jahr 2004 zu reduzieren. Dieser Schnitt ist fix, offen bleibt allein noch, wie einzelne Landkreise und kreisfreie Städte getroffen werden. Es ist eine außerordentliche Gratwanderung, die der Freistaat Bayern hier betreiben will. Die Planung, Organisation und Sicherstellung des ÖPNV ist durchaus eine Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Gemeinden im eigenen Wirkungskreis, allerdings auch eine freiwillige Aufgabe. Zum anderen ist es eine Aufgabe an der Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit. Und diese Leistungsfähigkeit ist bei den finanzschwachen Gebietskörperschaften mittlerweile wohl flächendeckend erreicht, wenn nicht sogar überschritten. Bei der Durchreichung der beschlossenen Kürzung auf die einzelnen Landkreise sollte auch bedacht werden, ob eine Gleichbehandlung zwischen den Ballungsräumen und dem sogenannten flachen Land in diesem Fall wirklich gerecht ist. Es führt einfach kein Weg vorbei an der Feststellung, daß ein vernünftiger Öffentlicher Personennahverkehr in einer Stadt wie München oder Nürnberg - bezogen auf den einzelnen Fahrgast - effizienter zu organisieren ist, als dies in einem Flächenlandkreis mit 1.000 oder gar 1.500 qkm erfolgen kann. Der Freistaat Bayern tut deshalb mit Sicherheit gut daran, bei der konkreten Verteilung der noch verbleibenden ÖPNV-Zuschüsse dies zu berücksichtigen und damit einen dringend notwendigen Beitrag zu leisten, um gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Gebiet des Freistaates zu schaffen.

Hanns Dorfner

Stadt Schweinfurt:

Mobile Überwachung

Seit September 2001 gibt es in Bayern die gesetzliche Grundlage für die polizeiliche Videoüberwachung öffentlicher Plätze an Kriminalitätsbrennpunkten. Nach guten Erfahrungen der Nürnberger Polizei mit einer neuartigen mobilen Videoüberwachungsanlage in der Innenstadt hat Innenminister Dr. Günther Beckstein eine weitere funkgesteuerte, digitale Videoüberwachungsanlage in Schweinfurt in Betrieb genommen. Diese überträgt Bilder vom Schweinfurter Roßmarkt in die Einsatzzentrale der Polizeidirektion Schweinfurt. Etwa 8% aller in dieser Stadt registrierten Straftaten stehen im Zusammenhang mit dem Roßmarkt. Bei zurückliegenden Bürgerbefragungen bezeichneten viele Bürger den Platz mit dem Zentralen Busbahnhof als „Angstraum“. Beckstein: „Diese Videokamera ermöglicht eine noch wirksamere Kriminalitätsbekämpfung. Sie trägt dazu bei, das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu stärken und leistet einen wichtigen Beitrag zur objektiven Sicherheit.“

Bayern erneut mit Sicherheit ...

(Fortsetzung von Seite 1)
 besonders Sorge bereiten. Mord- und Totschlagsdelikte sind um 23 auf 353 Fälle (- 6,1 %) gefallen. Die Aufklärungsquote liegt bei der Gewaltkriminalität bei 84,3 %, bei Vergewaltigungen sogar bei 88,8 %. Beckstein: „Bei Mord- und Totschlag haben Täter, auch Dank neuer Analysemethoden, kaum noch eine Chance auf Dauer unentdeckt zu bleiben“.

Straftaten an Schulen rückläufig

Die Straftaten an Schulen waren nach Anstiegen der letzten Jahre rückläufig; bei der Gewaltkriminalität an Schulen war allerdings ein Plus von 5,5 % auf nun 464 Delikte festzustellen. Angesichts dessen lautet Becksteins Botschaft: „Bayerns Schulen sind sichere Schulen. Die Zahlen der Straftaten bewegen sich auf einem niedrigen Niveau. Trotz der nur 464 Gewaltdelikte an über 5.000 bayerischen Schulen mit rund 1,4 Millionen Schülern werden wir aber das Thema Gewalt an Schulen besonders im Auge behalten.“

Straßenkriminalität sinkt

Ein besonderer polizeilicher Schwerpunkt liegt auch bei der Straßenkriminalität. Sie sank nach einem Rückgang im Jahr 2002 um 1,4 % auf 144.540 Taten und im letzten Jahr erneut leicht auf 143.836 Delikte (- 704 Taten; - 0,5%). „Auch in Zukunft wird Bayern dafür sorgen, dass es in unseren Städten keine Gegend gibt, in die sich der Normalbürger nicht hineintraut“, verspricht Beckstein.

Vor allem auf zunehmenden

Fällen des Betrugs auf rund 90.500 Delikte (+ 12,1 %) beruht der Anstieg bei der Gesamtkriminalität im Jahr 2003. Markant waren vor allem die Steigerungen beim Waren- und Warenkreditbetrug (+ 4.870 Delikte; + 22,2 %), beim Anlagebetrug (+ 1.492 Delikte; + 184,7 %) und beim Betrug zum Nachteil von Sozialversicherungen (+ 1.349 Delikte; + 30,2 %). Beim Warenkreditbetrug fallen vor allem steigende Fallzahlen bei Versteigerungen in den „Online-Auktionshäusern“ auf. Beckstein: „Die Anonymität, die einfache und billige Kommunikation über das Internet kann bei vielen Tätern den Tatentschluss fördern.“ Die Polizei wird künftig dieses Phänomen noch genauer beobachten und punktgenauer dagegen vorgehen.

Fälschungssichere Karten

Angesichts steigender Fälle mit EC-Karten ohne persönliche Geheimzahl (+ 1.410 Delikte; + 44,4 %) sah Beckstein vor allem die Wirtschaft in der Pflicht: „Zum einen sollte das Online-Verfahren Standard werden, bei dem gestohlene Karten an der Kasse sofort erkennbar werden. Zum anderen ist die Einbindung von Inhaberphotos auf allen Zahlungskarten erforderlich. Auch ein fälschungssicherer Chip anstelle des bisherigen Magnetstreifens wäre notwendig“.

Mehr tatverdächtige Kinder

Von den rund 325.000 Tatverdächtigen (+ 3,4 %) begingen 77 % nur eine Straftat, rund 13 % davon traten zweimal in Erscheinung, etwa 10 % drei- oder mehrfach. Die Zahl der tatver-

dächtigen Kinder bis 14 Jahre stieg auf 15.766 (+ 2,4 %); sie fielen vor allem wegen Ladendiebstahls auf. Bei den vor allem wegen Diebstahls, Körperverletzung und Rauschgiftdelikten tatverdächtigen Jugendlichen bis 18 Jahre stieg die Zahl auf 35.312 (+ 1,5 %). Insgesamt waren knapp 33.000 Heranwachsende (+2,6 %) vor allem wegen Rauschgiftdelikten, Diebstahl und Körperverletzung auffällig.

Mehr Aufmerksamkeit für Jugendliche

In diesem Bereich setzt die bayerische Polizei auf einen personenorientierten Ermittlungsansatz, bei dem alle Straftaten, die ein Jugendlicher begeht, derselbe Ermittlungsbeamte bearbeitet. Beckstein berichtete: „Damit gelingt es minderjährige Intensivtäter frühzeitig zu erkennen und kriminelle Karrieren rasch zu stoppen. Neben Kontaktbeamten, Jugendbeamten, Schulverbindungsbeamten und erzieherischen Gesprächen läuft auch das Schulschwänzerprogramm der bayerischen Polizei: Dabei griffen die Beamten allein im Schuljahr 2002/2003 177 Schulschwänzer auf und führten 937 aufgrund von Bitten der Schulbehörden zum Unterricht.“

Mehr Rohheitsdelikte

Bei der Kriminalität von Ausländern setzten sich 2003 zwei Tendenzen fort: Wegen einfachen Diebstahls Erfasste stagnieren, während Rohheitsdelikte und die zur Gewaltkriminalität zählenden Straftaten deutlich zunehmen (+ 10 %). Die Steigerungsraten seit 1997 liegen beim einfachen Diebstahl allerdings

bei + 18 % und bei den Rohheitsdelikten sogar bei + 115,5 %. Zugleich stieg seitdem die Anzahl der Tatverdächtigen um inzwischen rund 50 %: Während es 1997 aus dieser Bevölkerungsgruppe 15.250 Tatverdächtige waren, lag die Zahl 2003 bei insgesamt 22.794. Beckstein setzt in diesem Zusammenhang auf konsequente Strafverfolgung und gezielte Prävention: „Ziel muss es sein, die in unser Land gekommenen deutschen Ausländer auf der Basis bestehender Werte und Normen in unsere Gesellschaft dauerhaft zu integrieren. Hier ist der gesamtgesellschaftliche Ansatz und die Bereitschaft der Aussiedler zur Mitwirkung besonders wichtig.“

Viele Ausländer

Ausländische Tatverdächtige sind trotz eines Rückgangs im Vergleich zu ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung weiter erheblich überrepräsentiert. Von allen Tatverdächtigen besaßen 29,1 % nicht die deutsche Staatsangehörigkeit; 1997 betrug der Anteil sogar noch 33,6 %. Nach Abzug der Delikte, die regelmäßig nur von Ausländern begangen werden können, wie etwa der illegale Aufenthalt, ergibt sich ein Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen im Jahr 2003 von 23,2 %. Ein hoher Ausländeranteil ist vor allem mit 36,2 % bei Raub und räuberischer Erpressung, mit 35,1 % bei den Vergewaltigungen, mit 31,3 % beim illegalen Handel und Schmuggel von Betäubungsmitteln sowie mit 52,9 % beim Taschendiebstahl festzustellen. Ausdrücklich stellte Beckstein aber klar: „Die enorm überwiegende Mehrheit der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer ist rechtstreuen. Ein Verschweigen oder Verdrän-

lungsausschuss von der Bundesregierung vorzulegende Gesetzentwurf ist überfällig!“

Stetige Steuerquelle

Die zentrale Aufgabe einer ernsthaften Reform der Kommunalfinanzien ist, eine stetige, vor Ort gestaltbare Steuerquelle der Kommunen sicherzustellen. Finanzierung und Selbstverwaltung der Kommunen müssen ein wichtiges Kriterium bei der Gestaltung unserer Reform für einfachere und gerechtere Steuern sein. Die Zusammenfassung mehrerer Einkunftsarten im Einkommensteuerrecht entzieht der Gewerbesteuer die Basis. Zum Ausgleich müssen nicht nur ihre Anteile an der Mehrwert- und Einkommensteuer erhöht, sondern die Kommunen künftig auch an der Körperschaftsteuer beteiligt werden.

Spielräume schaffen

Ein Hebesatzrecht auf den Körperschaftsteuer-Anteil kann die Forderung des Grundgesetzes nach einer eigenständigen Kompetenz der Kommunen für die Höhe einer auf die Wirtschaftskraft bezogenen Steuer erfüllen. CSU und CDU werden die überfällige Reform der Kommunalfinanzien gemeinsam mit den Kommunen verwirklichen. Die Selbstverwaltung der Kommunen hat einen hohen Rang. Entscheidend sind dabei allerdings nicht nur Hebesätze, sondern vor allem der Anteil der Ausgaben, den die Kommunen frei gestalten können. Dafür müssen Spielräume geschaffen werden.

Die Finanz- und Investitionskraft der Kommunen spielt eine Schlüsselrolle für Wachstum und Arbeitsplätze. Markenzeichen der CSU war immer eine Politik aus einem Guss, die Bund, Land und Kommunen gemeinsam voran bringt - diesem Anspruch wollen wir weiter gerecht werden. ☞

gen des Themas der Ausländerkriminalität würde aber Vorurteile verstärken und Integrationsbemühungen behindern“.

EU-Osterweiterung kein Problem

Im Zuge der EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 rechnet Beckstein mit keinem plötzlichen und rasanten Anstieg der Kriminalität. Schon jetzt herrscht ja weitgehende Freizügigkeit zugunsten der Staatsangehörigen der Beitrittsländer, da für deren visumsfreie Einreise

Bad Wörishofen engagiert Beraterstab zum Null-Tarif

„Es ist eine Utopie darauf zu hoffen, dass ein großes Unternehmen im Rathaus anfragt, ob es geeignete Flächen für die Ansiedlung einer neuen Fabrik gibt“, weiß Franz Pschierer, Unterallgäuer CSU-Abgeordneter und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag. Ins Wirtschaftsministerium kämen hingegen tagtäglich zahlreiche Bürgermeister, die meistens erfolglos darum bäten, man möge einem interessierten Investor ausgerechnet ihre Kommune empfehlen.

Um die eigene Region zu stärken unterstützt Pschierer eine neue Initiative der Stadt Bad Wörishofen, die mit Beraterverträgen positive Schlagzeilen machen will. Das Kneipp-Heilbad leidet ähnlich wie andere Kurorte in Deutschland unter dem Strukturwandel im Gesundheitswesen. Bürgermeister Klaus Holetschek will eine Standortoffensive starten.

Consulting-Team

Zu Holetscheks Beraterstab gehören vier erfahrene Wirtschaftskapitäne, die ihre Kompetenz und ihre Beziehungen nicht des Geldes wegen einbringen, sondern aus Solidarität zur Stadt. Günther Kirsch zum Beispiel hat als Direktor bei Karstadt noch einen Vertrag bis 30. Juni 2004. Als Manager im Vorruhestand darf er zwar einer Arbeit nachgehen, aber kein zusätzliches Einkommen erzielen. Das kommt Bad Wörishofen höchst gelegen. Auch die anderen Topp-Manager, die sich bei einem Forum im Rathaus als Mitglieder eines neuen Förderkreises vorstellten, haben sich weitgehend ins Privatleben zurückgezogen, aber keineswegs in den Ruhestand. Wirtschaftsingenieur Klaus Martin war früher für MAN, MTU und Daimler Aero-Space Repräsentant im Ausland und er-

bis zu drei Monaten ein Personalausweis genügt. Beckstein: „Wenn in einigen Jahren die Beitrittsländer alle geforderten hohen Standards unter anderem bei der Sicherung der Außengrenzen erfüllen, werden auch die systematischen Personenkontrollen an den Binnengrenzen zu den neu hinzugekommenen Ländern fallen. Bis dahin braucht es aber noch erhebliche materielle und personelle Verbesserungen, bei denen Bayern diese Länder bereits seit vielen Jahren mit großem Engagement unterstützt.“ ☞

Wellness-Oscar

Der Begriff „Kneipp Original Bad Wörishofen“ soll zum Markennamen werden, der mit modernen medizinischen Einrichtungen verknüpft ist. Dazu zählen zum Beispiel Kliniken für Schlafforschung, für Schwangerschafts-Früherkennung und für ästhetische Chirurgie. Die Hotelfachschule will er als Elite-Akademie ausbauen. Zudem soll Bad Wörishofen als Kompetenzzentrum für ganzheitliche Naturheilkunde jährlich einen „Kneipp-Award“ für den besten Wellness-Betrieb verleihen, sozusagen einen Wellness-Oscar.

So viele Impulse hatten Kommunalpolitiker und Unternehmer offenbar nicht erwartet. Aus ihren Kommentaren klang Begeisterung. Für das nächste Forum im April hat Bürgermeister Holetschek einen Referenten gewonnen, dessen Name allein schon für Publicity sorgen wird. Vom ehemaligen Botschafter Thomas Borer-Fielding erwartet man weitere Denkanstöße. ☞

Kommunen leiden an ...

(Fortsetzung von Seite 1)
 einnahmen von 2,5 Mrd €. Die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer von 2,2% auf 3% allerdings war nicht durchsetzbar.

Steigerungsdynamik bei sozialen Leistungen

Angesichts des gewachsenen Defizits der Kommunen kann diese Entlastung die Probleme nicht lösen. Städtetag und Landkreistag rechnen für 2004 mit einem Defizit aller Kommunen von rund 10 Mrd €. Den Gewerbesteuer-Mehreinnahmen stehen neue Lasten gegenüber: Die Steigerungsdynamik bei den Ausgaben für soziale Leistungen ist ungebrochen. Das teilweise Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform kostet die Kommunen knapp 1 Mrd €. Die Bemühungen um eine Reform der Kommunalfinanzien müssen endlich zu einem Ergebnis führen. Den rot-grünen Ankündigungen, die „Finanzkraft der Kommunen stärken“ zu wollen, glaubt keiner mehr. Rot-Grün hat nicht nur die Zusagen gebrochen - konkret wurde immer gegen die Kommunen entschieden. Die Liste der Maßnahmen ist lang, mit denen der Bund entlastet und die Kommunen belastet wurden: Öko-Steuer, Grundversicherungsgesetz, UMTS-Lizenz-Versteigerung - und ganz aktuell die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Talfahrt der Wirtschaft

Die Krise der Kommunalfinanzien spiegelt die Talfahrt der Wirtschaft. Nur mehr Wachstum sorgt für stabile Steuereinnahmen. Eine Reform der Kommunalfinanzien muss die Wachstumskräfte stärken und darf sie nicht behindern. Mit ihrem Ge-

werbsteuer-Modell haben die Kommunalverbände deshalb auf das falsche Pferd gesetzt. Der Vorzug einer auf die Wirtschaftskraft bezogenen Steuerquelle der Kommunen ist das Band gemeinsamer Interessen, das sie zwischen einem Standort und den dort angesiedelten Betrieben knüpft. Wer die Gewerbesteuer jedoch weniger konjunkturabhängig und für die Kämmerer berechenbarer machen will, muss aus ihr gleichzeitig eine Fessel für die Aufschwungkräfte machen. Aus diesem Dilemma gibt es mit der Gewerbesteuer keinen Ausweg.

Entlastung bei den Pflichtaufgaben

Die Kommunen müssen bei den Pflichtaufgaben entlastet werden. Selbst in guten Zeiten sind die Kommunen nur zu einem kleinem Teil Herr ihrer Haushalte: der Löwenanteil der Ausgaben ist durch Landes- und Bundesgesetz festgelegt. Angesichts der Defizite müssen diese Vorgaben auf den Prüfstand, um die kommunale Selbstverwaltung zu wahren. Das „Sofortprogramm“ der Präsiden von CSU und CDU nennt die dringendsten Aufgaben: Die von den Jungendämtern zu finanzierenden Therapien müssen auf schwere Belastungen konzentriert und eine angemessene Kostenbeteiligung durchgesetzt werden. Die Eingliederungshilfen für Behinderte gehören in ein eigenes Leistungsrecht des Bundes. Der Durchgriff des Bundes auf die Kommunen bei der Grundversicherung für Menschen über 65 und dauerhaft Erwerbsunfähige war ein Fehler, der korrigiert werden muss. Den gleichen Fehler wiederholt allerdings jetzt die rot-grüne „Ganztagsoffensive“: Der Bund klopft familienpolitische

Sprüche und fördert den Start einiger Projekte - den Kommunen bleibt der Großteil der Kosten. So geht das nicht!

Jeder muss einen Beitrag zum Sparen leisten

Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Die Finanzprobleme aller staatlichen Ebenen sind nur lösbar, wenn jeder zum Sparen beiträgt, was er kann: Die Anreize für die Kommunen dürfen nicht verloren gehen, sich um die Vermittlung arbeitsfähiger Leistungsbezieher zu bemühen. Beim neuen „Arbeitslosengeld II“ übernimmt der Bund die Leistungen für Arbeitsfähige. Die Idee, zum Ausgleich dafür die Unterkunftskosten den Kommunen zu übertragen, stammt vom Deutschen Städtetag und war offensichtlich nicht in allen Auswirkungen bedacht. Erhebliche Umverteilungen sind die Folge: die Stadtstaaten werden stark entlastet, die Flächenländer kaum.

Verwerfungen zwischen Städten und Kreisen

Ähnliche Verwerfungen können sich innerhalb der Länder zwischen Städten und Kreisen ergeben. Höchst zweifelhaft ist, ob es insgesamt tatsächlich zu der den Kommunen versprochenen, für Kinderbetreuung zweckgebundenen Entlastung kommen wird. Hohen Respekt verdient in diesem Zusammenhang der Einsatz des Landkreistages für ein vernünftiges „Optionsmodell“: Die von der „Bundesagentur für Arbeit“ zu zahlenden Fallpauschalen müssen Anreize bieten, die Vermittlungs-Kompetenz vor Ort tatsächlich einzusetzen. Der laut Vereinbarung im Vermitt-

Kampf um die Sparkassen mit harten Bandagen

Breiter Widerstand gegen Übernahme durch Privatbanken
Kommunen wissen ihre Institute zu schätzen

Zwar ist der heftig umstrittene Verkauf der Sparkasse Stralsund an interessierte Privatbanken aus rechtlichen Gründen und am Widerstand der Stralsunder Bürger gescheitert, aber der Kampf um die öffentlich-rechtlichen Institute geht weiter. Befürworter einer Beteiligung an Sparkassen oder auch ihrer Übernahme sind aber nicht nur die Privatbanken, die ein Auge auf die meist wesentlich bessere Rentabilität dieser Institute geworfen haben, sondern auch Lokal- und Landespolitiker.

Jüngstes Beispiel ist der saarländische Wirtschaftsminister Hanspeter Georgi (CDU), der sich jetzt trotz Stralsund für eine Beteiligung Privater an den Sparkassen des Landes ausgesprochen hat. Widerstand kommt vor allem aus dem Kreis der Sparkassen selbst - und wohl auch der Genossenschaftsbanken, die es gleichermaßen treffen könnte.

Die meisten Kommunen lehnen ab

Aber auch die allermeisten Kommunen und Landkreise, die

ststitute (Sparkassen) und Genossenschaftsbanken (Volks- und Raiffeisenbanken) teilen sich den Markt. Während Sparkassen und Genossenschaftsbanken ihrem traditionellen Aufgabenverständnis treu geblieben sind und sich vor allem vor Ort den Bürgern und der mittelständischen Wirtschaft verbunden fühlen und somit nicht nur an Brennpunkten, sondern auch in der Fläche präsent sind, haben sich in den zurückliegenden Jahren die Privatbanken tendenziell aus der Fläche zurückgezogen und sich auf Großkredite und Investmentbanking (Kauf

Überzeugung müssen Beteiligungen Dritter an Sparkassen möglich sein, damit das Eigenkapital der Sparkassen gestärkt werden kann.“ Die öffentlichen Hände als heutige Gewährträger der Sparkassen seien dazu finanziell nicht in der Lage.

Genossenschaftsbanken ins Boot nehmen

Zunächst könnten Zusammenschlüsse von Sparkassen und Genossenschaftsbanken ermöglicht werden, damit man in der Fläche wenigstens ein starkes Institut habe. Die zweite Möglichkeit sei eine Beteiligung von Anlagegesellschaften an Sparkassen. Dabei denke er nicht an die Deutsche Bank, die dann 49 % an der Saarbrücker Sparkasse übernehme. Dennoch kündigte Georgi an, eine Beteiligung privater Großbanken

werde möglich sein, wenn der Landtag der Novellierung des Gesetzes, „so, wie wir sie planen“, zustimmt. Letztlich werde es Sache der Gewährträger sein, darüber zu entscheiden.

Kritik vom Verband

Der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Saar, Karl-Heinz Trautmann, kritisierte Georgis Pläne. Es gebe keine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit, die Drei-Säulen-Struktur in Frage zu stel-

len. Übrigens, Horst Köhler (CDU), Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, hat sich als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes gegen Beteiligungen an Sparkassen und gegen ihre Übernahme durch Private ausgesprochen. Später als Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) war er dann dafür.

Strötgen: Ein Dorn im Auge

In pointierter Form wendet sich Harald Strötgen, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München, einer der größten und rentabelsten deutschen Sparkassen, im Einklang mit dem Vorsitzenden seines Verwaltungsrates, dem Münchener Oberbürgermeister Christian Ude, gegen jegliche Absicht, Sparkassen Privateigentümern zugänglich zu machen. Er sieht die Haupttriebfeder der Privatbanken darin, dass ihnen im Wettbewerb um den Kunden Sparkassen „und wahrscheinlich auch Genossenschaftsbanken“ ein Dorn im Auge sind. Dass Privatbanken derzeit kaum Ertrag erwirtschafteten, sei auf das Versagen ihrer verfolgten Geschäftsmodelle zurückzuführen. Soziale Marktwirtschaft basiere aber auf möglichst vielen Anbietern. Von einer Wettbewerbsverzerrung könne also nicht gesprochen werden, „zumal spätestens seit der Anpassung durch Brüssel in Bezug auf Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für alle Kreditinstitute die gleichen Voraussetzungen gelten“.

Auch von Refinanzierungs-

vorteilen kann laut Strötgen wegen des Wegfalls der Gewährträgerhaftung von 2005 an nicht mehr gesprochen werden.

Gewinn erwirtschaften

Und auch das Argument, Sparkassen müssten keinen Gewinn erwirtschaften und hätten deswegen einen Vorteil, treffe nicht zu. Sie müssten sehr wohl Gewinn erwirtschaften, weil sie damit ihre Rücklagen finanzieren, mit denen sie ihr organisches Wachstum ermöglichen. Denn anders als bei Aktiengesellschaften gebe es bei Sparkassen nicht die Möglichkeit einer Kapitalerhöhung über Aktionäre. Gewährträger beteiligten sich aber an der Dotierung nicht. Dennoch habe keine Kommune in den letzten 40 Jahre ihrer Sparkasse Geld gegeben oder Geld geben müssen. Womit auch das Eigenkapital-Argument des saarländischen Wirtschaftsministers widerlegt sein dürfte.

Höhere Eigenkapitalrendite

Laut Strötgen ist die Eigenkapital-Rendite bei Sparkassen höher als bei deutschen Großbanken, womit also der Vorwurf des ruinösen Wettbewerbs über Gewinnverzicht seitens der Sparkassen wiederlegt sei. So hat die Stadtsparkasse München 2003 nach Bewertung ihrer Risiken eine Eigenkapital-Rendite von 11,4 % erwirtschaftet. Im Jahr zuvor waren es sogar 12,1 %.

München als Eigentümer und Gewährträger der Stadtsparkasse profitiert zum Beispiel auf mehrfache Weise vom Erfolg des Instituts. So hat die Landeshauptstadt im vergangenen Jahr

15,9 Mio. Euro Gewerbesteuer von der Stadtsparkasse erhalten. Außerdem ist die Stadtsparkasse mit vier Stiftungen bürgerschaftlich aktiv. In München hat sie knapp 230 Projekte mit zusammen 1,4 Mio. Euro unterstützt. Und schließlich beeinflusst die Stadtsparkasse auch den Münchener Arbeitsmarkt positiv. So hat sie etwa 350 Mitarbeiter, die normalerweise der auch bei der Sparkasse unvermeidlichen Umstrukturierung und Rationalisierung zum Opfer gefallen wären, in einer sogenannten Transfergesellschaft aufgefangen, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. In dieser Gesellschaft verweilen sie so lange, bis für sie neue, dauerhafte Aufgaben im Haus gefunden sind. Zur Zeit sind noch 145 Mitarbeiter in dieser Transfergesellschaft. Ob diese Lösung auch eine Privatbank gewählt hätte?

Privatbanken sind anders

An den erwähnten Beispielen zeigt sich exemplarisch, dass nicht nur in der Vorstellung der Öffentlichkeit, sondern auch in der Praxis eine Sparkasse doch etwas anderes ist als eine Privatbank. „Privatbanken müssen maximalen Profit erwirtschaften, Sparkassen sind dagegen auch der Gesellschaft und dem Gemeinwohl verpflichtet,“ lautet die weit verbreitete Vorstellung in der Bevölkerung. In der wirtschaftlich arg gebeutelten Stadt Stralsund gibt es Beispiele dafür, was eine Kommune (oder ein Landkreis oder ein Zweckverband) an ihrer Sparkasse hat. So hilft die dortige Sparkasse über Spenden, die aus dem 14. Jahrhundert stam-

mende gotische Backsteinkirche St. Marien zu restaurieren. Sie fördert Kindergärten, Sportvereine und Einrichtungen für psychisch Kranke.

Zur Vorsorge anhalten

Schließlich legt schon die Ordnung der 1828 gegründeten Stralsunder Sparkasse fest, dass sie „wohltätig für Sittlichkeit und bürgerliches Glück“ zu sein habe. Die erste Sparkasse, 1778 von der Allgemeinen Versorgungsanstalt in Hamburg als „Ersparungscasse“ gegründet, sollte Armut bekämpfen, indem sie Menschen zur Vorsorge anhielt und die Region förderte.

Dem Gemeinwohl verpflichtet

Diese Maxime ist auch heute noch gültig. So ist in den vergangenen zwölf Jahren in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil der Privatbanken an der Gründung und Finanzierung von Unternehmen stark gesunken, wogegen der Anteil der Sparkassen rapide angestiegen ist. Dazu Lothar Wilken, Geschäftsführer der regionalen Unternehmensverbände: „Bei einer Anhörung im Wirtschaftsministerium habe ich mir Privatbanken anhören müssen, die haben klipp und klar gesagt, dass sie keine Kredite mehr anfragen, die unter 100.000 Euro liegen.“ Die Kommunen, die als erstes die Auswirkungen von Pleiten und Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen, wissen es zu schätzen, dass ihre Sparkassen auch heute noch nach dem Gesetz dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Und sie wissen, dass Privatbanken dies eben nicht sind. **Doh.**



Zu Recht werden begehrlche Blicke auf die schönen Töchter der Kommunen, die Sparkassen, geworfen. In Bayern gäbe es besonders attraktive Exemplare. Unser Bild zeigt die Hauptverwaltung der Münchner Stadtsparkasse.

als Eigentümer und Gewährträger bisher von den Sparkassen direkt oder indirekt profitiert haben, lehnen die Beteiligungs- und Übernahmepläne ab.

Tabu-Bruch

Am 11. Dezember hatten CDU und SPD in der Stralsunder Bürgerschaft unter Führung von Bürgermeister Harald Lastovka (CDU) den Verkauf der städtischen Sparkasse in die Wege geleitet, um mit dem Erlös kommunale Aufgaben wie zum Beispiel die Sanierung von Schulen zu finanzieren. Dieser Schritt galt als außergewöhnlich und als Tabu-Bruch. Von Anfang an war die mecklenburgische Landesregierung, die von SPD und PDS gestellt wird, gegen diese Pläne. Sie vertrat den Standpunkt, dass ein Verkauf einer Sparkasse rechtlich gar nicht zulässig sei und drängte auf eine Fusion der Stralsunder mit einer anderen Sparkasse. Als schließlich der Landtag in Schwerin per Gesetz den Verkauf unmöglich machte und zudem eine Bürgerabstimmung die SPD in der Hansestadt zur Änderung ihrer Meinung brachte, war der Sparkassenverkauf vom Tisch.

Eine Bresche schlagen

Stralsund wäre für die Privatbanken die Bresche gewesen, die sie in das seit eh und je festgefügte Drei-Säulen-Konzept schlagen wollen, auf dem die deutsche Bankenlandschaft ruht: Private Geschäftsbanken, öffentlich-rechtliche Kreditin-

und Verkauf von Beteiligungen, Unternehmensfusionen) konzentriert.

Lange verpönte Geschäft

Durch die weltweite Konjunkturkrise und die Börsenbaisse hat dies aber bei ihnen zu einem schweren Ertragseinbruch geführt. Deshalb sind die Privatbanken jetzt dabei, ihre Geschäftsphilosophie wieder einmal zu ändern und sich erneut dem lange verpönten Geschäft mit Klein- und Konsumentenkrediten zuzuwenden. In dieses Konzept würden die viel ertragsstärkeren Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit ihrem weitaus dichteren Filialnetz und ihrer regionalen Verwurzelung bestens passen.

Sparkassengesetz

Obwohl ein Verkauf der Sparkasse in Stralsund gescheitert ist, obwohl in der Öffentlichkeit die Kaufgelüste der Privatbanken ganz überwiegend abgelehnt werden und obwohl sich vor allem auch der Sparkassensektor und der Genossenschaftsbereich vehement gegen die Privatbanken-Pläne ausgesprochen haben und weiterhin wehren, sind diese Pläne keineswegs vom Tisch. So hat gerade jetzt das saarländische Wirtschaftsministerium unter Minister Hanspeter Georgi (CDU) angekündigt, die sieben Sparkassen im Lande für eine Beteiligung von Dritten (Wer ist Dritter?) zu öffnen und deshalb das Sparkassengesetz zu ändern.

Dazu Georgi in einem Zeitungsinterview: „Nach meiner

IT-Equipment - leasen statt kaufen:

Leasing ist heute mehr als nur eine Finanzierung

Mehr und mehr wird erwartet, dass die öffentliche Verwaltung mit modernen, technischen Mitteln ausgestattet ist und effizient und zeitgemäß arbeiten kann. Gleichzeitig aber werden die Haushaltsansätze im öffentlichen Bereich immer weiter gekürzt, wodurch die Mittel knapp werden. Bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung ist der Ausbau und die Anpassung der bestehenden IT-Infrastruktur unumgänglich. Zeitgemäße Informationstechnologie ermöglicht die Realisierung neuer Organisationsmodelle auf dem Weg zum Lean Government. Neue Angebote für Bürger, wie z.B. die virtuelle Kommune, erfordern Lösungskonzepte, die innovative Ideen optimal mit Bewährtem verbinden.

Bereits seit vielen Jahren bietet die CHG-MERIDIAN lösungsorientierte und flexible Leasing-/Mietmodelle zur Finanzierung von IT-Equipment für den öffentlichen Bereich an. Leasing kann hierbei nicht nur ein Finanzierungsinstrument sein, sondern ganz bewusst als Steuerungsinstrument im Rahmen von IT-Investitionen und Projekten bei der Haushaltsplanung eingesetzt werden.

Einkauf erste Belastungsprobe

Schon der Einkauf von IT-Massenprodukten stellt häufig eine große Belastung für die internen Abläufe einer jeden Verwaltung dar. Die Beschaffung, Inventarisierung, Verwaltung während der Nutzungszeit sowie die logistischen Prozesse um die Entsorgung der Endgeräte verursachen Prozesskosten, die im Verhältnis zu den Anschaffungskosten der Geräte je nach Verwaltung bereits schon gleichwertig sind bzw. diese häufig sogar überschreiten.

Gesamter Lebenszyklus

Herstellerneutrale, auf öffentliche Verwaltungen spezialisierte Leasinggesellschaften wie die CHG-MERIDIAN, die angefangen vom Beschaffungskonzept über die Verwaltung der Systeme bis hin zur Entsorgung den gesamten Lebenszyklus eines IT-Systems beherrschen, sind in der Lage, Einkaufs- und Abwicklungsfunktionen zu übernehmen, die bislang von den Verwaltungen selbst ausgeführt wurden. Hierbei lassen sich Kosteneinsparungen im Bereich der Beschaffung von IT-Systemen erzielen, die nachweislich bis zu 30 % unter den Kosten einer Kaufalternative bzw. des klassischen Finanzierungsleasings liegen.

Die Investitionen eines defi-

nierten Zeitraumes werden von der Verwaltung abgerufen, wobei die Leasinggesellschaft den Abgleich zwischen den Abrufen der Verwaltung, den tatsächlichen Lieferungen, dem Installationsfortschritt und den Berechnungen des Lieferanten übernimmt. Hierbei wird sichergestellt, dass die Verwaltung am Ende nur für vollständig installierte und abgenommene, funktionsfähige Systeme eine Zahlungsverpflichtung hat. Die Vorfinanzierung der Lieferanten wird durch die Leasinggesellschaft sichergestellt. Ebenso übernimmt sie die vollständige Inventarisierung der Mietobjekte und stellt sie der Verwaltung elektronisch über Schnittstellen für die eigenen Bestandsverwal-

tungssysteme zur Verfügung.

Im Asset-Management-System der Leasinggesellschaft wird der gesamte Lebenszyklus online abgebildet - von der Beschaffung über die Verwaltung bis zur Entsorgung der Systeme - und über einen passwortgeschützten Internetzugang verfügbar gemacht. Der Geschäftsprozess wird zugleich firmenübergreifend zwischen den Beteiligten koordiniert. Während der Nutzungszeit besteht jederzeit online Zugriff auf die kaufmännischen sowie technischen Daten der gelieferten Systeme. Installationsort, Haushaltsstelle, etc. aber auch technische Spezifikationen werden durch die Leasinggesellschaft verwaltet.

TCO-Verrechnung

Anhand der kaufmännischen Informationen erstellt die Leasinggesellschaft für die Verwaltung einmal monatlich eine Abrechnung der gemieteten Systeme und verrechnet auf Wunsch direkt bis auf die Haushaltsstellenebene. In diese Mietrechnung können auch Service- und Softwarebestandteile einfließen und somit eine TCO-Verrechnung (Total-Cost-of-Ownership) pro Arbeitsplatz erreicht werden.

Volks- und Raiffeisenbanken „näher bei den Kunden“

Auch die Genossenschaftsbanken weisen Ansinnen der Großbanken zurück und verteidigen ihre Präsenz vor Ort / Besseres Ergebnis und bessere Aussichten

Auch die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken treten vehement für die Beibehaltung „der bewährten Drei-Säulen-Struktur im deutschen Bankwesen“ ein. Wie die Sparkassen lehnen sie das Ansinnen der Großbanken ab, künftig profitable Sparkassen und Genossenschaftsbanken übernehmen zu können. „Wir haben uns 2003 in einem schwierigen Umfeld sehr gut behauptet und gezeigt, dass es sich lohnt, eine langfristige und am Kunden orientierte Geschäftspolitik zu verfolgen“, betonte Wilhelm Frankenberger, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern vor der Presse. Für den Geschäftsverlauf in 2004 zeigte Frankenberger „leichten Optimismus“.

Die noch 386 bayerischen Genossenschaftsbanken, die im Freistaat das dichteste Zweigstellennetz unterhalten und damit flächendeckend präsent sind, haben (addiert) ihr Betriebsergebnis vor Risikobewertung um 22,1 Prozent auf 1013 (Vorjahr: 830) Mio. Euro gesteigert. Das entspricht 1,03 (0,85) % der durchschnittlichen Bilanzsumme. Das aussagefähigere Betriebsergebnis nach Bewertung

legte nach vorläufigen Zahlen auf 0,7 (0,45) Prozent zu. Der addierte Jahresüberschuss erreichte 0,30 (0,27) Mio. Euro.

Wettbewerb soll entscheiden

Die Strukturdebatte sei nur der Versuch einiger Großbanken, von eigenen Versäumnissen, strategischen Fehlern und operativen Defiziten abzulenken. Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken wollten, dass der Wettbewerb und nicht staatliche Einflussnahme auf bewährte Strukturen und Regeln über den Markt entscheide. Bei den Genossenschaftsbanken stehe nicht eine vom anonymen Kapitalmarkt verordnete Mindestverzinsung des Eigenkapital im Mittelpunkt, sondern nachhaltiges, seriöses Wirtschaften im Interesse der Mitglieder und Kunden.

Regionalprinzip beibehalten

Bei der Strukturdebatte darf nach Frankenbergers Meinung auch nicht das Regionalprinzip in Frage gestellt werden. Die horizontale Arbeitsteilung und die räumliche Beschränkung der Aktivitäten der Genossenschaftsbanken und Sparkassen gehörten zu den Ordnungsprinzipien in beiden Bankenverbänden. Erst dadurch werde die Nähe und gründliche Kenntnis der Kunden und ihres Marktumfeldes gesichert. „Die Volks- und Raiffeisenbanken können Risiken vor Ort besser abschätzen als Banken mit zentralen Verga-

Kostenvorteile

Am Ende der Nutzungszeit ermöglicht die Leasinggesellschaft einen kostenneutralen Roll-out der Geräte in einem Mietmodell, bei dem in einer Austauschphase das Altgerät noch genutzt werden kann und parallel das Neugerät ohne Zeitdruck installiert wird. Der gesamte logistische Prozess bis hin zur Vermarktung und Entsorgung der Systeme wird von der Leasinggesellschaft übernommen. Nur eine auf IT spezialisierte Leasinggesellschaft mit einer eigenen professionellen Vermarktung ist hier in der Lage, weitere Kostenvorteile zu bieten, da sie die eigenen Kosten und den Gewinn nicht beim Kunden erwirtschaften muss, sondern diese aus den Vermarktungserlösen der Altgeräte gedeckt werden.

Finanzierungsalternative

Leasing hat sich als Alternative zur Eigen- bzw. Fremdfinanzierung der öffentlichen Verwaltung etabliert. Über 1.200 öffentlich-rechtliche Organisationen haben sich bisher für die Leasingkonzepte der CHG-MERIDIAN entschieden, darunter mehrere Finanzministerien und andere große Verwaltungen, aber auch bereits mehrere Kommunen und Landratsämter in Bayern.

Weitere Informationen:

Internet: www.chg-meridian.de, oder Telefon 0751/5 03-0 (Ansprechpartner für den Bereich Öffentliche Verwaltungen). ☞

Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH:

Finanzierungsbetreuung stärkt Kommunalhaushalt

Grunderwerb und Erschließung von Baugebieten in der Gemeinde Sankt Oswald Riedlhütte

Schon einige Jahre zurück liegen Grunderwerb und Erschließung der Baugebiete „Hammerberg“ und „Ebenäcker“ in Sankt Oswald Riedlhütte im Landkreis Freyung-Grafenau.

1996 beabsichtigte die Kommune das Baugebiet „Hammerberg“ mit einer Fläche von ca. 22.000 m² und im Juli 1997 das Baugebiet „Ebenäcker“ zu erwerben und zu erschließen.

Um den Haushalt und die Verwaltung der Gemeinde nicht zu belasten wurde ein Finanzierungsbetreuungsvertrag mit der BLE, Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH, geschlossen.

Vielfältige Leistungen

In solchen Fällen übernimmt die BLE damit bei der Durchführung der Maßnahmen folgende Leistungen:

- ☞ Vor- und Zwischenfinanzierung der Baumaßnahmen Bereitstellung eines Kontokorrentkredites durch eine Bank, in diesem Fall die VR Bank Zwiessel-Grafenau eG,
- ☞ Abwicklung des gesamten Rechnungs- und Zahlungsverkehrs,
- ☞ Kostenerfassung und -gliederung nach Maßnahmeerfordernissen bzw. der Vorgabe der Gemeinde
- ☞ Fertigung von detaillierten, vierteljährlichen Zwischenabrechnungen,
- ☞ sowie die Erstellung der

Endabrechnung gegliedert nach Maßnahmeerfordernissen z.T. als Grundlage zur Erstellung von Beitragsbescheiden.

Die Laufzeiten der Maßnahmen betragen in aller Regel 4 bis 5 Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit kann die Gemeinde entscheiden, ob die Maßnahmen abgerechnet oder verlängert werden sollen.

Die BLE wurde 1974 gegründet. Die Gesellschaft gehört zum genossenschaftlichen Finanzverbund der Volks- und Raiffeisenbanken. Ihr unternehmerischer Grundauftrag, Städte und Gemeinden bei der Bewältigung finanzwirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Aufgaben unter Einbindung des Finanzverbundes zu unterstützen, steht im Einklang mit der genossenschaftlichen Idee der gemeinschaftlichen Selbsthilfe. So wurden verschiedene Modelle entworfen, aus denen sich bereits nach wenigen Jahren die heutigen Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit entwickelt haben.

Durch die Nähe der Bankpartner vor Ort wird die Möglichkeit geschaffen, eine persönliche, praxisorientierte und effiziente Zusammenarbeit aller Beteiligten zu erreichen. ☞

die Kunden eher zurück, doch ließen starke Kurssteigerungen die Depotwerte steigen. Kostenreduzierung bleibt eine vordringliche Aufgabe, denn die Cost-Income-Ratio (Aufwands- und Ertragsrelation) ist mit 72,1 (74,1) Prozent noch weit vom angepeilten Ziel von 65 Prozent entfernt. Dennoch konnte die Eigenkapitalquote auf 7,9 (7,5) Prozent gesteigert werden.

Kreditgeschäft stagniert

Wegen der schwachen Konjunktur mit geringen Investitionen und einer Rekordzahl an Insolvenzen, vor allem bei mittelständischen Unternehmen, stagnierte das Kreditgeschäft mit 59,5 Mrd. Euro (- 0,7 Prozent). Mehr als drei Viertel aller Kredite laufen inzwischen länger als fünf Jahre. Für 2004 rechnet Frankenberger mit einer leichten Belebung, denn bei einer Umfrage unter den Volks- und Raiffeisenbanken zeigte sich, dass 38 Prozent eine steigende Kreditnachfrage, 49 Prozent ein konstantes Volumen und nur 13 Prozent einen Rückgang erwarten.

Förderung der örtlichen Wirtschaft

Stark engagiert sind die Genossenschaftsbanken im Förderkredit-Geschäft der LfA Förderbank Bayern, das dem Mittelstand und speziell den Existenzgründern und damit der örtlichen Wirtschaft zugute kommt. Auf die Genossenschaftsbanken entfallen nach der Vertragszahl 47 (42) und nach dem Volumen 39 (33) Prozent. Geno-Banken und Sparkassen zusammen wickeln über 90 Prozent der Förderkredite ab, denn aus diesem Geschäft haben sich die meisten anderen Banken zurückgezogen. Frankenberger: „Die Finanzierung des Mittelstandes bleibt das Geschäft der Volks- und Raiffeisenbanken sowie der Sparkassen.“

Im bilanzwirksamen Einlagegeschäft wurde eine leichte Zunahme auf 79,0 Mrd. Euro (+ 1,2 Prozent) erzielt. Zulegen konnten Sicht- und Spareinlagen. Dagegen wurden Termin-

einlagen abgebaut. Das nicht bilanzwirksame Kundenanlagegeschäft (Vermittlung von Fonds und dergleichen) legte kräftig um 15,8 Prozent auf 37,6 Mrd. Euro zu.

Weniger Fusionen

Die Zahl der Fusionen hat mit 26 (30) auf zum Jahresende 2003 noch 386 Genossenschaftsbanken mit einer durchschnittlichen Bilanzsumme von 99,4 (98,9) Mio. Euro etwas abgenommen. In diesem Jahr wird mit 20 Fusionen gerechnet. Entsprechende Gespräche laufen auch zwischen den Genossenschaftsbanken in München und im Umland der Landeshauptstadt. Zum Teil, so Frankenberger, würden Fusionen durch den ständig wachsenden regulatorischen Druck von Gesetzgeber und Aufsichtsbehörde nahezu erzwungen. Eine mittlere Bank müsse heute rund 20 verschiedene Beauftragte benennen, die für die verschiedenen Regularien und Vorschriften zuständig sind.

Ausbildungsplatzabgabe wird abgelehnt

Die Zahl der Mitarbeiter in den noch 3513 (3642) Bankstellen ist auf 35 500 (35 980) leicht zurückgegangen. Davon sind 7113 (6906) Teilzeitbeschäftigte. Die leichte Personalreduzierung und die Ausweitung der Teilzeitarbeit werde weiter anhalten, sagte Frankenberger. Mit 2582 Auszubildenden kommen die Genossenschaftsbanken auf eine Ausbildungsquote von 7,2 Prozent.

Der Verbandspräsident lehnt eine Ausbildungsabgabe ab, weil sie kontraproduktiv sei. Es drohe vielmehr ein Dambruch bei der dualen Ausbildung, wenn sich immer mehr Betriebe mit Verweis auf die Abgabe aus der Ausbildung zurückzögen. Wichtiger sei, die Vorschriften bei der Ausbildungsordnung zu reduzieren und für eine bessere Vermittlung von Basisqualitäten bei den Schulabgängern zu sorgen. Die Unternehmen könnten nicht der Reparaturbetrieb der Schulen sein. doh.

Statistisches Landesamt legt Schuldenstatistik vor:

Unaufhaltsamer Anstieg der Kommunalschulden auch 2002/03

Das gesenkte Zinsniveau verschafft etwas „Luft“ - Einwohnerschwache Orte bauen Kreditverpflichtungen ab - Landkreis Eichstätt ist sorgenfrei

Die Hiobsbotschaft kommt nicht unerwartet: Die kommunalen Körperschaften aller Ebenen im Freistaat Bayern haben ihre fundierte Verschuldung - einschließlich gegenüber anderen öffentlichen Haushalten - im Jahr 2002 um 627,7 Millionen Euro auf 15,351 Milliarden Euro (+ 4,3 Prozent) steigern müssen. Über die jetzt vorliegende Schuldenstatistik per 31.12.2002 zeigen die derzeit beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung einlaufenden 2003er Meldungen einen noch weitergehenden Weg in die Schuldenfalle.

So gerne Bürgermeister und Kämmerer angesichts eingeschränkter Steuerzuflüsse eine Umkehr bevorzugen würden, der Bürgerservice erlaubt kaum Enthaltensamkeit auf dem Kapitalmarkt. Noch im Jahr 2001 war es gelungen, die gemeinsamen Schulden um zwei Prozent abzubauen. Die lautstarken Protestaktionen von Bürgermeistern und ihrer Verbände machen verständlich, dass einem solchen Trend vorerst ein Ende gesetzt ist.

73 schuldenfreie Gemeinden

Immerhin, es gibt Lichtblicke. Dank eines allgemein gesenkten Zinsniveaus mussten die Kommunen zur Bedienung ihrer Verpflichtungen aus Darlehensverträgen trotz gestiegener Schulden um 93,4 Millionen Euro im Berichtsjahr weniger Zinsen als 2001 bezahlen. Zudem weist das umfangreiche Zahlenwerk der Landesstatistiker 73 schuldenfreie kreisangehörige Gemeinden aus. Bei den Orten mit unter tausend Einwohnern fiel die Verschuldung von 70,1 auf 67,8 Millionen Euro (-3,4 Prozent). Acht der 71 Landkreise brauchten nur

wenig Geld dem Zinsdienst zu opfern, voran Eichstätt, dessen 143.000 Euro Schulden einem Euro pro Einwohner entsprachen. Die anderen sieben Landkreise lagen bei unter 100 Euro pro Kopf. Die Spitzenwerte errechneten sich Ende 2002 für Wunsiedel und Main-Spessart mit 486 bzw. 427 Euro je Einwohner.

Steiniger Weg

Für den Freistaat Bayern und seine Staatsregierung zeichnet sich ein steiniger Weg bis zu dem vom Ministerpräsidenten propagierten Ziel ab, bis 2006 mit den Staatsschulden aus dem Schneider zu sein. Ende 2002 jedenfalls hatte der Finanzminister 19.166 Millionen Euro Schulden am Hals, 1.011 Millionen mehr als 12 Monate zuvor.

Daneben erhöhten sich die von der Staatsregierung übernommenen Bürgerschaftsverpflichtungen (eine mittelbare mögliche Belastung) auf 3.780 Millionen Euro (3.477 Millionen Euro Ende 2001). 1990 hatte dieser Posten erst bei - umgerechnet - 800 Millionen Euro gelegen. Offenbar gelang es vielerorts, ältere Kredi-

te mit nun ungünstigen Konditionen zu kündigen oder auf das heutige niedrigere Zinsniveau umzuschulden. Dank der genannten 93,4 Millionen Euro Zinsersparnisse sank die durchschnittliche Belastung je Einwohner Bayerns durch den Schuldendienst von 149 auf 140 Euro. Aber rückblickend auf das Jahr 1980 hat sich der Schuldendienst, errechnet für alle kommunalen Körperschaften, ebenso der Schuldenstand verdoppelt.

Je mehr Einwohner, um so höher die Schulden

Je mehr Einwohner, um so höhere Schulden, das ist der kurze Nenner für den Blick ins Detail. Von den kreisfreien Städten erhöhten München, Nürnberg und Augsburg ihre Schulden um 8,8 Prozent oder 290 Millionen Euro auf 3.586,7 Millionen Euro am stärksten. Das entsprach Ende 2002 einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.809 Euro. Es folgten die kreisfreien Städte mit 100.000 bis 200.000 Einwohnern mit einem Anstieg auf 1.459 Euro; sie überholten damit die Städte mit 50.000 bis 100.000 Bewohnern, für die sich 1.430 Euro errechneten. Spitzenreiter sind hier nicht München oder Nürnberg mit 1.984 bzw. 1.756 Pro-Kopf-Verschuldung sondern Passau (2.852 Euro), Straubing (2.366 Euro) und Hof (2.211 Euro).

Münchner Speckgürtel

Von den kreisangehörigen Gemeinden ohne oder mit nur geringer Schuldenlast liegen - oft ungeachtet hoher Einwohnerstärke - etliche im Münchner Speckgürtel: Sulzemoos, Planegg, Gräfelfing, Krailling usw. Wer sich Unternehmen als zahlungskräftige Steuerzahler erfreut, ist ebenfalls gut raus wie die Stadt Dingolfing oder Gundremmingen. Mit problematischem Finanzstatus müssen viele Bürgermeister und Kämmerer ostbayerischer Orte leben.

Per Jahresende 2002 beliefen sich die Schulden sämtlicher kreisfreier Städte (alles in Millionen Euro) auf 5.769 (Ende 2001 5.446), aller kreisangehörigen Gemeinden und Landkreise auf 6.172 (5.964) bzw. 1.973 (1.851), die der Bezirke auf 237 (233), der Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften auf 1.438 (1.497) bzw. 23 (21).

Die fundierte Verschuldung der kommunalen Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen minderte sich in 2002 um 35,4 auf 363,8 Millionen Euro. Bei den Eigenbetrieben ohne die vorgenannten Krankenhäuser hatte die fundierte Verschuldung, beeinflusst durch Umwandlungen in rechtlich selbständige Unternehmen zwischen Ende 1998 und Ende 2000 von 4.325 auf 3.861 Millionen Euro abgenommen. Inzwischen liegt sie jedoch wieder bei 4.170 Millionen Euro. Eine rückläufige Tendenz weist die Nachfrage der Großstädte nach Kassenkredit zur Überbrückung einer vorübergehenden Anspannung flüssiger Mittel aus.

Mit allen in der weissen-blauen Schuldenstatistik genannten Zahlen bewegen sich die bayerischen Kommunen und der Freistaat im Vergleich der Bundesländer am unteren Ende der Belastungen, weshalb der Ruf der Kommunen nach einer besseren finanziellen Ausstattung kaum an Gewicht verliert. **mhb**



Die Vorstände der Sparkasse Mainfranken gaben einen Überblick über die Geschäftsentwicklung: v.l.n.r.: Hans Diehm, Hermann Hadwiger, Vorstandsvorsitzender Dr. Rudolf Fuchs, Michael Kreß, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, sowie Nikolaus Peter Hasch. Foto: Sey

Jahresrückblick der Sparkasse Mainfranken:

Schwieriges Umfeld

Würzburg (sey) - Trotz der ungünstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen zeigte sich der Vorstand der Sparkasse Mainfranken mit dem vergangenen Geschäftsjahr zufrieden. In Teilbereichen konnte das Geldinstitut sogar Zuwachs verzeichnen.

So wuchsen die Marktanteile bei den Geldanlagen um insgesamt 1,4 Prozent. 75 Millionen Euro mehr als 2002 legten die Kunden bei ihrer Sparkasse an, was zeigt, dass Geldanlagen mit kurzfristiger Verfügbarkeit sehr gefragt sind. Seit der Fusion stieg die Anzahl der Girokonten. Allein im Jahr 2003 waren es 4000 mehr. Die Kunden nutzen auch immer stärker PC und Telefon für ihre Bankgeschäfte. Hier lag das Plus bei 24 Prozent.

Klares Votum für die eigene Wohnimmobilie

Die allgemeine Entwicklung im Rentenbereich sorgte für einen „imposanten Zuwachs bei Anlage und Vorsorgeformen“, so

der Vorstandsvorsitzende Dr. Rudolf Fuchs. Die Beitragssumme der Lebensversicherungen war 53 Prozent höher als 2002, die der Bausparverträge sogar um 70 Prozent. Hier zeigte sich die Sparkasse „als zweitbesten Vermittler in Bayern“. „Dies ist ein klares Votum unserer Kunden für die eigene Wohnimmobilie“, weiß Fuchs.

Auch die Kundenfinanzierung entwickelte sich positiv. Insbesondere die Wohnbaufinanzierung der Privatpersonen konnten zulegen. Hier „spielten auch Vorzieheffekte durch die inzwischen beschlossene Kürzung der Eigenheimzulage ab 1. Januar 2004 eine Rolle“, erklärte der Vorstandsvorsitzende. Die Anzahl der Baugenehmigungen

stieg um 24,1 Prozent.

Besonders hervor tat sich die Sparkasse erneut im Ausbildungssektor. 164 Auszubildende betreute sie im vergangenen Jahr. Nach der jüngsten Prüfungsrunde wurden 47 von 59 Auszubildenden übernommen. Die Zahl der Mitarbeiter liegt immer noch über der Zahl vor der Fusion, wenn auch 20 Mitarbeiter aus dem Bereich der Sonderposten abgezogen wurden. Mit 1.896 Mitarbeitern ist die Sparkasse einer der größten Arbeitgeber der Region.

Hohe Investitionsrate

Im Jahre 2003 investierte die Sparkasse rund 13 Millionen in Neu-, Um- und Erweiterungsbauten. Auch für 2004 sind Investitionen von über 5 Millionen eingeplant. „Dies kommt vor allem der heimischen mittelständischen Wirtschaft zugute“, freute sich Fuchs. Auf dem Sektor Spenden wurden 2,4 Millionen Euro für kulturelle, soziale, sportliche, wissenschaftliche und Umwelt-Projekte ausgegeben. **z**



Ursula Koschel, Gerda Alt, Fußball-Bezirksvorsitzender Hermann Güller, Fußball-Spielgruppenleiterin Gabriele Ullersberger, Kreissparkassen-Vorstandsvorsitzender Alfons Maierthaler und stellvertretender Landrat Fritz Hölzl (von links) zogen im Augsburger Landratsamt die Gewinner des AZ-Tippspiels „Wer wird Landkreismeister im Hallenfußball?“. Alfons Maierthaler übergab zudem einen Scheck in Höhe von 800 Euro an die „Kartei der Not“. Bild: Walter Kleber

Sparkasse sponsert Hallenfußball

Landkreis Augsburg (wkl). Bereits zum 23. Mal wurde die Landkreismeisterschaft im Hallenfußball um den Pokal der Kreissparkasse Augsburg ausgetragen. Im Endspiel in der Diederer Schmuttertalhalle setzte sich der TSV Bobingen mit 4:2 Toren gegen den SC Altenmünster durch und sicherte sich damit den Titel des Landkreismeisters 2004.

Für jedes Tor, das in der Endrunde erzielt wurde, spendete die Kreissparkasse wieder zehn Euro für die „Kartei der Not“, das Lesershilfswerk der Augsburger Allgemeinen. In den Spielen des Finaltages wurden 65 Tore geschossen, sodass am Ende 650 Euro zusammengekommen waren. Alfons Maierthaler, der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Augsburg, rundete den Betrag auf 800 Euro auf und übergab den Scheck an Jochen Kampmann von der „Kartei der Not“. Darüber hinaus hatte die AZ ihre Leser wieder zum Tipp-spiel „Wer wird Landkreismeister im Hallenfußball?“ aufgerufen. Von den insgesamt 1300 Einsendungen waren 370 auf

den TSV Bobingen entfallen. Unter diesen richtigen Einsendungen zogen unter der Regie von Herbert Richter, dem Sportbeauftragten des Landkreises Augsburg, stellvertretender Landrat Fritz Hölzl, Kreissparkassen-Vorstandsvorsitzender Alfons Maierthaler und Fußball-Spielgruppenleiterin Gabriele Ullersberger die Gewinner der attraktiven Preise. Der Hauptpreis, ein von der Kreissparkasse Augsburg gestiftetes Sparkassenbuch mit einer Einlage von 500 Euro ging an Erwin Karg in Neusäß. Eine Vier-Tages-Fahrt nach Berlin für zwei Personen, gestiftet von MdB Eduard Oswald, gewann Reinhold Heim aus Welden. **z**

Wege aus der Krise - Verwaltung vereinfachen, aber Qualität wahren:

Vorschriftenschungel lichten!

Mehr Spielraum für Menschlichkeit und Miteinander - So reagiert Bayern auf die Krise

Von Bayerns Sozialministerin Christa Stewens

Wir stecken in einer der schwersten Krisen der Nachkriegszeit. Nicht zuletzt die verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung hat großen Anteil an der Misere. Denn mit der hohen Arbeitslosigkeit lässt sich im wahrsten Sinne des Wortes kein Staat machen. Arbeitslosigkeit kostet. Sie belastet die Sozialversicherungssysteme ebenso wie die Wirtschaft.

Die Auswirkungen der krisenhaften Situation bekommen auch Länder und Kommunen zu spüren. Letztere sind durch wegbrechende Einnahmen und zusätzliche Aufgabenzuweisungen ohne wirklichen Ausgleich finanziell am Ende. Zu denken ist hier beispielsweise an die Aufwendungen, die die Kommunen im Zusammenhang mit dem Grundrechtsgesetz erbringen müssen, ohne dass sie hierfür eine ausreichende Erstattung erhalten. Wir brauchen aber leistungsfähige und starke Kommunen. Wir müssen rasch die Kommunalfinanzien wieder auf eine solide Grundlage stellen.

Tiefgreifende Änderungen

Den Ländern geht es nicht viel besser. Selbst wenn wir hier in Bayern noch vergleichsweise gut dastehen, so können wir uns den Auswirkungen der bundesdeutschen Krise doch nicht völlig entziehen. Unter der Leitlinie „Sparen, Reformieren, Investieren“ wird die Bayerische Staatsregierung dafür sorgen, dass Bayern fit für die Zukunft wird.

Der Weg aus der Krise kann nur durch tief greifende Veränderungen und Reformen erfolgen, die zu mehr wirtschaftlichem Wachstum und damit einhergehend zu mehr Beschäftigung führen. Vorrangiges Ziel der bayerischen Politik ist es daher, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das wirtschaftliche Wachstum anzukurbeln. Notwendig ist hierzu, günstige Rahmenbedingungen für erfolgreiche Investitionen durch Unternehmen zu setzen. Dazu zählen: ein verlässlicher Rechtsstaat, soziale und innere Sicherheit, eine leistungsfähige Infrastruktur und nicht zuletzt eine straffe, effektive Verwaltung, die sich auf das Wesentliche beschränkt.

Vorschriftenschungel

Viele Jahre haben wir in Deutschland geglaubt, Gerechtigkeit, Sicherheit und Stabilität ließe sich mit immer detaillierteren, möglichst jeden Einzelfall berücksichtigenden Vorschriften erreichen. Tatsächlich wurde ein Dschungel an Vorschriften geschaffen, in dem sich Unternehmer wie Bürger verfangen, in dem mehr bürokratische Hemm-

nisse aufgebaut als Erleichterungen auf den Weg gebracht wurden, in der letztlich Eigeninitiative und Selbstverantwortung zu ersticken droht.

An die Spitze kommen

Um wieder an die Spitze zu kommen, müssen wir daher weg von dem Glauben, alles regulieren zu müssen. Dies wird den Unternehmen gut tun, die mit mehr Freiheit die richtigen Investitionen zum richtigen Zeitpunkt vornehmen und damit wieder für mehr Beschäftigung sorgen können. Dies wird den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen, die durch einfache und klare Regelungen nicht mehr am Gängelband der öffentlichen

Verwaltung geführt werden. Dies wird nicht zuletzt den öffentlichen Verwaltungen zugute kommen, die durch eine Verwaltungsvereinfachung und die Reduzierung von Standards spürbar entlastet werden.

Eine Verschlankung der Verwaltung kann und darf auch vor dem sozialen Bereich nicht Halt machen. Die Spar- und Konsolidierungszwänge der öffentlichen Hand machen es auch hier erforderlich, Bestehendes zu hinterfragen und auf den Prüfstand zu stellen. Solche Änderungen bekommen leider allzu leicht den Ruf des Sozialabbaus. Dies ist jedoch nicht unser Ziel. Durch Verwaltungsvereinfachung kann auch mehr Qualität für den Einzelnen erzielt werden. Wichtig ist bei allen notwendigen Beschränkungen von Leistungen, bei allem Abbau von Standards, im Interesse der betroffenen Menschen die Qualität zu wahren.

Wie dies erfolgen kann, zeigt

Ermittlungen im Landkreis Donau-Ries:

Den eigenen Landkreis als Selbstbedienungsladen missbraucht

Ex-Landrat Alfons Braun soll etwa 150.000 Euro erschwindelt haben

Einer besonders dreisten Art der Selbstbedienung bezichtigt derzeit die Staatsanwaltschaft Augsburg den ehemaligen Landrat des Landkreises Donau-Ries. Alfons Braun soll 150.000 Euro für Biofleisch, Wein, Schmuck, Parfüm und andere Einkäufe veruntreut haben. Die Ermittlungen stehen kurz vor dem Abschluss; der frühere Polizeibeamte wird wohl um eine Anklage nicht herum kommen. In Justizkreisen gilt als sicher, dass der Prozess vor dem Landgericht in der Fuggermetropole stattfinden wird.

Der 63-jährige Bauernsohn wurde 1974 für die SPD in den Bayerischen Landtag gewählt. Von 1984 bis 2002 lenkte Braun die Geschicke des nordschwäbischen Landkreises. Jahrelang blieben seine undurchsichtigen Aktivitäten unentdeckt, ehe diese 2003 im Zuge einer routinemäßigen Kontrolle der Buchhaltung des Landratsamtes durch die Kommunalaufsicht ans Licht kamen. Zu Beginn dieses Jahres nun durchsuchten Polizisten und Staatsanwälte mehrere öffentliche Gebäude und Privaträume in Donauwörth.

Private Lebensführung mitfinanziert

Ob der Impertinenz seines Vorgehens zeigt man sich in der Münchner Zentrale des Kommunalen Prüfungsverbandes, der gerade an seinem Abschlussbericht arbeitet, geradezu „fassungslos“.

Offenbar hat der Landkreis Brauns private Lebensführung jahrelang mitfinanziert. Brauns Einkäufe in einer speziellen Parfümerie und diversen Donauwörther Lebensmittelmärkten wurden ebenso aus Mitteln des Landkreises bezahlt wie das Biofleisch einer weithin bekannten Metzgerei. Noch teurer für die Landkreiskasse wurde es, wenn der Ex-Landrat sich etwa Wein an seine Privatadresse liefern ließ oder er von Auslandsreisen Präsente wie Parfümflakons mitbrachte. Selbst ein in Südtirol erworbenes Schmuckstück wurde als dienstliche Aufwendung akzeptiert und rückerstattet.

Mitarbeiter zeichneten Belege ab

Die Spesenrechnungen des unverfrorenen Genossen gingen im Landratsamt durch viele Hände. Die Sekretärin im Vorzim-

erschaulich das bayerische Konzept zur „Entbürokratisierung der Pflegedokumentation“. Die Dokumentation pflegerischer Tätigkeiten ist ohne Zweifel unverzichtbar. Sie muss jedoch mit Augenmaß geschehen und darf nicht in eine zeitaufwändige, bürokratische, oft mehrfache Niederlegung aller Details zu Lasten der zu pflegenden Bürger ausufern. Die im Bürgerheim Dingolfing mit einem entsprechenden Projekt gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass eine Reduzierung und effektive Gestaltung der Dokumentationspflichten in der Pflege gewährleistet werden kann.

Qualität wahren

Die zeitliche Ersparnis der Pflegekräfte durch die neu entwickelten Dokumentationsblätter sowie durch eine Verbesserung der organisatorischen und strukturellen Rahmenbedingungen beläuft sich auf bis zu 50 %. Das ist Zeit, die für die Pflege und Betreuung der hilfsbedürftigen alten Menschen gewonnen wird, Zeit für Zuwendung und Menschlichkeit in der stationären Pflege. Wir werden nun dieses erfolgreich erprobte Konzept flächen-

deckend in Bayern einführen.

Das Konzept zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation ist nur ein Beispiel dafür, dass wir auf Landesebene die Verwaltungsvereinfachung angehen. Das Bayerische Sozialministerium hat darüber hinaus im vergangenen Jahr zahlreiche Initiativen auch auf Bundesebene unternommen, um Standards abzubauen, Verfahren zu vereinfachen und die Kostenbelastung, insbesondere auf kommunaler Ebene, zu reduzieren. Wir haben dabei selbstverständlich den Dialog mit den betroffenen Verbänden und Institutionen gesucht, um gemeinsam Möglichkeiten, eine Kosten dämpfende Wirkung zu erzielen, zu erarbeiten. Wir haben unsere Vorschläge und Maßnahmen stets sorgfältig auf die Kompatibilität mit den Bedürfnissen der Mitbürger überprüft.

Die notwendige Deregulierung darf sich jedoch nicht nur auf die Landesebene beschränken. Viele Vorgaben sind auf Bundesregelungen zurückzuführen. Deshalb haben wir im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe unsere Bundesratsinitiative zum Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) gestartet. Ebenso wurden bei der Reform des Sozialhilferechts Vorschläge zur Reduzierung der Kosten in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht und wiederholt die Aufhebung des für die Kommunen Kosten treibenden Grund-

sicherungsgesetzes gefordert.

Bei den Verhandlungen zu den großen Reformpaketen Ende letzten Jahres konnten wir leider nur einen Teil der Vorschläge durchsetzen. Wir werden daher die bereits mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmten, aber bisher noch nicht verwirklichten Vorschläge in einem „Gesetz zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich“ erneut in den Bundesrat einbringen. Damit wird der Forderung nach Deregulierung und Entlastung der Kommunen Rechnung getragen.

Gesamtpaket

In einem zweiten Schritt wollen wir ein umfassendes Gesamtpaket mit weiteren Einspar- und Deregulierungsmaßnahmen im sozialen Bereich auf Bundes- und Landesebene möglichst bis Mitte dieses Jahres umsetzen. Das Bayerische Sozialministerium steht hierzu bereits in Kontakt zu den kommunalen Spitzenverbänden.

Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, unnötige Vorgaben und Standards zu beseitigen. Ich bin sicher, dass am Ende des Reformprozesses nicht nur wirkungsvolle Entlastungen von Kommunen, Verbänden und Institutionen stehen werden, sondern auch mehr Spielraum für Menschlichkeit und Miteinander. ✉

Leserbrief an die GZ

Brauchen die Gemeinden ein anderes Rechnungswesen?

In mehreren Beiträgen in der „GZ“ wurde in letzter Zeit von verschiedenen Seiten dargelegt, dass die bisherige Haushaltsführung der Gemeinden, die Kameralistik, überholt sei und die Finanzprobleme der Gemeinden künftig nur mit der Kaufmännischen Buchführung, der sogenannten Doppik erfolgreich bewältigt werden können.

Der Bayerische Bauindustrieverband versteigt sich in einem der Beiträge sogar zu der Behauptung, die Kommunen würden mit ihrem überholten Rechnungswesen im Nebel herumstochern, ohne verlässlichen Kompass und ohne rechtliche Orientierung. Sie würden weder den Wert ihres Sachvermögens kennen, noch wissen was die Abschreibung kostet und merken so nicht rechtzeitig, dass man zu Lasten künftiger Generationen über seine Verhältnisse lebt.

Diese Darstellung mag in manchen Städten oder größeren Gemeinden zutreffen. In den zwei Drittel unserer Gemeinden in Bayern, die unter 5000 Einwohner liegen, sicher kaum und erst recht nicht in den über 1000 Gemeinden unter 3000 Einwohner. Die Aufgaben liegen in diesen Gemeindegrößen im überschaubaren Bereich. Ob mit den Steuergeldern und mit dem Gemeindevermögen wirtschaftlich umgegangen wird, hängt dort ganz wesentlich von den handelnden Personen ab.

Das Vermögen dieser Gemeinden besteht überwiegend nur aus Rathaus, Schule, Kindergarten, Sportplätze und Gemeindestraßen, wo kaufmännische Gesichtspunkte nur am Rande eine Rolle spielen. Pflichtaufgaben mit gesetzlichen Vorgaben und die Bedürfnisse der Bürger bestimmen hier weitgehend das Handeln. Soweit kostenrechnende Einrichtungen, wie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung vorhanden sind, müssen diese kostendeckend abgerechnet werden, einschließlich Abschreibung.

Die „Ressourcen“, mit denen diese Gemeinden wirtschaften können, sind bekannt und kaum veränderbar. Der finanzielle Handlungsrahmen ist begrenzt

durch die eigene Steuerkraft und den Staatlichen Finanzausgleich. Vermögen, das Erträge bringt, ist nur sehr selten vorhanden.

Auch die kleinen Gemeinden verfügen heute ausnahmslos über eine moderne EDV-Ausstattung, mit der entsprechenden Software für Haushaltsüberwachung und Ausgabenkontrolle. Dass nachhaltige und zukunftsorientierte Gemeindepolitik auch mit der altbewährten Kameralistik möglich ist, dafür gibt es genügend Beispiele im Lande.

Wozu dann eine kosten- und zeitaufwendige Umstellung auf ein neues System, dessen verbindliche Einführung das Gegenteil von Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung bedeuten würde?

Die für die Einführung der Doppik erforderliche, genaue Erfassung des Zeitwertes aller Vermögensgegenstände, einschließlich Gemeindestraßen, Schule und Sportanlagen, mit Abschreibung und Bilanzierung, bringt für kleine überschaubare Gemeinden gegenüber dem bisherigen Verfahren kaum irgend einen erkennbaren Nutzen, überfordert aber viele kleine Verwaltungen, die dazu auf die Hilfe von Steuerbüros, oder auf teure Beraterfirmen angewiesen wären, die heute schon eifrig ihre Dienste anbieten.

Die Innenminister des Bundes und der Länder wollen in ihrer Konzeption zur Reform des Kommunalen Haushaltsrechts, alternativ zur Doppik, eine erweiterte Kameralistik entwickeln. Ich halte diesen Weg, wenn sich diese Erweiterung im vernünftigen Rahmen hält, für die Mehrzahl der bayerischen Gemeinden für richtig und ausreichend. Man darf Großstädte und kleine Landgemeinden nicht in einen Topf werfen. Es müssen auch abgestufte Regelungen möglich sein. In einer Zeit der allgemeinen Forderung nach Entbürokratisierung sollten sich auch im kommunalen Haushaltswesen die Vorschriften auf das nach der Gemeindegröße notwendige beschränken.

Lambert Huber
Bürgermeister a. D.

Vor einem Scherbenhaufen

Warum allerdings der Rechnungsprüfungsausschuss in all den Jahren nie etwas bemerkt haben will, ist nach wie vor ungeklärt. Vorsorglich hat Brauns junger Amtsnachfolger Stefan Rössle nunmehr bereits zu erkennen gegeben, dass er im Falle einer Verurteilung den Schaden von Braun zivilrechtlich einklagen werde. Dieser stünde dann ohnehin auch persönlich vor einem Scherbenhaufen, würde er doch bei einer Freiheitsstrafe von über einem Jahr automatisch seine Pensionsansprüche verlieren.

Nicht das erste Mal

Dass Alfons Braun sich gerne, wengleich nicht immer erfolgreich, auf Abwege begab, zeigt eine Episode aus dem Jahre 1999: Jahrelang war seine Frau im Kreiskrankenhaus kostenlos behandelt worden. Als der Politiker damit ins Visier der Staatsanwaltschaft geriet, zahlte er flugs nachträglich die Rechnung in Höhe von 30.000 Mark. **DK**



„Wer Spitzenleistungen fordert, muss sie fördern.“ Unter diesem Motto zeichnet die Landesbank seit über 10 Jahren hervorragende Dissertationen und Habilitationen aus, die an bayerischen Universitäten abgeschlossen wurden und sich bankwirtschaftlichen Fragestellungen widmen. Die beiden Hauptpreise gingen dieses Jahr an Dr. Jutta Schmidt, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, und an Dr. Klaus Wolf, Universität Bayreuth. Beide Hauptpreisträger wurden für ihre Dissertationen mit einem Preis in Höhe von jeweils 5.000 Euro ausgezeichnet.

„Mit diesem besonderen Wettbewerb fördern wir die Zusammenarbeit sowie den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Um diesen Prozess zu unterstützen, laden wir die elf bayerischen Universitäten jährlich ein, prämiierungswürdige Arbeiten bei der Bayerischen Landesbank einzureichen, die dann von einer unabhängigen Jury beurteilt werden“, erklärte Dr. Peter Kahn, Stv. Vorstandsvorsitzender der BayernLB, die Zielsetzung des Wissenschaftspreises.

Die Aufnahme zeigt (v.l.n.r.) Dr. Peter Kahn, Dr. Jutta Schmidt (Hauptpreisträgerin), Dr. Klaus Wolf (Hauptpreisträger) und Staatsminister Dr. Otto Wiesheu, MdL.

Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen:

Vom Schlachten „heiliger Kühe“

Jetzt soll das Kreisverkehrsamt den Sparzwängen zum Opfer fallen

Gunzenhausen (wefa) - Der Rotstift regiert allenthalben in den Landkreisen, Städten und Gemeinden. Es muss gespart werden, wenn die Finanzen nicht aus dem Ruder laufen sollen. Selbst bisher nicht vorstellbare „heilige Kühe“ werden geschlachtet, um die kommunalen Haushalte ausgleichen zu können. Jüngstes Beispiel: der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen will sein Kreisverkehrsamt zusperrn und sich damit jährlich um rund 170000 Euro entlasten.

Dass das Kreisverkehrsamt bei seiner Gründung 1965 die erste zentrale Fremdenverkehrseinrichtung in einer eher karglichen Region war und von hier aus das Konzept „Ferien auf dem Bauernhof“ erfolgreich umgesetzt wurde, kümmert heute die Kommunalpolitiker nicht mehr. Gerade die zentrale Zimmervermittlung war und ist bis heute das Kernstück des Amtes, sozusagen die Erfolgsgarantie. Erst später folgten andere Städte und Kreise dem Vorbild Gunzenhausens und richteten in ihren Verkehrsämtern einen zentralen Vermittlungsservice ein.

Hat der Landkreis früher das Amt zu hundert Prozent finanziert, so teilt er sich seit der touristischen Vermarktung der Fränkischen Seen seit 1980 die Kosten mit dem Tourismusverband Fränkisches Seenland. Der Leiter Horst Bieswanger und seine sechs Mitarbeiter bekommen zu 50 Prozent vom Landkreis ihr Gehalt, zu 50 Prozent vom Tourismusverband, dem auch der Landkreis Roth, neun Gemeinden aus dem Kreis Ansbach sowie die Anliegergemeinden der Seen angehören.

Landrat Georg Rosenbauer.



Landrat Georg Rosenbauer.

hat bereits eine gesplittete Kreisumlage durchgesetzt, wonach die Gemeinden, die vom Seelandtourismus in erster Linie profitieren, mehr zahlen als die anderen Kommunen, die mit dem Fremdenverkehr nichts oder weniger im Sinn haben.

Ringens um Konzept

Die politischen Kräfte im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wollen sich jetzt um ein Konzept bemühen, das den Fortbestand des Verkehrsamts in anderer Trägerschaft gewährleistet.

Die „Erfolgsgeschichte Seenland“ soll nicht gefährdet werden. Die nordbayerische Ferienregion setzte sich im letzten Jahr mit einem Übernachtungsplus von einem Prozent vom allgemeinen Negativtrend in Bayern (minus 1,1 Prozent) und in Franken (minus 1,7) ab. Von den 1,8 Millionen Übernachtungen im gesamten Frän-

kischen Seenland entfallen 70 Prozent allein auf den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, der Rest auf die Gemeinden in den Kreisen Roth und

Naturparke vor der Existenzfrage

Beilngries (wefa) - Die geplanten Kürzungen der Förderprogramme für die Landschaftspflege und den Vertragsnaturschutz sowie die Streichung der Zuschüsse für Erholungsmaßnahmen stellen die bayerischen Naturparke vor die Existenzfrage. Wie Verbandsvorsitzender Albert Löhner (Neumarkt) auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Naturparke forderte, müsse die Finanzsituation so gestaltet werden, dass die Naturparke überlebensfähig bleiben.

Die Sparbeschlüsse der Regierung treffen nach Ansicht Löhners vor allem das Umweltministerium mit 15 Prozent überproportional. „Der Bestand der bayerischen Naturparke ist massiv gefährdet“, erklärte er. Er erinnert die Regierung daran, dass sie ihre Naturparke sonst immer als Vorzeigebjekte des Freistaats präsentiere. Die radikalen Kürzungen der Fördermittel für Naturschutzaufgaben um 50 Prozent und der gänzliche Wegfall der Zuschüsse für Erholungsmaßnahmen gefährde die Akzeptanz der Naturparkidee. Löhner erklärt, eine Kompensation der wegbrechenden Zuschüsse durch die Träger der Naturparke, also die Kreise und Gemeinden, sei nicht zu erwarten, da diese selbst vor dem finanziellen Kollaps stünden.

„Wir befürchten“, so der Neumarkter Landrat, „das Allerschlimmste, weil somit die bisherige Arbeit und der hohe finanzielle Aufwand sinnlos waren.“ Landwirte, die aus Gründen der Existenzsicherung die Arbeiten zur Landschaftspflege übernommen hätten, werde die Grundlage entzogen. Erschwerend komme noch dazu, dass zunächst für 2003 zugesicherte Gelder der Haushaltssperre unterlägen und so begonnenen Maßnahmen nicht finanziert werden könnten.

Als Reaktion überlegen sich jetzt die Naturparke ernsthaft, die vom Freistaat aufgrund des Naturschutzgesetzes übertragen bekommenen Aufgaben wieder an den Staat zurückzugeben.

Städtetagsvorsitzender Josef Deimer:

Gewerbesteuer ist keine deutsche Spezialität

Mit Blick auf die Pläne der Unionsparteien, die Gewerbesteuer abzulösen, erinnerte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, daran, dass diese Steuer entgegen der langläufigen Meinung keine deutsche Besonderheit ist. Deimer: „Auch wenn Vertreter der Wirtschaft und verschiedene Bundes- und Landespolitiker gebetsmühevoll immer wieder sagen, die Gewerbesteuer gebe es nur in Deutschland, wird die Behauptung nicht richtiger.“

Der Städtetagsprecher beruft sich dabei auf den Bundesfinanzhof. Dieser hatte in der Begründung zu einem Urteil vom 18.9.2003 festgehalten, dass beispielsweise Luxemburg mit der „impôt commercial“ eine Steuer erhebt, die der deutschen Gewerbesteuer bis ins Detail vergleichbar ist und historisch auf dieser beruht. In Österreich müssen die Unternehmer eine Kommunalsteuer entrichten, die sich nach der Lohnsumme, also einer der Bemessungsgrundlagen der früheren Gewerbesteuer bemisst. Auch die französische „taxe professionnelle“ stellt eine Kombination aus Lohnsummen und Gewerkekapitalsteuer dar und ist insoweit der Gewerbesteuer vergleichbar. In Italien wurde früher eine „imposta locale sui redditi“ erhoben, die ebenfalls mit der deutschen Gewerbesteuer vergleichbar war. Seit 1997 ist diese Steuer durch eine „imposta regionale sulle attività produttive“ ersetzt worden, die als reine Realsteuer die Wertschöpfung und die Lohnsummensteuer erfasst. Josef Deimer: „Diese Steuer war das Vorbild für unser vorgelegtes Modell einer kommunalen Betriebssteuer.“

Der Bundesgerichtshof stellt im übrigen weiter fest, dass in der ganzen Reihe weiterer Staaten sich in staatlichen und lokalen Steuern Elemente wieder-

finden, die denen der deutschen Gewerbesteuer vergleichbar sind. So ähneln beispielsweise die „enterprise tax“ in Japan oder die „impuesto sobre actividades económicas“ in Spanien der deutschen Gewerbesteuer.

Deimer: „Die Diskussion um die Gewerbesteuer muss fair geführt werden. Dazu gehört es auch zu akzeptieren, dass in anderen Staaten vergleichbare Steuern gang und gäbe sind.“

Freizügigkeit für tschechische Arbeitnehmer:

Warnung vor Aufweichung der Übergangsregelungen

Auch nach dem Beitritt Tschechiens zur EU ist Deutschland nicht verpflichtet, tschechischen Arbeitnehmern den Zugang zu seinem Arbeitsmarkt zu gewähren. Deshalb entscheidet auch künftig Berlin allein über Arbeiterlaubnisse für Einpendler.

Von dem Gespräch zwischen Bundeskanzler Schröder und Premierminister Spidla in Berlin in der letzten Woche wird nun berichtet, dass die tschechische Regierung die Bundesrepublik dazu drängt, nationale Quoten für Tschechen zu eröffnen. Dagegen wendet sich strikt der oberfränkische Europaabgeordnete Dr. Joachim Wuermeling (CSU).

Mit großer Mühe habe man in Brüssel die Übergangsregelung für sieben Jahre erreicht. „Daran sollten wir nicht durch bilaterale Vereinbarungen rütteln“, forderte der Abgeordnete. Vor allem Quoten auf nationaler Ebene machten keinen Sinn, weil die

Situation auf den Arbeitsmärkten unterschiedlich seien. Wuermeling fürchtet, dass solche Quoten vor allem durch Einpendler nach Ostbayern ausgeschöpft werden.

„Gerade wir können in unserer angespannten Arbeitsmarktlage nicht akzeptieren, die Hauptlast zu tragen“, sagte er. Die nötige Flexibilität sichere schon jetzt die Grenzgängerregelung. Danach können tschechischen Arbeitnehmern Arbeitserlaubnisse erteilt werden, wenn der Arbeitsplatz anderweitig nicht zu besetzen ist.

„Daran muss Rot-Grün im Interesse Ostbayern festhalten“, forderte der Abgeordnete.

Hochwasserschutz:

Kooperationen sind das Gebot der Stunde

Infoveranstaltung der Direktion für Ländliche Entwicklung Regensburg und der Regierung der Oberpfalz

Regensburg. Die Hochwasserereignisse der Jahre 1999 und 2002 mit den teils verheerenden Folgen war bereits in den letzten Jahren für viele Kommunen Anlass, im Bereich des vorbeugenden Hochwasserschutzes aktiv zu werden. Da solche Katastrophen und damit verbundene Schutzmaßnahmen jedoch nicht an Gemeinde- und Landkreisgrenzen Halt machen, bieten auch überregionale Einrichtungen und Behörden Unterstützung an. So zum Beispiel die Regierung der Oberpfalz und die Direktion für Ländliche Entwicklung Regensburg mit einer Fortbildungs- und Fachtagung zum Thema „Vorbeugender Hochwasserschutz an Gewässern dritter Ordnung“.

Präsident Peter Czommer verwies eingangs auf die Aufgabe des Bodenmanagements seiner Behörde beim Bau von Wasserrückhalt- und Hochwasserschutzanlagen in enger Kooperation mit den Wasserwirtschaftsämtern.

Der Mensch greift ein

Inwieweit die Änderung von Klima und Niederschlagsverhalten mit den Hochwasserereignissen in Verbindung stehen, beleuchtete Prof. Dr. Andreas Ottl von der Fachhochschule Regensburg. „Seit Beginn der Industrialisierung greift der Mensch in das Klima ein“, war eine zentrale Aussage Ottls, seither sind auch global die Temperaturen um etwa 0,6 Grad gestiegen, ebenso die Meeresspiegel sowie die Niederschläge und die Schneedeckung, die Gletschermassen sind hingegen gesunken. Laut Ottl setzen sich diese Tendenzen fort, es muss aber zwischen Nord- und Südeuropa differenziert werden.

Naab und Regen

Die Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich der Flüsse Naab und Regen beschrieb Dr. Hans-Jürgen Seibold von der Regierung der Oberpfalz, die hier mit der Regierung von Niederbayern zusammenarbeitet, aber auch mit den betroffenen vier Landratsämtern, den Wasserwirtschaftsämtern, Bürgermeistern und den betroffenen Bürgern.

„Ein Schaden tritt vor allem ein, wenn die Bebauung direkt am Wasser erfolgt, die Leute aber von der Hochwassergefahr nichts wissen“, machte Seibold klar. Daher müssten Überschwemmungsgebiete ermittelt und amtlich festgesetzt werden, auch als Basis für die Regionalplanung. Weitere Maßnahmen sind die Schaffung eines natürlichen Wasserrückhalts in der Fläche, der naturnahe Umgang mit Regenwasser und die Verbesserung

der Hochwasservorhersage, was durch Daten im Internet zum Teil bereits möglich ist.

Eine weitere Möglichkeit der Hilfe zur Selbsthilfe stellte Jörg Ernberger von der Regierung der Oberpfalz mit den so genannten und seit 2002 arbeitenden Gewässernachbarschaften vor, bei denen Kommunen, Verbände oder auch Ingenieurbüros in Theorie und Praxis Themen zum Hochwasser bearbeiten. Die Koordinierung auf Bayernebene und die Personalstelle des Nachbarschaftsberaters liegt bei der Regierung der Oberpfalz.

Bodenmanagement

Lutz Hauschild von der Direktion für Ländliche Entwicklung zeigte auf, was das Bodenmanagement und Maßnahmen der Flurneuordnung bzw. Dorferneuerung leisten können. Im Bodenmanagement sind dies unter anderem die Verhandlung mit Grundstückseigentümern, die Wertermittlung, die Abmarkung und Vermessung der neuen Grundstücke, die Ausarbeitung von Eigentumsnachweisen zur Umschreibung von Grundbuch und Kataster, die Herstellung digitaler Flurkarten und die Regelung der Rechtsverhältnisse. Bei der Flurneuordnung und Dorferneuerung geht es beispielsweise um den Rückbau von abflussbeschleunigenden Strecken in Gewässern, die Schaffung von Wasserrückhaltungen, die Erarbeitung von Bodennutzungskonzepten und den Wegebau.

Lanze für ländlichen Raum

Der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, brach eine Lanze für den ländlichen Raum, der seiner Ansicht nach bei der Verwaltungsreform „unter die Räder“ kommen könne, auch wenn für die Abwasserförderung nun 100 statt der ursprünglichen 50 Millionen Euro zur Verfügung stehen. „Die Direktion für Ländliche Entwick-

lung und die Wasserwirtschaftsämter sind wichtige Kooperationspartner, das müssen sie auch in Zukunft bleiben. Ohne sie gibt es keinen funktionierenden Umbau von Gewässern dritter Ordnung“, erklärte Brandl.

Er plädierte für eine Zusammenarbeit mit diesen Behörden bei der Förderung, den Förderverfahren und beim vorbeugenden Hochwasserschutz. Er rief den Kommunalpolitikern, die Kooperation öffentlich darzu-



Präsident Peter Czommer von der Direktion für Ländliche Entwicklung moderierte die Veranstaltung. Foto: M. Bauer

50 Jahre Forggensee

In diesem Jahr begehen die Anliegergemeinden Schwangau Füssen, Rieden, Roßhaupten, Halblech sowie E.ON. das große Jubiläum „50 Jahre Forggensee“. Zahlreiche Veranstaltungen der Orte sind über das ganze Jahr 2004 geplant. Die von Bürgermeister Reinhold Sontheimer eröffnete Auftaktveranstaltung im Schwangauer Kurhaus stand unter dem Motto „Bilder und Geschichten aus einer versunkenen Welt“. Hierzu wurden Vorträge zur Geschichte, Geologie und Archäologie des künstlichen Sees gehalten. Insgesamt sollen im Jubiläumsjahr 80 Veranstaltungen stattfinden.

Der Forggensee ist mit rund 16,5 qkm Wasserfläche der fünfgrößte See Bayerns, ein künstlicher Stausee, der zur Stromerzeugung und Hochwasserrückhaltung dient. Im Juli 1954 war der Lech erstmals zum Forggensee aufgestaut worden. Dabei versanken die Dörfer Forggense und Deutenhausen sowie die Illasbergschlucht und die Trasse der römischen Via Claudia Augusta in den Fluten.

Deutlicher Unterschied

Der Forggensee füllt - als Stausee - ein natürliches Becken. Deshalb besitzt er eine so natürliche Uferlinie. Damit unterscheidet er sich deutlich von anderen Stauseen. Der Lech, der sich

stellen und die staatliche Mithilfe bzw. Mitfinanzierungsmöglichkeiten einzufordern.

Juristische Sichtweise

Juristische Aspekte behandelte schließlich Birgitt Niegl, Regierung der Oberpfalz. Bis 2006 müssten Überschwemmungsgebiete festgelegt und in den Flächennutzungs-, Bebauungs- sowie Bauleitplänen berücksichtigt werden. „Auch eine flächensparende Siedlungsentwicklung und eine Reduzierung der Bodenversiegelung ist zu empfehlen. Bei Überschwemmungen sollten betroffene Flächen, wenn sie noch nicht bebaut sind, aus den Plänen wieder herausgenommen werden“, rief Niegl und empfahl zudem eine Festsetzung von Höhenlagen bei Gebäuden und einen naturnahen Umgang mit Regenwasser. **Markus Bauer**

Zukunftsperspektiven öffentlicher Bäder:

Argumente für ein attraktives Freizeitangebot

Einen wertvollen Beitrag zur Zukunftssicherung und Haushaltskonsolidierung der öffentlichen Bäder leistet das Positionspapier „Zukunftsperspektiven öffentlicher Bäder“: Dieser von der Deutschen Gesellschaft für das Badewesen e.V. und dem Bundesfachverband öffentliche Bäder e.V. publizierte Aufsatz fasst Argumente für ein attraktives Freizeitangebot als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge zusammen.

Für die Kommunen ist es laut Papier unerlässlich, gesellschaftliche Veränderungen bei ihren politischen Entscheidungen zu berücksichtigen und hieraus Konsequenzen für die von ihr betriebenen Einrichtungen zu ziehen. Dies gilt in besonderem Maße für die Bäder, die einen hohen Investitionswert darstellen und mit beträchtlichen Folgekosten behaftet sind.

Folgen des Strukturwandels

Der Werte- und Strukturwandel in Sport und Freizeit muss sich, sollen die kommunalen Sportstätten auf der Höhe der Zeit bleiben, auf die Raum- und Geräteausstattung sowie die Nutzungs- und Betriebskonzeptionen von Sportanlagen und Schwimmbädern auswirken. Es geht daher im Bereich der Bäder in verstärktem Maße darum, Anlagen für die neuen Formen der Sportausübung zu schaffen oder aber bestehende Bäder entsprechend umzugestalten und neuen Nutzungsformen zu öffnen.

Notwendige Reaktion

Als Grund für einen Bäderbesuch werden bei Befragungen neben dem sportlichen Schwimmen, das auch in freizeitorientierten Bädern ein wichtiger Angebotsbestandteil bleibt, Erholung, Entspannung, Spiel und Spaß genannt. Die Freizeitorientierung der Hallenbäder in kommunaler Hand ist eine notwendige Reaktion auf sich ändernde gesellschaftliche Verhältnisse, ganz im Sinne der Gemeindeordnung in der Förderung des gemeinsamen Wohls.

Umfassendes Angebot

Zu einem attraktiven Bäderangebot gehören heute neben den traditionellen Angeboten für Schwimmen und Springen auch nicht normierte Becken, Atmosphäre in der Gebäudeausstattung und bewegtes Wasser, genauso wie eine Vielzahl an Animationsangeboten, sprich Wassergymnastik, Baby-Wassergewöhnung, Kurse in Fitness, Schwimmen und Tauchen oder gesundheitsorientierte Gymnastikangebote, verbunden mit einem freundlichen, gut funktionierenden Service durch das Personal. Dieses umfassende Angebot kann von den öffentlichen Be-

treibern in Eigenregie umgesetzt werden; es bietet sich jedoch auch die Kooperation mit Sportanbietern oder Krankenkassen an.

Weichen richtig stellen

Die aktuelle Haushaltslage der Kommunen zwingt dem Positionspapier zufolge umso mehr, hier die richtigen Weichen zu stellen. Ohne eine kritische Bestandaufnahme der Bäder in einer Region wird dies nur schwerlich möglich sein. Besonders in Städten, aber auch in Nachbargemeinden, ist die Entscheidung zu treffen, ob den örtlichen Bedingungen durch einen Neubau mit Schließen von stark defizitären Kleinbädern besser Rechnung getragen wird, als durch freizeitorientierte Ergänzungen des Bäderbestands. Dabei darf die wohnortnahe Versorgung - insbesondere für den Schul-, aber auch den Vereinsport - nicht außer Betracht bleiben.

Betreiberfrage

Neben den Entscheidungen zur Betriebsform des Bades ist auch die Entscheidung über den Betreiber zu treffen. Im kommunalen Betrieb haben sich verschiedene Formen entwickelt, von denen die kommunale GmbH die weitestgehende ist. Die Betriebsübertragung an Vereine ist gleichfalls eine Möglichkeit. Entscheidend wird ab in jedem Fall der Wille und die Fähigkeit zur Veränderung des Badangebots sein.

Orientierung am Bürger

Fazit: Das kommunale Freizeitbad hat eine Zukunft, wenn allen gesellschaftlichen Gruppen ein attraktives, dem Zeitgeist für moderne Sport-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen entsprechendes, dabei aber auch bezahlbares Bäderangebot ermöglicht wird.

Unter dem Aspekt der Gesundheitsförderung sind die öffentlichen Haushaltsmittel für die Bäder beispielhaft im Sinne der Nachhaltigkeit eingesetzt, wenn das Angebot in den Bädern sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, die ungebrochene Beliebtheit des Schwimmens in der Bevölkerung genutzt und offensiv gemeinsam mit allen Partnern im Bäder- und Gesundheitswesen dafür geworben wird. **DK**

Rödental/Ebersdorf:

Muster-Kooperation beim Wasser

Musterbeispiel innovativer Zusammenarbeit von Kommunen

Als ein Musterbeispiel innovativer kommunaler Zusammenarbeit werten die Stadt Rödental und die Gemeinde Ebersdorf die zwischen ihren Stadt- bzw. Gemeindegewerken vereinbarte wasserwirtschaftliche Kooperation. Danach liefern die Stadtwerke Rödental den Gemeindegewerken Ebersdorf künftig jährlich 80.000 m³ Trinkwasser, möglich sind bis zu 200.000 m³/a.

Hintergrund: Die Gemeinde Ebersdorf muss Ende 2004 ihren eigenen Trinkwasserbrunnen auflassen, da die wasserrechtliche Genehmigung dann ausläuft. Durch den künftigen Wasserbezug hat man sich einen hervorragenden Rohstoff bei günstigem Preisangebot und geringster eigener Investition gesichert. Im wesentlichen müssen Pumpstationen aufgerüstet und eine Verbindungsleitung neu gelegt werden. **DK**

Der gesamte Uferbereich rund um den See darf nicht bebaut werden. Damit blieben die Seeufer fast überall frei zugänglich. Regelmäßige Fährverbindungen zwischen allen Orten am Forggensee bestehen ab Mitte Juni. Die Königsklasse unter den Forggenseefähren besetzt die MS Füssen, ein Traumschiff für 400 Personen.

Mehr über die Entstehung des Forggensees zeigen Filme und Texte im Informationszentrum des Kraftwerks an seiner Staustufe 1, nahe Roßhaupten. Zweimal wöchentlich finden dort auch Führungen statt. Vorherige Anmeldungen sind dazu bei der Tourist-Information Roßhaupten, Tel.: 08367/364, erforderlich. **KI**

E.ON Bayern erhält Arbeitsschutz-Zertifikat

Erster deutscher Energieversorger mit eigenständigem zertifiziertem Arbeitsschutz-Managementsystem

Der Bayerische Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Dr. Werner Schnappauf, hat dem Energieversorger E.ON Bayern ein Zertifikat für dessen Arbeitsschutzmanagementsystem (OHRIS) überreicht. OHRIS ist ein von der bayerischen Gewerbeaufsicht zusammen mit der Wirtschaft entwickeltes System.

Der Grundsatz dabei lautet: Mehr Eigenverantwortung der Unternehmen und weniger staatliche Regulierung. E.ON Bayern ist damit der erste deutsche Energieversorger mit einem eigenständigen, zertifizierten Arbeitsschutz. „Ich hoffe, das Beispiel von E.ON Bayern setzt Impulse für weitere Unternehmen“, warb der Gesundheitsminister für die Einführung des Arbeitsschutzmanagementsystems auch bei anderen Betrieben.

Mehr Eigenverantwortung

„OHRIS ist ein weiterer Beleg dafür, dass ein Zurücknehmen staatlicher Regulierung und eine damit verbundene größere Eigenverantwortung der Unternehmen zu besseren Ergebnissen führt,“ äußerte sich Edith Volz-Holterhus, Mitglied des Vorstandes der E.ON Bayern AG. Früher hätten sich die Arbeitsschutzmaßnahmen eines Unternehmens an staatlichen Vorgaben und staatlicher Kontrolle orientiert.

Dynamischer Prozess

„Heute haben wir einen dynamischen Prozess in Gang gesetzt, der kontinuierlich den Arbeitsschutz verbessert“, so Edith Volz-Holterhus. Mit OHRIS sei

Isarrenaturierung:

Freie Fahrt für Isar-Flößer

Die Isarflößer dürfen weiterhin die Fahrinne für die Flöße auf der Isar selbst freihalten, müssen sich aber besser mit den zuständigen Behörden abstimmen, damit die bereits erreichten Erfolge bei der Renaturierung der Isar nicht gefährdet werden. Dies teilte Umweltminister Werner Schnappauf in München mit. Schnappauf: „Die Wasserwirtschaftsverwaltung hat für die Isarflößer eine unbürokratische Rahmenvereinbarung ausgearbeitet, die dem geltenden Wasserrecht und dem Anliegen der Isarflößer gleichermaßen Rechnung trägt.“

Europaweit einmaliges Großprojekt

Die Isar südlich von München wurde in den vergangenen Jahren in einem europaweit einmaligen Großprojekt naturnah umgestaltet, um ihren ehemaligen Charakter als Wildfluss wieder herzustellen. Der Fluss soll sich über stärkere Geschiebebewegungen sein Bett selbst gestalten können.

Nach Minister Schnappaufs Auffassung führt dies allerdings zwangsläufig dazu, dass die für die Flößer nötige Fahrinne öfter ausgebagert und mehr Material als früher bewegt werden müsse. Schnappauf: „Eine fachlich richtig ausgeführte Gewässerunterhaltung muss auch Rücksicht auf Laichzeiten und Brutzeiten nehmen. Mit der jetzt angestrebten Rahmenabsprache zwischen Isar-Flößern und den zuständigen Behörden werden die Belange des Naturschutzes und der Fischerei gewahrt und die Unterhaltungsarbeiten der Flößer auf juristisch gesicherte Beine gestellt.“

Wasserversorgung bleibt in kommunaler Hand

Brüssel (pm) - In einem Brief an alle schwäbischen Bürgermeister hat Markus Ferber, schwäbischer Europaabgeordneter und Vorsitzender der CSU-Europagruppe, aktuelle europapolitische Entwicklungen zur Daseinsvorsorge erläutert.

„Der massive Einsatz der bayerischen Abgeordneten hat dazu beigetragen, dass auch in Zukunft die Wasserversorgung in den Händen der Kommunen verbleibt und eine Liberalisierung des Wassermarktes vom Tisch ist“, erläutert Ferber. „In Bayern haben wir dank der Kommunen die höchste Trinkwasserqualität und die größte Versorgungssicherheit.“

Die Europaabgeordneten hatten sich dafür ausgesprochen, dass die Mitgliedstaaten, Umfang, Inhalt und Kontrolle der Daseinsvorsorge festlegen können sollen. „Eine qualitativ hochwertige, bezahlbare und dauerhafte Versorgung mit Trinkwasser kann nur in Eigenregie der Kommunen gewährleistet werden. Brüssel kann nicht festlegen, was die einzelne Kommunen zu leisten hat, um eine Versorgung sicherzustellen. Dies kann nur die jeweilige Gemeinde selbst“, so Ferber. Überzeugt ist er davon, dass „eine Liberalisierung des Wassermarktes nicht in Frage kommt, weil Wasser kein reines Wirtschaftsgut ist und dies auch nie sein wird. Daher kann für den Wassermarkt nicht der gleiche Maßstab angelegt werden, wie für den Telekommunikations- oder Energiebereich.“

Uwe Brandl zum kommunalen Hochwasserschutz:

Sparkurs der Staatsregierung ein böser Rückschlag

„Die von der Bayerischen Staatsregierung angekündigten Kürzungen beim Hochwasserschutz sind unbegreiflich. Nach dem Augsthochwasser 2002 hat Minister Schnappauf vielen Gemeinden vorgehalten, zu wenig für den Hochwasserschutz zu tun. Und jetzt kürzt er die Mittel für die Kommunen im Verhältnis am stärksten. Das ist grotesk“, sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, zu den vom Umweltminister angekündigten Einsparungen von über 35 Mio. Euro beim Hochwasserschutz im Freistaat für das Jahr 2004.

„Es wirkt fast zynisch, wenn der Umweltminister aufgrund der schwierigen Finanzlage der Gemeinden auf weniger Förderträge für Neubaumaßnahmen im Hochwasserschutz hofft. Wir fühlen uns hinter Licht geführt. Mit einer solchen Politik kann man die vielfach erforderlichen Hochwasserschutzkonzepte nicht auf den Weg bringen!“

Der Haushaltsansatz des Umweltministeriums für Gewässer 2.

und 3. Ordnung, also die kleineren Flüsse, soll von den Kürzungsmaßnahmen besonders betroffen sein. Bleibt es bei den Sparbeschlüssen, müssen die Gemeinden einen nahezu unlösbaren Konflikt zwischen der Abfinanzierung bereits bewilligter Maßnahmen in Höhe von etwa 42 Mio. Euro einerseits und neuen Baumaßnahmen im kommunalen Hochwasserschutz andererseits aushalten.

TÜViT bescheinigt „vorbildliche Dokumentation des Vergabeprozesses“:

Wichtiger Wegweiser für kommunale Entscheider

Bauausschreibungsplattform SOL erhält als erstes Online-Vergabesystem das TÜViT-Zertifikat: - TÜViT bescheinigt „vorbildliche Dokumentation des Vergabeprozesses“

Dresden/München. Die bayerische Staatsanzeiger Online Logistik GmbH (SOL) hat nach erfolgreicher Prüfung als erster Anbieter einer elektronischen Plattform für Bauausschreibungen nach VOB/VOL/VQF das Zertifikat der TÜV Informationstechnik GmbH (TÜViT) erhalten. Damit nimmt SOL eine wichtige Vorreiterfunktion ein, denn das Prüfsiegel bietet kommunalen Entscheidern eine nützliche Orientierungshilfe.

Bis Ende 2005 will der Bund die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen vollständig auf elektronische Vergabeverfahren umstellen. Der Haken bei der Sache: Da die E-Vergabe ein relativ neues Thema ist, kennen sich nur wenige Staatsdiener damit aus. Öffentliche Verwaltungen sind beim Einsatz von Software ohnehin schon zu äußerster Sorgfalt verpflichtet. Die gesetzlichen Grundlagen für die Freigabe zur Nutzung in bayerischen Kommunen sind z.B. in §§ 41 Abs. 1 Nr. 1 und 62 Abs. 2 Nr. 1 KommHV festgelegt. (Es dürfen grundsätzlich nur dokumentierte, freigegebene und gültige Programme verwendet werden.) Gerade bei neuen Technologien und Einsatzbereichen wie der E-Vergabe stehen kommunale Anwender häufig vor der Herausforderung, unter den zahlreichen angebotenen Lösungen die Spreu vom Weizen zu trennen.

Gütesiegel-Vergabe

Hier setzt TÜViT an: Durch Vergabe eines Gütesiegels bescheinigt er, dass die geprüfte und zertifizierte Software einen bestimmten, von der Initiative „Offener Katalog kommunaler Softwareanforderungen“ (OKK-SA) eigens für die Vergabe erstellten Kriterienkatalog erfüllt.

Dazu Dr. Uwe Schwochert, der als Leiter der Prüfstelle für Fachprogramme in der öffentlichen Verwaltung beim TÜViT die SOL-Vergabelösung auf Herz und Nieren untersuchte: „Die Prüfung erfolgte anhand von insgesamt 133 Einzelkriterien. Online-Vergabesysteme müssen, bezogen auf die einzelnen Stufen der öffentlichen Ausschreibung (Bekanntmachung, Bereitstellung von Ausschreibungsunterlagen, Abgabe der Angebote, Angebotseröffnung),

unsere hohen Anforderungen erfüllen, damit seitens des jeweiligen Anwenders ein vergabe-rechtskonformes Verhalten ermöglicht wird.“

Die transparent durchgeführte Prüfung durch TÜViT als anerkannte, unabhängige Instanz hilft Kommunen und Behörden also bei der Entscheidung und

der Einhaltung ihrer Sorgfaltspflicht. Die SOL-Vergabeplattform hat nun als erste den TÜViT-Test bestanden: „SOL hat sich dem hohen Qualitätsnachweis unserer Prüfung gestellt und alle Muss-Anforderungen erfüllt. Das war durchaus ein mutiger Schritt, denn die Prüfkriterien waren dem Anbieter vorher nicht bekannt - SOL war praktisch das Versuchskaninchen für den Prüfungsvorgang“, so Schwochert.

Vorbildliches System

„Besonders positiv ist uns die vorbildliche Nutzerdokumentation des Systems aufgefallen, die den Anwender systematisch bei der „Elektronifizierung“ der Vergabeschritte unterstützt“, äußert sich der Prüfer zufrieden. Auch Peter Schöller, Vertriebsleiter von SOL, freut sich über das gute Abschneiden „seiner“ Lösung: „Wir sind sehr zufrieden,

dass die SOL-Plattform als erste und einzige den TÜViT-Test gewagt und bestanden hat. Für unsere Nutzer ist das Siegel eine offizielle Bestätigung, dass sie für die Online-Vergabe von Bauausschreibungen den richtigen Partner gewählt haben.“

Einzigartiger Anbieter

Die Staatsanzeiger Online Logistik GmbH (SOL) ist eine hundertprozentige Online-Tochter des Bayerischen Staatsanzeigers und bietet seit 2000 als einziger Anbieter eine VOB (VOL, VOF)-konforme Lösung für eine papierlose Ausschreibung über Internet an. Bereits rund 500 kommunale Nutzer (schwerpunktmäßig aus Bayern) sind an die Plattform angeschlossen und haben seit dem Start ca. 2000 Ausschreibungen über SOL realisiert. 38.000 Leistungsverzeichnisse wurden von den ange-

TÜViT

Die TÜV Informationstechnik GmbH (TÜViT) ist Spezialist auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik: Zu den Haupttätigkeiten gehören sowohl die Bewertung, Prüfung und Zertifizierung von IT-Produkten, IT-Systemen und IT-Prozessen als auch die beratende Unterstützung ihrer Kunden.

TÜViT startete 1990 als Institut für Informationstechnik (IIT) des Rheinisch-Westfälischen Technischen Überwachungsvereins e.V. (RWTÜV e.V.). Im Jahr 1996 erlangte das IIT als die TÜV Informationstechnik GmbH - ein Unternehmen der RWTÜV-Gruppe - Eigenständigkeit.

Viscardi-Gymnasium mit neuem Gesicht

Der Erweiterungsbau des Viscardi-Gymnasiums in Fürstentfeldbruck ist jetzt offiziell seiner Bestimmung übergeben worden. Der zweigeschossige Neubau orientiert sich zum bestehenden Schulhof und zeigt zur Straße ein völlig neues Gesicht. Das von Schülern entworfene neue Logo und die Farbgebung des Neubaus heben sich deutlich von der Stahlbetonarchitektur des Bestandes ab.

Der Bau des „Kollegstufentraktes“ umfasst vier Gruppenräume, einen Kollegstufenaufenthaltsraum, drei neue Klassenzimmer und einen Informatikraum. Alle Räume des Neubaus sind über eine kleine Aula und eine Aufzugsanlage barrierefrei erschlossen. Ein Teil des Gesamtprogrammprogramms konnte funktional günstig innerhalb des Bestandsgebäudes untergebracht werden. Der Fachbereich Musik wurde umorganisiert, die Biologie erhielt einen neuen Übungsraum, die Lehrer einen erweiterten Silentsbereich mit Direktverbindung zur Bibliothek.

Bei der Einhaltung der Kosten für den Neubau ist dem Architekturbüro Sütfels eine Punktländung gelungen - sie liegen mit 2,21 Mio. nur knapp 1 % über dem Kostenanschlag. Insgesamt muss der Landkreis für Umbau und Erweiterung 2,75 Mio. investieren. Der Freistaat fördert das Projekt mit ca. 38 % der förderfähigen Kosten.

schlossenen Druckzentren verschickt.

Weitere Informationen:
TÜV Informationstechnik GmbH, Dr. Uwe Schwochert, Leiter Büro Dresden, Werdauer Str. 1, D-01069 Dresden, Tel.: 0351/4757600, Fax 0351/4757602, E-Mail: u.schwochert

@tuvit.de, www.tuvit.de
Offener Katalog Kommunaler Softwareanforderungen: www.okksa.de
Staatsanzeiger Logistik Online GmbH, Prager Straße 1, D-82008 Unterhaching, Tel.: (089) 69 39 07-0, Fax: (089) 69 39 07-55, www.baysol.de



Dr. Uwe Schwochert (L.) und Peter Schöller mit Zertifikat.

Landesbausparkasse startet soziale Initiative

München. Aus Anlass ihres 75-jährigen Bestehens in diesem Jahr startet die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) zwei soziale Projekte. Unter dem Motto „Ein Zuhause für Generationen“ widmet sie sich der Gewaltprävention in Grundschulen und Kindergärten sowie der Frühförderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien.

Mit einem Betrag von 500.000 Euro wird die LBS im Rahmen des Projekts „Faustlos“ der Stiftung Bündnis für Kinder gegen Gewalt 1000 Patenschaften für Grundschulen und Kindergärten in ganz Bayern übernehmen. Zudem unterstützt sie mit 100.000 Euro das Frühförderprogramm „Opstapje-Schritt für Schritt“, das vom Deutschen Jugendinstitut betreut wird. Damit möchte sich, wie das Mitglied der Geschäftsleitung, Franz Wirmhier, bei einer Pressekonferenz betonte, die LBS bei den Menschen in Bayern für ein Dreivierteljahrhundert erfolgreichen Bestehens bedanken. Als Bausparkasse der Sparkassen sehe man sich in der Verantwortung, einen Beitrag zum Funktionieren der Gesellschaft unmittelbar vor Ort zu leisten.

Herausragender Einsatz

Als herausragendes und nachahmenswertes Beispiel für Socialsponsoring bezeichnete Ministerialdirigent Gerhard Knorr vom Sozialministerium das Engagement der LBS Bayern. „Gerade in einer Zeit, in der Familien immer mehr unserer Hilfe bedürfen, ist es für uns besonders wertvoll, mit der LBS einen Partner gefunden zu haben, der seine gesellschaftspolitische Verantwortung ernst nimmt.“

Curriculum „Faustlos“

Einen wesentlichen Schwerpunkt der bayerischen Familienpolitik stelle die Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung dar, die sich künftig noch stärker an der niedrig schwelligen Gestaltung des Angebots, den Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechnologien und einer stärkeren Vernetzung der Angebote vor Ort orientieren solle. Mit der mit Abstand umfangreichsten Patenschaft für das Gewaltpräventionsprojekt „Faustlos“ leiste die LBS außerdem einen wichtigen Beitrag zu einem gewaltfreien Aufwachsen junger Menschen in einer kinderfreundlichen Gesellschaft.

„Faustlos“ ist ein für die Grundschule und den Kindergarten entwickeltes Curriculum, das impulsives und aggressives Ver-

halten von Kindern vermindern und ihre sozialen Kompetenzen erhöhen soll. Es vermittelt in 51 bzw. 28 Lektionen Kompetenzen in den Bereichen Empathie, Impulskontrolle und Umgang mit Ärger und Wut. Das Programm beinhaltet die Fortbildung von zwei Lehrern bzw. Erziehern sowie den „Faustlos-Koffer“ mit den Lernmaterialien.

Frühförderprogramm

„Opstapje“ beinhaltet ein in den Niederlanden entwickeltes Spiel- und Lernprogramm für zwei- bis vierjährige Kinder und ihre Eltern. Das Frühförderprogramm richtet sich sowohl an sozial benachteiligte Deutsche als auch an Migrantenfamilien. Es dauert zwei Jahre und findet überwiegend daheim statt. Mit dieser Gehstruktur werden Familien erreicht, die andere Angebote der Familienbildung und Erziehungshilfe nicht in Anspruch nehmen. Mit der finanziellen Unterstützung der LBS werden im September die wissenschaftlichen Grundlagenarbeiten zu Opstapje-Schritt für Schritt abgeschlossen sein. Dann steht allen Kommunen in Bayern ein Programm zur Verfügung, das sich frühzeitig um die Förderung sozial benachteiligter Kinder kümmert.

Als Pate in ganz Bayern aktiv

Als Pate von „Faustlos“ will die LBS in ganz Bayern aktiv werden. 1000 Grundschulen oder Kindergärten sollen von dem Angebot zur Gewaltprävention profitieren. Als Schlüssel für eine flächendeckende Verteilung der Patenschaften legte die LBS die Anzahl der Grundschulen in den Landkreisen fest. Auf die Regierungsbezirke übertragen bedeutet das: in Oberbayern werden 302 Grundschulen gefördert, in Schwaben 145. In Niederbayern sind es 123 Projekte, in Mittelfranken 115, in Unterfranken 114, in der Oberpfalz 104 und in Oberfranken 97. „Tausend Patenschaften heißt, nahezu jede zweite Grundschule in Bayern wird am Ende der Laufzeit unserer Förderung im Jahr 2005 eine faustlose Schule sein“, so Geschäftsleiter Wirmhier abschließend. **E. Scholl**

Rekord bei Hochbau-Investitionen

Die gesamten Hochbauinvestitionen im Jahr 2003 von Bund und Land in Bayern erreichten einen Rekord von 1,3 Milliarden Euro. Ein so hohes Investitionsvolumen war laut Beckstein nur dank der „Offensive Zukunft Bayern“ und der „High-Tech-Offensive“ der Bayerischen Staatsregierung möglich. Außerdem gab es erhöhte Investitionen der US-Gaststreitkräfte in Grafenwöhr und anderen Standorten“, gab Innenminister Dr. Günther Beckstein in München bekannt. 892 Millionen Euro hat der Freistaat Bayern in Neubauten und den Bauunterhalt seiner staatlichen Gebäude investiert. Der Anteil der von Dienststellen des Freistaates für den Bund erledigten Bauaufgaben betrug rund 423 Millionen Euro.

Gesicherte Arbeitsplätze

2003 stellte Bayern 654 Millionen Euro aus Landesmitteln sowie 238 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen für staatliche Hochbauprojekte, wie etwa den Bau von Hochschulen und Kliniken, aber auch Kultureinrichtungen wie Museumsneubauten bereit. Aus den von Privatisierungserlösen gespeisten Offensiven flossen seit dem Jahr 1995 fast 1,75 Milliarden Euro in eine Vielzahl großer Hochbauprojekte. „Wenn die Ausgaben des Landes in den kommenden Jahren wieder auf das früher normale Niveau zurückgehen, bleibt Bayern mit seinen Bauinvestitionen im Vergleich aller Bundesländer immer noch an der Spitze. Das nützt der seit Jahren schwachen Baukonjunktur und sichert tausende Arbeitsplätze im Freistaat“, so Beckstein.

Ausstellung zum 7. European Wettbewerb

„Die bayerischen Architektinnen und Architekten haben zusammen mit ihren Kollegen aus den anderen Bundesländern beim 7. European-Wettbewerb mit 24 Preisen, davon 14 im Ausland, im europäischen Vergleich am besten abgeschnitten“, freute sich Innenstaatssekretär Georg Schmid anlässlich der Eröffnung der Ausstellung European 7 in München. Die Ausstellung zeigt bis zum 19. März 2004 die Arbeiten der zehn Preisträger an den deutschen Standorten Augsburg, Deggendorf, Halle, Neu-Ulm und Senftenberg sowie die ausgezeichneten Projekte deutscher Teilnehmer in anderen europäischen Ländern.

Architektonischer Dialog

European ist ein Verbund aus 19 europäischen Ländern, die einen Ideenwettbewerb für Architekten unter 40 Jahren ausloben. Im Rahmen des 7. Wettbewerbs haben jungen Architektinnen und Architekten für insgesamt 68 Standorte über 2.000 Projekte eingereicht. Allein in Deutschland sind für die fünf Standorte Augsburg, Deggendorf, Halle, Neu-Ulm und Senftenberg mehr als 170 Wettbewerbsarbeiten eingegangen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Städte wiederbelebt, lebenswert erhalten und zukunftsfähig entwickelt werden können. Der Freistaat Bayern unterstützt European und damit den europäischen Dialog zum Thema Weiterentwicklung von Architektur und Wohnen fachlich und finanziell. „Mit drei Standorten allein in Bayern setzt sich der Freistaat auch hier an die Spitze der deutschen Beteiligung“, so Schmid.

Mit ethischen Waffen gegen Korruption

Bayerns Bauwirtschaft kämpft für Integrität, Fairness und Transparenz in der Branche / Zertifizierte Unternehmen

Zwar fühlen sich der Bayerische Bauindustrieverband (BBIV) und die gesamte Bauindustrie in ihrem Ruf und Erscheinungsbild durch den Bestechungsskandal um den Bau der Allianz Arena, des neuen Stadions in München, geschädigt, aber über den BBIV wehrt sich die Branche gegen die Vorstellung, Korruption und Bestechung gehörten zu ihrer täglichen Geschäftspraxis. Rechtsanwalt Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des BBIV: „Solches Fehlverhalten kommt immer mal wieder überall in der Wirtschaft vor, aber an der Bauindustrie bleibt es stets hängen.“ Über zwei Mechanismen, nämlich die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) und das Ethik Management der Bauwirtschaft (EMB), verfüge aber die Branche über wirksame Möglichkeiten, Korruption und Bestechung zu bekämpfen.

In dem Bestechungsskandal um die Allianz Arena, die von den beiden Fußballvereinen FC Bayern München und TSV 1860 München gebaut wird, wirft die Staatsanwaltschaft dem Präsidenten des TSV 1860, Karl-Heinz Wildmoser senior, und seinem Sohn Karl-Heinz Wildmoser junior, der bis zum Skandal Geschäftsführer der Arena-Baugesellschaft war, vor, der österreichischen Baugesellschaft Alpine durch Verrat von Ausschreibungsinterne den Bauauftrag über 280 Mio. Euro zugeschanzt und dafür 2,8 Mio. Euro Bestechungsgeld kassiert zu haben. Die juristische Aufarbeitung dieses Bestechungsskandals steckt noch in den Anfängen. Während der Senior seine Umschuld betont, hat der Junior nach Presseberichten ein Geständnis abgelegt.

Keine Absprachen

Nach der Darstellung von Hess haben sowohl die VOB als auch die EMB ihre Wirkung schon unter Beweis gestellt. Von Absprachen sei in der Bauwirtschaft nichts mehr zu spüren. Die VOB charakterisierte Hess als ein unverzichtbares Regelwerk zur Organisation eines Wettbewerbspreises.

Das Ethik Management der Bauwirtschaft ist 1996 vor dem Hintergrund eines damaligen Bauskandals in München von der bayerischen Bauwirtschaft in Form eines Vereins ins Leben gerufen worden, um zu verhindern, so Richard Weidinger, selbst Bauunternehmer und EMB-Vorsitzender, dass eine ganze Branche in Verruf gerät. Die Mitglieder des Vereins, bis-

her 36 Unternehmen, die ein Drittel der in der bayerischen Bauindustrie Beschäftigten bzw. fünf Prozent der in der deutschen Branche Beschäftigten repräsentieren, haben sich zur Einhaltung eines Werteprogramms verpflichtet.

Gestärkte Position

Gemäß den Prinzipien der Eigenverantwortung und Subsidiarität wollen sie die Geschäftstätigkeit in der Bauwirtschaft in eigener Regie regeln. Dabei entwickelt laut Weidinger ein Ethik-Management-System, wie es bereits in den USA mit Erfolg praktiziert werde, die Kultur in der Branche, stellt zwischen Bauwirtschaft, Kunden und Öffentlichkeit ein Klima des gegenseitigen Vertrauens her und stärkt damit die Position der Unternehmen im Markt. Ziel sei, über einen selbsttragenden und selbstverstärkenden Lernprozess Integrität, Fairness und Transparenz in der Branche zu implantieren.

Rahmen für fairen Wettbewerb

Das Ethik-Management-System sei, so Weidinger, kein Patentrezept. Es könne vor allem Einzelverfehlungen nicht grundsätzlich ausschließen. Und es könne in der Marktwirtschaft auch keinen Schutz vor Wettbewerb gewähren. Vielmehr strebe es an, den Rahmen für einen harten, aber fairen Wettbewerb zum Wohl der Allgemeinheit problemgerecht und zielgenau weiter zu entwickeln. Es gelte, die Bedingungen des Handelns wie Gesetze, Wettbewerb, spezi-

elle Dienstleistungseigenschaften am Bau, Angebots- und Vergabepraktiken sowie auch eingefahrene Gewohnheiten zu verändern, damit sich daraus ein verändertes Verhalten jedes Einzelnen ergibt.

Gängige Marktpraxis

Nach Ansicht der Vereinsmitglieder ist Ethik Voraussetzung für nachhaltigen Geschäftserfolg bei unvollständigen Verträgen. So jedenfalls hat es einmal der Münchener Wirtschaftsethiker Karl Homann formuliert. In einer Broschüre des Vereins heißt es, am Baumarkt mit seinen besonderen Bedingungen sei es auf Auftraggeber-, wie auf Auftragnehmerseite gängige Marktpraxis, im Vergabeprozess genau wie in der Bauabwicklung und -abrechnung jeden nur denkbaren rechtlichen und taktischen Winkelzug auszunützen, um sich einen vermeintlichen Vorteil zu sichern. Unter anderem die Fluchtbewegungen vieler öffentlicher und formal privatisierter Auftraggeber aus der VOB zeigten, dass dabei auch der rechtliche Graubereich nicht mehr als Tabu gelte.

Unsinniger Weg

Dieser volks- und betriebswirtschaftlich unsinnige Weg beruhe erhebliche haftungs- und strafrechtliche Risiken auf Auftraggeber- wie auf Auftragnehmerseite. Der übliche Weg, Verwerfungen am Baumarkt entgegenzuwirken, sei der Rückgriff auf das Strafrecht, das aber als Marktregulativ nur sehr begrenzt wirksam sei. Der weit effizientere Ansatz, das wirtschaftlich unsinnige und rechtsstaatlich bedenkliche Verhalten vieler Marktteilnehmer zu ändern, sei eben die Änderung der Rahmenbedingungen.

Es nutze nichts, so Weidinger.

Innenstaatssekretär Schmid:

„Barrierefreies Bauen ist Bauen für alle“

„Nicht nur Menschen mit Behinderung oder Senioren profitieren von einer barrierefreien Gestaltung des Stadtraums. Auch Eltern mit Kinderwagen oder Kleinkindern, Reisende mit Rollenkoffer oder verletzte Freizeitsportler an Krücken erleichtert eine barrierefreie Umwelt das tägliche Leben. Barrierefrei bauen ist also bauen für alle“, betonte Innenstaatssekretär Georg Schmid in Augsburg.

Belange aller Menschen berücksichtigen

Straßen, Wege und Plätze sind der Mittelpunkt des öffentlichen Lebens. Deshalb sollten sie auch alle Menschen uneingeschränkt nutzen können. Dies gilt ebenso für öffentliche Verkehrseinrichtungen, Grünanlagen und Spielplätze. „Öffentlich zugängliche Gebäude sind mittlerweile selbstverständlich barrierefrei gestaltet. In historischen Stadtbereichen oder bei alter Bausubstanz stellt das barrierefreie Bauen jedoch noch eine besondere Herausforderung dar“, so Schmid. Die Oberste Baubehörde gibt deshalb Kommunen und Planern mit dem neuen Faltblatt Anregungen und Hilfen an die Hand, auch bei der Planung im Bestand die Belange aller Menschen zu berücksichtigen.

ger, ethisches Verhalten von oben anzuordnen. Vielmehr müsse es mit den Mitarbeitern erarbeitet werden, weil diese es dann auch als ihre Ethik verstünden. Die Wirkung nach außen basiere auf der Selbstverpflichtung. Dies bedeute, dass der „Chef“ selbst zuständig sein müsse und - für Kunden, Partner, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit sichtbar - seine Entscheidungen von ethischen Werten mit bestimmen lasse. Das Ethik-Management-System müsse Teil der Firmenkultur werden, die vom Chef bis zum einfachen Arbeitnehmer gelebt werde. Das System schütze nicht nur den Einzelnen, sondern das ganze Unternehmen und alle seine Mitarbeiter. Darin liege seine Wirkung.

Pionierarbeit

An der Entwicklung des EMB, mit dem die bayerische Bauwirtschaft nach eigener Darstellung Pionierarbeit geleistet hat, hat Prof. Joseph Wieland, Direktor des Zentrums für Wirtschaftsethik an der Fachhochschule Konstanz, entscheidend mitgearbeitet. Sein Institut zertifiziert auch die Mitgliedsfirmen, wenn diese es wünschen. Der EMB-Verein steht für 250 Euro Jahresmitgliedsbeitrag jedem Betrieb offen. Bei neuen Mitgliedern wird im ersten Jahr und dann in größeren, unregelmäßigen Abständen geprüft, ob die Werte wirklich im Unternehmen gelebt werden. Beratung und Auditierung kosten, je nach Betriebsgröße, einmalig zwischen 5000 und 10.000 Euro. Stolz ist der Verein darauf, dass er Nachahmer gefunden hat, denn einen vergleichbaren Ethik-Verein hat jetzt die Pharma-Industrie gegründet. doh.

16 Milliarden Euro für Bayerns Krankenhäuser

„Der Freistaat Bayern hat seit 1972 weit über 16 Mrd. Euro in die bayerischen Krankenhäuser investiert“. Dies gab Bayerns Sozialministerin Christa Stewens beim Festakt zum Abschluss der Gesamtanierung des Kreiskrankenhauses Krumbach bekannt. Allein in den Landkreis Günzburg seien seit 1980 rund 220 Mio. Euro an Fördermitteln aus dem Krankenhausfinanzierungsetat geflossen.

Nach Stewens' Worten ist bereits jetzt absehbar, dass das neue System diagnosebezogener Fallgruppen (DRG) die Krankenhauslandschaft nachhaltig verändern werde. „Die Auswirkungen waren schon vor der zwingenden Einführung deutlich spürbar. So sind in Bayern 2002 und 2003 insgesamt 10 Krankenhäuser geschlossen worden. Allein im vergangenen Jahr wurden über 1.400 Krankenhausbetten im Freistaat abgebaut - und damit etwa so viel wie in den fünf Jahren zuvor: Im Zeitraum 1998 bis 2002 ist die Bettenzahl ebenfalls um 1.400 zurückgegangen“, teilte Stewens mit.

Maximale Synergieeffekte

Aufgrund der angespannten Finanzsituation im Gesundheitsbereich seien neue Strategien der Krankenhäuser unumgänglich. Als mögliche Ansatzpunkte nannte die Ministerin Kooperationen und Spezialisierungen. Dazu müsse die Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern verbessert werden. Die Häuser müssten eigene Schwerpunkte setzen und sich am besten Nischen suchen. Christa Stewens: „Maximale Synergieeffekte können durch eine möglichst enge Zusammenarbeit aller Einrichtun-

gen erzielt werden. In diese Überlegungen sollten auch Kooperationen mit Häusern in benachbarten Landkreisen einbezogen werden. Bei allem Streben nach Wirtschaftlichkeit aber müssen die Bedürfnisse des kranken Menschen im Zentrum der Bemühungen stehen. Dies dürfen wir nicht vergessen!“

Grundversorgung auf dem neuesten Stand

Die Ministerin übergab - pünktlich zur 90-Jahr-Feier des Kreiskrankenhauses Krumbach - den vierten Bauabschnitt seiner Bestimmung. Damit ist die Gesamtanierung des Kreiskrankenhauses abgeschlossen. „Für die vier Bauabschnitte hat der Freistaat mehr als 36 Millionen Euro aufgewendet. Bereits zuvor hatten wir den Neubau des Kreiskrankenhauses Günzburg mit rund 42 Millionen Euro gefördert. Die somatische Grundversorgung im südlichen und nördlichen Kreisgebiet ist damit auf dem neuesten Stand. Das umfassende Versorgungsangebot der Region wird durch das Bezirkskrankenhaus Günzburg, das Therapiezentrum Burgau und die Fachklinik Ichenhausen abgerundet“, freute sich Christa Stewens. doh.



Großholzhausen:

Pfarrkirche in neuem Glanz

Frisch saniert präsentiert sich die Pfarrkirche St. Georg von Großholzhausen, einem Ortsteil der Gemeinde Raubling im Landkreis Rosenheim, der im Jahr 2004 sein 1200-jähriges Bestehen seit der ersten urkundlichen Erwähnung feiert. Zu diesem Jubiläum finden zahlreiche Veranstaltungen, wie zum Beispiel ein heimatkundlicher Abend, ein historischer Markt, sowie eine Kunstausstellung mit einheimischen Motiven statt. Höhepunkt wird die Festwoche mit einem großen Festumzug durch den Ort am 20. Mai 2004 sein. Die Veranstaltungen werden von den Ortsvereinen mit Unterstützung der Gemeinde Raubling vorbereitet. Zum Jubiläum entstand auch ein Bildband, eine ausführliche Festschrift und eine eigene Internetseite (www.grossholzhausen.de), die alle Informationen zum Ort und zum Jubiläum beinhaltet.

Landkreis Regensburg:

Startschuss für Leader-Projekte

Konkrete Formen nehmen die Leader-Projekte im Landkreis Regensburg an. Nachdem das Gebiet nördlich der Donau als EU-Förderregion ausgewählt wurde, arbeiten mehrere Projektgruppen an der Ausarbeitung von Konzepten, um mit den daraus entstehenden Anträgen in den Genuss der Fördermittel aus Brüssel zu kommen. Die Leader-Aktionsgruppe, der verschiedene Interessensvereinigungen angehören, hat nun unter Vorsitz von Landrat Herbert Mirbeth die bisher vorgelegten Konzepte diskutiert und sieben Projekte für eine Förderung freigegeben. Nach der formellen Genehmigung durch die Regierung der Oberpfalz könnten die Gemeinden schon im Frühjahr damit beginnen, diese Vorhaben zu realisieren.

Mit einem internationalen Kunstsymposium zum Thema „Kunst und Natur“ soll in Beratzhausen das touristische Angebot im Tal der Schwarzen Lauer aufgewertet werden. Der Markt Beratzhausen plant auch in Kooperation mit den Gemeinden des gesamten Labertales einen Erlebnisführer, der einen Leitfaden geben soll, diese wunderbare Naturlandschaft zu erkunden. Im Sektor der „Freizeit und Erholung“ liegt auch das Projekt der Gemeinde Sinsing, die eine Schiffsanlegestelle schaffen will.

Baierwein-Tradition

Auch das kleinste Weinbaugelände Deutschlands, das sich zwischen Tegernheim und Wörth a.d. Donau erstreckt, möchte sich mit EU-Fördermitteln touristisch weiterentwickeln. Die Gemeinde Bach a.d. Donau und der Förderverein des Baierweinemuseums haben sich zum Ziel gesetzt, die

Tradition des Baierweins neu zu präsentieren. Eine Erweiterung des Baierweinemuseums, die Errichtung einer „Wein-Erlebnisschleife“ und weitere touristische Maßnahmen sollen verwirklicht werden.

Naturbetonter Tourismus

Der Landschaftspflegeverband des Landkreises hat verschiedene Maßnahmen eingereicht, die den naturbetonten Tourismus im Vorwald fördern und stärken sollen. Man will weitere Angebote im Bereich der Naherholung schaffen und dadurch auch den Besucherstrom entzerren und ökologisch sensible Bereiche entlasten.

Gemeinsam mit dem Solarförderverein SAMOS e.V. will der Landkreis Regensburg ein Pilotprojekt zur Energieberatung einrichten. Landrat Mirbeth hatte schon in Vorgesprächen erkannt, dass man im Bereich der erneuerbaren Energien Netzwerke schaffen muss,

um so praxisorientierte Modelle vom Erzeuger der Energie bis zum Verbraucher realisieren zu können. Nun soll mit einer Leader-Förderung ein Beratungsnetz aufgebaut und in den Gemeinden kompetente Energieberatung angeboten werden. Auch die Regionaltage des Landkreises, die vom 25. September bis 03. Oktober 2004 geplant sind, sollen mit EU-Geldern unterstützt werden.

Mit den nun freigegebenen Projekten ist laut Elisabeth So-

Landkreis Günzburg:

Musikalischer Frühling feiert Geburtstag

Der „Musikalische Frühling“ des Landkreises Günzburg feiert heuer den zwanzigsten Geburtstag. Dies bietet auch heuer wieder Gelegenheit, sich Musik der Extraklasse - überwiegend dargeboten von Ensembles der Region - auf dem „Trommelfell zergehen zu lassen“. An der Konzertreihe, die vom Bezirk Schwaben, der Sparkasse Günzburg-Krumbach und dem Landkreis Günzburg gefördert wird, beteiligen sich im Jubiläumjahr zwölf Veranstalter in sieben Städten und Gemeinden - Burgau, Günzburg, Gundremmingen, Ichenhausen, Krumbach, Leipheim und Ursberg.

Mit einem festlichen Gottesdienst am 14. März wurde der „Musikalische Frühling“ in der Evangelischen Kirche St. Veit in Leipheim eingeleitet. Einen Tag nach dem kalendarischen Frühlingsanfang wird die Konzertreihe am 21. März um 16 Uhr in der Burgauer Stadtpfarrkirche vom Schirmherrn, Landrat Hubert Hafner, auch offiziell eröffnet. Der Kammerchor Burgau hat das großartige Oratorium „Stabat Mater“ (op. 58) von Antonin Dvorák als „Einstieg“ gewählt. Wer an diesem Tag noch mehr „Frühlingsluft schnuppern“ will, kann sich um 19 Uhr im Musiksaal der Städtischen Musikschule in Günzburg mit dem Guntia Consort unter der Leitung von Eberhard Althammer auf eine Reise „von der Klassik zur Moderne“ begeben.

„Matthäus-Passion“

Die „Matthäus-Passion“ von Georg Philipp Telemann wird den Musikbegeisterten am 28. März um 15 Uhr in der Maria-Hilf-Kirche in Krumbach präsentiert. Das Werk wird von der Chorgemeinschaft Liederkrantz Krumbach 1862 e. V. unter Leitung von Michael Dolp aufgeführt. Auch an diesem Sonntag bietet sich die Möglichkeit, noch eine weitere „Frühlings-Veranstaltung“, nämlich die „102. Stunde der Kirchenmusik“, zu besuchen. Zu Marc-Antoine Carpentiers „Te Deum“ lädt die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde um 20 Uhr in die Evangelische Kirche St. Veit in Leipheim.

Fortgesetzt wird der „Musikalische Frühling“ am 4. April um 17 Uhr, in der Günzburger Frauenkirche mit der „Sinfonia No. 44 in e-Moll“, der sogenannten „Trauersymphonie“ von J. Haydn. Vielversprechend ist auch das „Stabat Mater“ für zwei Solostimmen, Chor und Orchester von Giovanni B. Pergolesi.

Nach einer vierwöchigen Verschnaufpause wird den Zuschauern am 2. Mai um 16 Uhr mit „Missa Parvulorum Dei“ von Ralf Grössler eine Gospelmessde der besonderen Art präsentiert. Chor und Orchester der Berufsschule für Musik Krumbach sowie die Sopranistin Elisabeth Brütting werden unter der Leitung von Josef Wiedenmann in der Maria-Hilf-Kirche in Krumbach ihr Bestes geben.

In der Familien- und Kinderregio darf natürlich ein „Konzert junger Talente“ nicht fehlen. Im Kulturzentrum Gundremmingen geben am Abend des selben Tages um 18 Uhr Solisten und En-

sembles der Musikschulen Günzburg, Ichenhausen, Gundremmingen-Offingen-Rettenbach und der Bläuserschule Mindental eine Kostprobe ihres Könnens.

Projekt Gesundheitsregion

Mit dabei sein wird auch die „Gesundheitsregion Regensburger Jura“. Zusammen mit den Gemeinden des Labertales will der Landkreis mit diesem Projekt Landschaft, Erholung, Kunst und Gastronomie in den Vordergrund rücken und einen Wechselbezug zum neuen Gesundheitszentrum Hemau herstellen. **DK**

LebensSchritte

Die Schwäbische Chorgemeinschaft unter der Stabführung von Gerhard Fackler lädt am 9. Mai um 16 Uhr in die Maria-Hilf-Kirche in Krumbach zur „Symphonie Nr. 9“ von Franz Schubert sowie zur Messa di Gloria von G. Puccini. LebensSchritte - Performance für Chor, Tanz und Percussion werden am 16. Mai um 20 Uhr, in der ehemaligen Synagoge Ichenhausen zu sehen und zu hören sein.

Ein Konzert des Sandler-Quartetts für Streichquartett und Sopran mit Werken von Mozart, Regger und Zilcher (Marienlieder) steht am Donnerstag (Christi Himmelfahrt), 20. Mai um 19 Uhr, in der Günzburger Hofkirche auf dem Programm. Solistin ist Marianne Altstetter-Ederle (Sopran). Das Musica Antiqua Ensemble Günzburg unter Leitung von Misa Nakamoto wendet sich am Sonntag, 23. Mai um 19 Uhr, unter dem Titel „Salve Maria“ Marienvertonungen von Scarletti, Pergolesi, Händel u. a. zu. Den würdigen Rahmen bildet die Klosterkirche St. Johannes Baptist in Ursberg.

„9. Sinfonie“ von Ludwig van Beethoven entzündet das „heiligt geist ensemble“ unter Leitung von Musikdirektor Bernhard Löffler zum Abschluss der diesjährigen Konzertreihe ein musikalisches Feuerwerk, das durch die Kombination mit einer Lichtshow und entsprechender Pyrotechnik nicht nur zum Ohren- sondern auch zum Augenschmaus wird. An dem „Knaller“ beteiligen sich zudem namhafte Solisten, der Konzertchor Bad Birnbach sowie die Staatsphilharmonie Satu Mare. Das Konzert findet am 19. Juni auf dem Günzburger Rathausplatz statt und beginnt um 20.30 Uhr. **Hans Joas**

Region Inn-Salzach stellt sich auf

Die beiden Landkreise Altötting und Mühldorf haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen im Rahmen der Regionalentwicklung verständigt. Zum 1. Juni 2004 gründen beide Landkreise eine Regionalentwicklungs-GmbH, deren Aufgabe es sein wird, gemeinsame Projekte voranzutreiben und so den Wirtschaftsraum zu stärken. Darüber hinaus dokumentieren die beiden Landräte Erwin Schneider und Georg Huber den Willen und die Bereitschaft zur intensiven Zusammenarbeit, indem sie eine neue Euregio gegründet haben, die ihre Arbeit am 1. Oktober dieses Jahres aufnehmen wird. Neben fünf Gemeinden aus dem Landkreis Altötting ist auch die neu zu gründende Regionalentwicklungs-GmbH der Landkreise Altötting und Mühldorf Mitglied dieser Euregio.

„Mit diesem Schritt schaffen wir die Voraussetzungen, um in Zukunft schlagkräftig und zielorientiert für die Region arbeiten zu können. Gerade in Zeiten konjunktureller Krisen und struktureller Veränderungen ist es von besonderer Bedeutung, dass sich unsere Region intern wie auch nach außen neu positioniert“, stellten die beiden Landräte fest. Es gehe nicht darum, neue Verwaltungsbürokratie aufzubauen, sondern vielmehr darum, den Betrieben in der Region als handlungsfähiger und kompetenter kommunaler Partner zur Seite zu stehen.

„Die angestrebte Lösung berücksichtigt die schwierige Finanzsituation der Kommunen, indem die laufenden Kosten so gering wie möglich gehalten und die anstehenden Projekte jeweils separat finanziert werden“, so Huber. Durch den Zusammenschluss der beiden Landkreise entstehe eine Organisation der schnellen Entscheidungen und eindeutigen Zuständigkeiten.

„Wir müssen uns an den Strukturen und Abläufen der Betriebe orientieren, nur so können wir wirkungsvoll mit ihnen zusammenarbeiten“, erläuterte Mühldorfs Landrat das gewählte Konstrukt.

Bündelung der Kräfte

Die Regionalentwicklungs-GmbH der beiden Gesellschafter Landkreis Altötting und Landkreis Mühldorf wird ihren Sitz im Gründerzentrum in Töging haben und jeweils zu 50 Prozent von den Landkreisen finanziert. Auch die ersten Aufgaben der Gesellschaft liegen bereits auf der Hand: Nach Angaben von Landrat Huber sei es für die Region u.a. von herausragender Bedeutung, den Logistikterminal zu realisieren, sich für die Ethenpipeline einzusetzen und den Bildungsstandort zu stärken sowie den Weiterbau der A 94 und den zweigleisigen Bahnausbau voranzutreiben. „Dies sind Aufgaben, zu deren Lösung und Umsetzung wir an einem Strang ziehen müssen, um durch Bündelung der Kräfte schnellstmöglich ans Ziel zu kommen“, stellte hierzu Landrat Schneider fest.

Darüber hinaus sei damit endgültig geklärt, wer die Region legitimiert nach außen repräsentieren. Es sei für unser Ansehen in den Ministerien in München, Berlin und Brüssel wichtig, dass nun endlich klar sei, wer für die gesamte Region spreche und wer den politischen Rückhalt der Re-

Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen

Bei der Bürgermeisterwahl in Lauingen im Landkreis Dillingen votierten die Bürger für einen Amtswechsel. Mit 63,2 Prozent der Stimmen wählten sie den SPD-Kandidaten Schenk ins Rathaus. Der bisherige Amtsinhaber von der CSU, Georg Barfuß, erhielt nach 18 Jahren im Amt nur noch 36,8 Prozent. In Zeil am Main im Landkreis Haßberge wurde dagegen Amtsinhaber Winkler von der „Überparteilichen Zeiler Liste“ mit 53,43 Prozent bestätigt. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirschner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

1050 Jahre Langenzenn:

Prall gefüllter Festkalender

Langenzenn wird heuer 1050 Jahre alt. Viele Veranstaltungen und Feste, sowohl in kultureller als auch in sportlicher Hinsicht, werden laut Manfred Fischer, dem ersten Bürgermeister der Stadt Langenzenn, im Jubiläumsjahr stattfinden. Höhepunkt des Festprogramms ist die Wiederaufführung des Kaiserspiels, eingebettet in ein mittelalterliches Marktreiben.

Vor 1050 Jahren war der Siedlungskern Langenzenns ein fränkischer Königshof aus der Zeit der fränkischen Landnahme. Zu dieser Zeit König Ottos I. lag Langenzenn etwa in der Mitte des damaligen Reiches. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass Otto am 16. Juni 954 dort eine Reichsversammlung abhielt, an die zum Jubiläum mit einem großen Kaiserspiel mit dem Titel „Der Tag von Cenna“ erinnert werden soll. Mit der sechsmaligen Aufgeführt - ab 11. Juni - wird die Geschichte Langenzenns für jeden erlebbar.

Kaiserspiel und ...

Neben einem Jubiläumsfestzug am 6. Juni mit immerhin 39 Gruppen, einem Jubiläumsgottesdienst, einem Posaunenchor, einem Big-Band-Konzert sowie einer Sonderausstellung im Heimatmuseum wird u.a. ein mittelalterlicher Markt die Herzen der Freunde Langenzenns höher schlagen lassen. Der Einbeziehung eines mittelalterlichen Marktes liegt der Gedanke zugrunde, das Kaiserspiel nicht isoliert stehen zu lassen, sondern dieses Ereignis in einen historisch entsprechenden Rahmen einzubetten.

... mittelalterlicher Markt

So oder in ähnlicher Form hätte ein Markt überall in den damaligen Landen aussehen können: Marktweiber preisen lautstark ihre Waren an, Ritter üben sich im Kampf, Gaukler und Feuerspucker zeigen ihre Künste, Bierbrauer, Korbflechter, Schmiede und Weberinnen üben ihr Handwerk aus. Mittelalterliche Szenen wie Anprangerungen, Hinrichtungen und kleinere Schermützel mit den

Ungarn werden dargeboten. Wahrsagerinnen prophezeien die Zukunft und legen Tarotkarten. Begleitet wird das Geschehen durch anregende Weisen der Barden.

Ein weiteres Highlight im Jubiläumsjahr bilden die Klosterhofspiele Langenzenn. Sie haben in der Vergangenheit vorgemacht, wie man mit guten Regisseuren, anspruchsvollen Komödien und Lustspielen von Goldoni, Molière, Shakespeare, Aristophanes und anderen Autoren sowie einem begabten Ensemble engagierter Amateure erfolgreich Theater machen kann. In der Saison 2004 wird die lustige und lebenspralle Shakespeare-Komödie „Die Lustigen Weiber von Windsor“ aufgeführt. Premiere wird am 25. Juni sein, die letzte Vorstellung findet am 7. August statt.

Momentaufnahme einer glücklichen Entwicklung

Aus einem Ackerbaustädtchen ist mittlerweile ein verkehrsgünstig gelegener Industriestandort im Landkreis Fürth geworden. Das Tonvorkommen verhalf zur Ansiedlung der Ziegelindustrie. In den Gewerbegebieten haben sich in den vergangenen Jahren wichtige und große Firmen niedergelassen.

Wie Fürths Landrätin Dr. Gabriele Pauli in ihrem Vorwort zu einer umfangreichen Festschrift betont, haben an dieser beeindruckenden Entwicklung mehr als 25 Generationen mitgewirkt und mitgebaut. Das Jubiläum stelle keinen Abschluss dar, „sondern es wird eine Teilstrecke markieren, eine Momentaufnahme sein, auf einem hoffentlich weiterhin erfolgreichen und glücklichen Weg für Langenzenn und seine Bürgerinnen und Bürger“. **DK**

Zukunft der Krankenhäuser im Landkreis Neu-Ulm:

Workshop in Roggenburg

Die drei Krankenhäuser im Landkreis Neu-Ulm sollen künftig ihre Leistungen unter einem Dach anbieten und ihr medizinisches Angebot aufeinander abstimmen. Die Donauklinik Neu-Ulm und die Stiftungsklinik Weißenhorn sollen als Krankenhäuser der zweiten Versorgungsstufe die Grundversorgung sicher stellen und damit Notfallversorgung, Intensivmedizin sowie Abteilungen für Chirurgie und Innere Medizin anbieten. Die Illertalklinik Illertissen soll im Gegenzug zu einem Zentrum für Geburtshilfe mit vollstationärer Gynäkologie und Anbindung einer Neugeborenen-Intensiv-Einheit ausgebaut werden.

Dies sind die Ergebnisse eines zweitägigen Workshops zum Thema „Neustrukturierung der Krankenhäuser in Roggenburg“, an dem Mitglieder des Aufsichtsrats der Krankenhaus-GmbH, des Stiftungsausschusses des Kreistags, die Fraktionsvorsitzenden des Kreistags, Chefarzte der Kliniken sowie die Mitglieder der Personalvertretungen teilgenommen haben. Vorbereitet worden war der Workshop von der Hamburger Unternehmensberatung „Haarmann Hemmelrath Management Consults GmbH“, die Landrat Erich Geßner vor knapp einem halben Jahr mit der Erstellung eines Strukturkonzeptes beauftragt hatte.

Leistungen unter einem Dach

„Wir haben eine gute Perspektive, wenn alle drei Krankenhäuser zusammenstehen“, zeigte sich Landrat Geßner nach Abschluss des Workshops optimistisch im Hinblick auf die Zukunft aller drei Krankenhäuser. Die zweitägigen Beratungen in Roggenburg seien sehr fruchtbar gewesen. „Künftig müssen wir unsere Leistungen

zentral angesiedelt werden, und zwar in Verbindung mit einer vollstationären Gynäkologie und Anbindung einer Neonatologie (Neugeborenen-Intensiv-Einheit). „Indem wir unser Leistungsangebot künftig besser konzentrieren, werden wir unsere Stärken ausbauen. Dies bedeutet eine Sicherung der medizinischen Qualität, zudem werden Synergieeffekte die Wirtschaftlichkeit verbessern.“ erklärte Geßner. Dabei soll die Notfall-Erstversorgung in der Illertalklinik nach wie vor gewährleistet sein. Belegärztliche Leistungen wie zum Beispiel Urologie, Augenheilkunde und HNO in Kombination mit der Möglichkeit zu ambulanten Operationen sollen nach diesem Konzept mit neuen Gesundheitsleistungen mit eigenem Budget verknüpft werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob weitere Gesundheitsleistungen mit eigenem Budget angesiedelt werden können.

Unbequemer Weg

„Der Landkreis hat insbesondere durch die Um- und Neubauten an allen drei Standorten deutlich gezeigt, dass er zu seinen Kliniken steht. Daneben hat er im Rahmen seiner örtlichen Beteiligung auch sehr viel Geld investiert. Der bequeme Weg einer Veräußerung kommt für ihn deshalb nicht in Betracht“, machte Geßner deutlich, dass er eine grundlegende Neustrukturierung als den einzig zielführenden Weg ansieht. Auf dem anstrengenden Weg und schwierigen Weg zur Erhaltung und zukunftsweisenden Neuausrichtung unter kommunaler Trägerschaft werde auch ein Solidarbeitrag der Mitarbeiter der Kliniken erforderlich sein, kündigte der Landrat an.

Strukturänderung

Im Mittelpunkt des Workshops stand jedoch eine Änderung der medizinisch-organisatorischen Strukturen in den drei Krankenhäusern. Diese soll die Attraktivität und Effizienz aller drei Standorte steigern und, so der Landrat, „dazu beitragen, dass wir vielleicht 2006 eine schwarze Null schreiben können“.

Weil in Illertissen die Geburtshilfe bereits jetzt hervorragend aufgestellt ist, soll sie hier

unter einem Dach anbieten“, betonte er. Unter den Krankenhäusern dürfe es keine Konkurrenz geben, vielmehr müssten Synergieeffekte zu Einsparungen führen. Eine neue Ausrichtung der Krankenhäuser sei auch im Hinblick auf die beim EU-Wettbewerbskommissar anhängende Beschwerde notwendig. Die Beschwerde richtet sich dagegen, dass Kommunen die Defizite ihrer Krankenhäuser im Gegensatz zu privaten Betreibern über Steuermittel ausgleichen können, was als unzulässige Wettbewerbsverzerrung von den Privatkliniken gerügt wird.

Finanzknappheit

„Unabhängig davon, wie dieses Verfahren ausgehen wird, kann sich der Landkreis angesichts der bestehenden und in Zukunft noch zunehmenden Finanzknappheit den Defizitausgleich für seine Krankenhäuser nicht mehr leisten“, stellte Geßner fest. So zeichnet sich allein für 2003 ein Defizit in Höhe von rund 3,5 Millionen Euro für die Donauklinik und Illertalklinik ab, für das der Landkreis als Träger im Rahmen seines Sicherstellungsauftrags geradezu-

Altenhilfelandchaft im Landkreis Augsburg

Beim Heimleitertreffen im Landratsamt Augsburg betonte Landrat Dr. Karl Voegelé, dass der Landkreis seine Hausaufgaben im Bereich der Altenhilfe gemacht hat. In einem einmaligen Kraftakt sei seit 1990 die Zahl der Pflegeplätze im Landkreis verdoppelt worden. Der Landkreis habe die Entstehung zusätzlicher Pflegeplätze mit rund 15 Millionen Euro gefördert.

Derzeit sehe es allerdings danach aus, als würden die Prognosen über die Entwicklung der Bevölkerung und deren Verhalten im Alter widerlegt. „Bei den Wartelisten ist in allen Heimen der Nachfragedruck deutlich zurückgegangen beziehungsweise nicht mehr vorhanden, teilweise gibt es sogar freie Plätze“, so Voegelé.

Chancenreicher Wettbewerb

Fachleute gingen, ergänzte der Seniorenbeauftragter des Landkreises, Klaus Riehle, davon aus, dass die hohe Arbeitslosigkeit und die große wirtschaftliche Verunsicherung auch in den privaten Haushalten und nicht zuletzt die Reformen des Gesundheitswesens die Nachfrage derzeit deutlich

dämpften. „Hier entwickelt sich ein Wettbewerb unter den Heimen, der sicher für Heime und Bewohner Chancen beinhaltet“, so Riehle.

Landrat Voegelé betonte, dass Angebot und Nachfrage in Zukunft noch genauer beobachtet werden müssten, um nicht in Überkapazitäten zu investieren. In diesem Zusammenhang warb er bei den Heimleitern um Verständnis für die restriktive Förderung von Heimneubauten durch den Landkreis. Fördergelder des Landkreises für den Bau von Altenheimen könnten heute leider nicht mehr so fließen wie noch in wirtschaftlich besseren Zeiten. Als aktuelles Beispiel nannte der Landrat den in Gersthofen geplanten Ersatzbau für den Sonnenhof in Batzenhofen. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Jetzt haben wir ihn wieder folgenlos hinter uns gebracht, den Internationalen Frauentag.“ Mein Chef, der Bürgermeister, legte geschäftsmäßig die jüngsten schriftlichen Ergüsse über Gendermainstreaming in der Verwaltung beiseite und schaute in der Pressemappe nach, ob der 8. März irgendeinen Niederschlag gefunden hatte.

Wie nicht anders zu erwarten, war dies nur in sehr beschränktem Umfang der Fall. Da war von einer Initiative zu lesen, die in der Innenstadt Rosen verteilt hat, sowie von der Resolution über Frauenrechte einer sektiererischen Partei. Ansonsten hat dieser sozialistische Gegenentwurf zum Muttertag keinerlei Resonanz bei uns gefunden. Dabei steht es um die politische Mitgestaltung durch Frauen in unserem Städtchen nicht zum Besten. Im Stadtrat sind sie meist als Alibifiguren vertreten

Von der hohen Kunst des politischen Ränkespiels

und die Verwaltung ist im höheren Dienst bisher frauenfreie Zone. Wengleich zum nächsten Ersten eine junge Juristin anfängt, denn in der Juristerei sind die Frauen auf dem Vormarsch, weil sie mehr leisten und mit besseren Noten die männliche Konkurrenz aus dem Feld schlagen.

Aber was die Kunst des politischen Ränkespiels angeht, müssen die meisten Frauen noch einiges lernen, um die bestens gesicherten Bastionen der Männer zu schleifen. In unserem Städtchen etwa werden die wichtigsten Entscheidungen in einer informellen, sich als lockerer Stammtisch von Männern aller Fraktionen tarnenden Runde im Neuwirt vorbereitet. Alle Argumente, die man nicht öffentlich austauschen will, fallen alle zwei Wochen am Montag unter den Augen einiger Weniger. Wobei weniger erstaunlich ist, dass bisher noch keines dieser Augen Wimperntusche ziert.

Schließlich ist es immer und überall beinhalten, in bestehende Strukturen einzubrechen. Richtig ärgerlich ist, dass bei uns die Frauen nicht Manns genug sind, eigene Seilschaften und Klüngel aufzubauen. Gerade wenn ich mir das



Verhältnis der Rathaus-Damen der Partei des Chefs zu Dr. Claudia Elfer, der Hoffnungsträgerin des Bürgermeisters anschau, könnte ich verzweifeln.

Da wird nicht versucht, einer Frau mit Köpfchen und Energie durch die Bildung eines Netzwerkes in der Stadt zu helfen, sondern es hagelt Akte der Eifersucht und der Missgunst. Dabei ist vor allem kein Argument zu dumm im Kampf gegen eine Frau, die halt jünger ist und besser aussieht als sie. Und so wie Angela Merkel ursprünglich von Frauen vorgehalten wurde, sie hätte eine Frisur, die selbstgeschmitten aussähe, wirft man Claudia Elfer ihre Eleganz und ihr gutes Aussehen als Eitelkeit vor.

Vieles was im Städtchen heute positiv für Frauen und Mütter ist, insbesondere die Kinderbetreuung, haben wir Claudia und dem Umstand zu verdanken, dass sie das Ohr des Bürgermeisters hat. Aber ihre Ratskolleginnen haben immer nur passiv mitgezogen und sich hintenrum bei der Presse darüber ausgelassen, dass man halt besonders für das Thema Betreuung sensibilisiert ist, wenn man sich in die Politik einmischt, statt die eigenen Kinder zu Hause zu versorgen. Von gegenseitigem Stützen keine Spur. Lieber regiert bis zum jüngsten Tag ein Mann, als dass man es einer Geschlechtsgenossin vergönnen würde.

Wenn es schon in der kleinen Kommunalpolitik so zugeht, dann wird sich auch in der „großen“ Politik nichts an Spottworten ändern wie dem, dass die SPD immer nur dann eine Kandidatin für das Bundespräsidentenamt habe, wenn diese garantiert verliere. Den Erfolg verbauen sich Frauen nur zu oft gegenseitig. Das wusste schon Goethe, der auf dem Kalenderblatt verewigt ist, das ich meinem Chef, dem Bürgermeister, hinlege: „Wenn die Frauenzimmer immer wüssten, was sie könnten, wenn sie wollten.“

the Sabrina

Im Rettungsdienst an einem Strang ziehen

Zweckverband Rosenheim will Integrierte Leitstelle vorantreiben
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert

Bei der Einrichtung der Integrierten Leitstellen will der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Rosenheim eine Vorreiterrolle übernehmen. Der Verband, dem außer dem Landkreis und der Stadt Rosenheim auch der Landkreis Miesbach angehört, beschloss in seiner Jahresversammlung im Rosenheimer Landratsamt einstimmig, sich schon in der ersten Stufe an dem vom bayerischen Innenministerium eingeleiteten Projekt zu beteiligen. Landrat Dr. Max Gimple und sein Miesbacher Kollege Norbert Kerker hoffen mit diesem frühzeitigen Einstieg auf ein besseres Mitspracherecht bei der Festlegung der notwendigen Kriterien.

Zustimmung zu dieser Vorgehensweise kam auch von der Stadt Rosenheim, die bei der Versammlung durch Zweiten Bürgermeister Anton Heindl vertreten war.

Selbst wenn bei manchem Verbandsmitglied eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Finanzierungszusagen des Bayerischen Innenministeriums nicht zu überhören war, gab schließlich doch die Zuversicht, von

Anfang an bei der Umstrukturierung des Rettungsdienstes mitreden zu können, den Ausschlag zu der allgemeinen Zustimmung. Schließlich werde ja, wie Verbandsvorsitzender Gimple mehrfach betonte, die endgültige Entscheidung nicht vorweggenommen.

Bislang haben sich im Bereich Rosenheim das Bayerische Rote Kreuz, das die Rettungsleitstelle Rosenheim be-

treibt, und die Stadt Rosenheim mit ihrer Feuerwehreinsatzzentrale Rosenheim um die Betreiberschaft einer Integrierten Leitstelle beworben. Wann eine endgültige Entscheidung über die Vergabe getroffen werden kann, ist noch völlig offen. Im Innenministerium geht man jedoch davon aus, dass die 26 bayerischen Leitstellen bis 2008 eingerichtet und unter einer einheitlichen Notrufnummer erreichbar sind.

Erfreuliche Kooperation

In ihrem Jahresbericht konnte Verbandsgeschäftsführerin Patricia Mitterer unter anderem noch über einen sehr erfreulichen Aspekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Nachbarn in Tirol berichten. Bei Bedarf können in Zukunft im grenznahen Bereich auch von bayerischer Seite aus Hilfskräfte aus Kufstein alarmiert werden, wenn hierdurch bei Rettungsaktionen ein Zeitvorteil gegeben ist. Dies gilt sowohl bei der Anforderung des Rettungshubschraubers, was vor allem bei der Bergrettung von erheblicher Bedeutung sei

kann, als auch bei Einsätzen im Bereich der Wasserrettung, wo die Feuerwehr Kufstein ihre Hilfe in Notfällen angeboten hat.

DK

Fränkische Theater-Olympiade im Visier

Die Arbeitsgemeinschaft Mundart-Theater Franken e. V. bereitet sich auf die 17. Gesamtfränkischen Mundarttheatertage 2004 vor. Diese finden vom 23. bis 25. April in Pfofeld am Brombachsee in Mittelfranken statt. An dieser Mundart-Theater-Olympiade wirken 15 Mundart-Theaterbühnen aus Unterfranken, Mittelfranken und Oberfranken mit.

Bei einer gemeinsamen Tagung von Vorstand, Regionalvertretern und Kuratoriumsmitgliedern im „Haus der Heimat“ in Langensendelbach wurden die letzten Weichen für das große Theaterfest gestellt. Mit von der Partie sind bekannte fränkische Mundart-Autoren wie Fitzgerald Kusz, Walter Tausendpfund, Sven Bach, Helmut Haberkamm, Linus Kunkel und Hermann Waldenberger.

Höhepunkte des Fränkischen Theater-Triduum sollen u. a. werden: die Preisübergabe an die drei ausgezeichneten Autoren des Stückwettbewerb der Fränkischen Mundart-Theaterbewegung zum Auftakt des Festes und die Überreichung des „Theaterpörlas“ zum Abschluss für die beste Aufführung.

fpo

Verkauf

Rüstwagen RW

Baujahr 1976, 16.500 km, Fabrikat DB Aufbau Ziegler, mit Lichtmast und Seilwinde sowie feuerwehrtechnischer Beladung, TÜV 07/04, auf Wunsch NEU. Abgabe Mai 2004
Auskunft erteilt Freiwillige Feuerwehr Grünwald,
Herr Dieter Aulenbacher, Tel. 089/6492226.

Oberpfälzer Naturschutzprojekt beispielhaft in Europa

Als beispielhaft in Europa werden die Besucherlenkung und die Moorrenaturierung im Naturschutzgebiet „Prackendorfer und Kulzer Moos“ im Landkreis Schwandorf angesehen. Kein geringerer als die Europäische Kommission hat dieses Projekt in eine soeben erschienene Broschüre „LIFE for Natura 2000 - 10 years implenting the regulation“ (LIFE für NATURA 2000 - 10 Jahre Umsetzung der LIFE-Verordnung) aufgenommen.

Das nur in englischer und französischer Sprache erschienene, reichbebilderte Heft mit über 100 Seiten führt neben einer Vielzahl europäischer Projekte von Finnland bis Kreta für die Bundesrepublik Deutschland aus 48 Projekten nur drei Beispiele auf - darunter auch das im Landkreis Schwandorf liegende NSG „Prackendorfer und Kulzer Moos“.

Regierungspräsident Dr. Wil-

helm Weidinger zeigte sich über dieses „optische Lob“ aus Brüssel sehr erfreut, zumal daraus eine Würdigung der Arbeit der Höheren Naturschutzbehörde bei der Regierung der Oberpfalz abzulesen ist.

Die Entstehungsgeschichte dieses Naturschutzgebietes reicht bis 1972 zurück. In der Oberpfalz gibt es derzeit 60 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von ca. 5.100 Hektar.

DK

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage für Abonnementwerbung für die Zeitschrift „Praxishandbuch leiten - führen - motivieren in der öffentlichen Verwaltung“, Bonn, (Postvertriebskennzeichen: G 48793), bei.

Vorschau auf GZ 7

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 7, die am 1. April erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ EDV-Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- ◀ Umwelt- und Abfalltechnik
- ◀ Städtereinigung • Kommunalfahrzeuge
- ◀ Ausstattung kommunaler Gebäude
- Sanitär • Heizung • Klima